D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 13
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

2. April 1982
Preis 1,80 DM



Eine Liste der Streichungen

acm. Bei Erscheinen dieser Ausgabe dürften die Zumutbarkeitsregelungen durch die Kabinettsberatungen abgesegnet sein. Schon möglich, daß die fünffache Abstufung jetzt entfällt, aber am Wochenende hatte Ehrenberg schon erklärt, Abstufungen werde es geben, dann eben erst nach 6 Monaten und „schärferes Durchgreifen ist nötig".

Von einer Streichung der Punkte, die eine Einstellung bei bis zu 80% des vorherigen Einkommens verpflichtend vorsehen, eine Wegezeit von 2½ Stunden für zumutbar halten und Teilzeitarbeiter in Vollzeitarbeitsplätze zwingen können, davon war sowieso nicht die Rede. Im Kern bleiben die Zumutbarkeitsregelungen bestehen. Der „Giftzahn" ist damit nicht gezogen, wie Janßen auf der letzten Kundgebung der IGM in Düsseldorf meinte.

Die Abstufungsregelung versprach den Kapitalisten die Möglichkeit einer direkten Senkung des Preises der Arbeitskraft und in Folge auch die Aussicht auf die durchschnittliche Senkung des Werts. Welche Aussichten für den Profit! Empört waren sie, als Ehrenberg auch nur die Rückgängigmachung andeutete. Damit würde ein richtiger Schritt zerstört!

Aber sie kommen selber im Laufschritt, denn die jüngst ausgearbeiteten „Leitlinien zur Sozialen Sicherung" der Arbeitgeberverbände sind wahrhaft in die „Zukunft" gerichtet. Nur gerafft ist hier vorstellbar, was in dem 90-Seiten-Katalog unter dem Motto „Das Anspruchsdenken zurückschrauben" vorgeschlagen wird.

Um den „Leistungswillen" nicht zu zerstören, dürften die Abgaben nicht mehr erhöht, sondern müßten die Aus-

und „schärferes Durchgreifen ist nötig".

Von einer Streichung der Punkte, die eine Einstellung bei bis zu 80% des vorherigen Einkommens verpflichtend vorsehen, eine Wegezeit von 2½ Stunden für zumutbar halten und Teilzeitarbeiter in Vollzeitarbeitsplätze zwingen können, davon war sowieso nicht die Rede. Im Kern bleiben die Zumutbarkeitsregelungen bestehen. Der „Giftzahn" ist damit nicht gezogen, wie Janßen auf der letzten Kundgebung der IGM in Düsseldorf meinte.

Die Abstufungsregelung versprach den Kapitalisten die Möglichkeit einer direkten Senkung des Preises der Arbeitskraft und in Folge auch die Aussicht auf die durchschnittliche Senkung des Werts. Welche Aussichten für den Profit! Empört waren sie, als Ehrenberg auch nur die Rückgängigmachung andeutete. Damit würde ein richtiger Schritt zerstört!

Aber sie kommen selber im Laufschritt, denn die jüngst ausgearbeiteten „Leitlinien zur Sozialen Sicherung" der Arbeitgeberverbände sind wahrhaft in die „Zukunft" gerichtet. Nur gerafft ist hier vorstellbar, was in dem 90-Seiten-Katalog unter dem Motto „Das Anspruchsdenken zurückschrauben" vorgeschlagen wird.

Um den „Leistungswillen" nicht zu zerstören, dürften die Abgaben nicht mehr erhöht, sondern müßten die Aus-

gaben in allen Bereichen gesenkt werden. Mehr Eigenverantwortung und zurück zur forcierten Eigenleistung, das sei die heutige Prämisse.

● Rentenversicherung: Die Rente muß von Brutto- auf Nettolohnorientierung umgestellt werden. Also Rentensenkung. Eine Teilhaberente von 70% könne nur gezahlt werden, wenn auf Übergangsregelungen und Mindestrenten verzichtet wird. Keine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, vielmehr wird über die *Erhöhung* des Rentenalters philosophiert, um die Quote der Erwerbstätigen zu steigern.

● Krankenversicherung: „Ausgeprägte Erwartungshaltungen" müssen beseitigt, der gesamte Leistungskatalog durchforstet werden. Erhöhte Transparenz bei den Ärzten, definitive Eingriffsmöglichkeiten der Betriebs- und Vertrauensärzte. Endlich soll wieder die rigide Kontrolle der Kranken durchgeführt werden. Krank sein bedeute nicht Arbeitsunfähigkeit, immer müsse geprüft werden, ob der Kranke nicht noch arbeiten könne. Die Arzneimittelversorgung sei weiter zurückzuschrauben, Rechnungsstellung zur Ermahnung der Patienten einzuführen. Streichung bei der Mutterschaftshilfe, Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch sind weitere Punkte.

Im Zentrum steht das Verlangen nach Einführung von Modellversuchen für Selbstbeteiligung, der „gestiegene Lebensstandard" (wie das, bei sinkendem Reallohn?) mache die Selbstbeteiligung für *alle* Leistungsarten notwendig. Dann der Angriff auf die Entgeltfortzahlung bei Krankheit: Entweder Einführung von Karenztagen oder gestaffeltes Krankengeld, denn „es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, Arbeit höher zu bewerten als Nichtarbeit". Eine Änderung der Bemessungsgrundlage für das Krankengeld sei also auch fällig.

● Arbeitsförderung: Die gewünschten Zumutbarkeitsregelungen sind enthalten, gewürzt mit der Forderung nach gestaffelter Senkung des Arbeitslosengeldes, um die „Motivation" der Arbeitssuchenden zu erhöhen.

● Behindertenpolitik: Neben Überprüfung des Zusatzurlaubes und des erweiterten Kündigungsschutzes folgende Granate: Zu sehr „begünstigt wird die sachfremde Ausweitung ... Dazu gehört ... die gebührenfreie Beförderung im öffentlichen Nah- und Fernverkehr ebenso wie die Befreiung von der Kfz-Steuer und andere Mobilitätshilfen". Als zu teuer befunden – weg damit. Daß die Beschäftigungspflichtquote gesenkt und die Ausgleichsabgabe für viele Fälle beseitigt werden soll, selbstverständlich.

● Sozialhilfe: Hier soll die „Eigeninitiative" gestärkt, die Familienverantwortlichkeit erhöht werden.

Mit diesem „Zukunftskatalog" dürfte jetzt ein Propagandafeldzug auf allen Ebenen beginnen. Natürlich soll die Regierung zu weiteren Maßnahmen angestachelt werden. Wie in den Richtlinien betont, sollen die Selbstverwaltungsorgane unabhängig vom Gesetzgeber tätig werden. Direkte Eingriffe in die Leistungen sind auf diesem Wege zwar selten möglich (jedoch verschärfte Auslegung der Verordnungen), aber eine Anstachelung auf Orts-, Kreis- und Landesebene paßt ins Konzept. Und daß bei der tatsächlichen Kostenflut die Gewerkschaftsvertreter häufig ins Wanken geraten – auch darauf zielt der Katalog ab.

gestaffelter Senkung des Arbeitslosengeldes, um die „Motivation" der Arbeitssuchenden zu erhöhen.

● Behindertenpolitik: Neben Überprüfung des Zusatzurlaubes und des erweiterten Kündigungsschutzes folgende Granate: Zu sehr „begünstigt wird die sachfremde Ausweitung ... Dazu gehört ... die gebührenfreie Beförderung im öffentlichen Nah- und Fernverkehr ebenso wie die Befreiung von der Kfz-Steuer und andere Mobilitätshilfen". Als zu teuer befunden – weg damit. Daß die Beschäftigungspflichtquote gesenkt und die Ausgleichsabgabe für viele Fälle beseitigt werden soll, selbstverständlich.

● Sozialhilfe: Hier soll die „Eigeninitiative" gestärkt, die Familienverantwortlichkeit erhöht werden.

Mit diesem „Zukunftskatalog" dürfte jetzt ein Propagandafeldzug auf allen Ebenen beginnen. Natürlich soll die Regierung zu weiteren Maßnahmen angestachelt werden. Wie in den Richtlinien betont, sollen die Selbstverwaltungsorgane unabhängig vom Gesetzgeber tätig werden. Direkte Eingriffe in die Leistungen sind auf diesem Wege zwar selten möglich (jedoch verschärfte Auslegung der Verordnungen), aber eine Anstachelung auf Orts-, Kreis- und Landesebene paßt ins Konzept. Und daß bei der tatsächlichen Kostenflut die Gewerkschaftsvertreter häufig ins Wanken geraten – auch darauf zielt der Katalog ab.

Eine Forcierung der Politik der „Wende" wird angestrebt. Die Verteidigung der Versicherungen durch die Arbeiterbewegung wird immer dringlicher. Dies wird aber nur über Erhöhung der Beiträge gehen, denn die Steigerung der Kosten beruht auf den Folgen der Überarbeit, des physischen und psychischen Stresses, der umweltbedingten Krankheitsbeschleunigung, der erhöhten Erwerbsunfähigkeit und Frühverrentung, der Massenarbeitslosigkeit. Das alles aber sind Folgekosten der Kapitalherrschaft – das Kapital muß einseitig zur Beitragszahlung herangezogen werden.

Auch der Argumentation der Kapitalisten von der Kostensteigerung kann man nicht einfach durch Abwinken entkommen. Viele Beitragsgelder verschwinden im bürokratischen Apparat, landen im Rachen der Pharmaindustrie, mögen „unwirtschaftlich" verwendet werden. Was folgt daraus? Nicht die Einschränkung der Leistungen, die Verfolgung der Versicherten – sondern die umfassende, alleinige Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Nur in dieser Richtung wird eine erfolgreiche Abwehr der Arbeiterbewegung möglich sein. Der Kampf gegen zig Einzelmaßnahmen im Kleinkrieg gegen die Versicherungsgeier ist gerecht. Aber zwangsläufig, sozusagen den Gesetzen der „Sachzwänge" und der „Parität" (mit Kapital- und Staatsmehrheit) folgend, kommen die Maßnahmen, wenn auch mit Abstrichen durch. Das ist ja gerade eine Lehre aus dem Kampf gegen die neuen Zumutbarkeitsregelungen.



Am 25.3. demonstrierten über 5000 Menschen in Mainz gegen die geplante Schließung des Magirus-Werkes durch den Fiat-Konzern. Außer den direkt Betroffenen beteiligten sich Gruppen von Beschäftigten aus anderen Betrieben und des öffentlichen Dienstes. Die Bus- und Straßenbahnfahrer der Stadtwerke führten einen viertelstündigen Solidaritätsstreik durch und verteilten Flugblätter an die Fahrgäste. Auf der Abschlußkundgebung sprachen neben Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern ein Betriebsratsmitglied von Videor-Color, der Oberbürgermeister und Vertreter der beiden Kirchen. Gemeinsamer Tenor der Reden war, daß die Konzernspitze nicht den „Vorrang des Menschen vor der Maschine" respektieren würde. Ein Sprecher der Gewerkschaft forderte, die in der Verfassung festgelegte Sozialverpflichtung des Eigentums durchzusetzen, notfalls durch Enteignung.

Schlimme Zeichen für das Volk von El Salvador

Die extreme Rechte geht aufs Ganze



Am 25.3. demonstrierten über 5000 Menschen in Mainz gegen die geplante Schließung des Magirus-Werkes durch den Fiat-Konzern. Außer den direkt Betroffenen beteiligten sich Gruppen von Beschäftigten aus anderen Betrieben und des öffentlichen Dienstes. Die Bus- und Straßenbahnfahrer der Stadtwerke führten einen viertelstündigen Solidaritätsstreik durch und verteilten Flugblätter an die Fahrgäste. Auf der Abschlußkundgebung sprachen neben Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern ein Betriebsratsmitglied von Videor-Color, der Oberbürgermeister und Vertreter der beiden Kirchen. Gemeinsamer Tenor der Reden war, daß die Konzernspitze nicht den „Vorrang des Menschen vor der Maschine" respektieren würde. Ein Sprecher der Gewerkschaft forderte, die in der Verfassung festgelegte Sozialverpflichtung des Eigentums durchzusetzen, notfalls durch Enteignung.

Schlimme Zeichen für das Volk von El Salvador

Die extreme Rechte geht aufs Ganze

bep. Zwei Ziele waren es, welche der vom Präsidenten Duarte geführte Flügel der herrschenden Junta in El Salvador und die USA mit der Inszenierung des Wahltheaters verfolgt hatten.

Zum einen sollte die Legitimation der Widerstandsfront FMNL/FDR geschwächt werden, vor allem auf internationaler Ebene. Im Hinblick auf dieses Ziel behaupten die US-Regierung und die an der Wahl beteiligten Parteien einen Erfolg: die Wahlbeteiligung sei weit höher gewesen als erwartet. Angesichts fehlender Wählerlisten und fehlender Wahlkreise ist diese Behauptung nicht überprüfbar, selbst wenn man davon ausgehen würde, daß die salvadorianische Tradition massiver Wahlfälschung dies eine Mal unterbrochen worden wäre. Bleiben Bilder von Wählerschlangen vor Wahllokalen. Was aber beweisen diese angesichts der Wahlpflicht, angesichts der Tatsache, daß der Stempel für die Wahlbeteiligung im Personalausweis bei den allfälligen Razzien von ultrarechten Nationalgardisten, Militärs und Paramilitärs über Leben und Tod entscheiden kann? Wenn auch nicht auszuschließen ist, daß ein Teil der kriegsmüden Bevölkerung durch Wahlteilnahme den Wunsch nach einem Ende der Auseinandersetzungen ausdrücken wollte.

Das zweite Ziel war die Stärkung des von Duarte und seinen Christdemokraten vertretenen, reformistischen Flügels der Junta. Dieser Versuch hat sich als Bumerang gewiesen. Die Parteien rechts von den Christdemokraten haben zusammen die Mehrheit. Stärkste Partei ist die „Arena" des Majors D'Abuisson, ein „psychopathischer Killer", nach den Worten des ehemaligen US-Botschafters White, finanziert von der seit langem nach Miami geflohenen Oligarchie, den „40 Familien", die den größten Teil des fruchtbaren Landes im Besitz hatten und einen Teil der Industrie kontrollieren. Von Miami aus finanzieren und lenken sie die rechten Todeskommandos und betreiben mit dem rechten Flügel der Streitkräfte die Verdrängung Duartes von der Macht, die Rückgängigmachung der bescheidenen Reformen, die er in Angriff genommen hat: Verstaatlichung des Außenhandels und der Banken und Ansätze einer Landreform.

Die Wahl würde gewinnen, wer den Wahl*vorgang* kontrolliere, hieß es vorher; offenbar haben die von den Rechten kontrollierten Teile von Armee und Nationalgarde dabei die Oberhand behalten über die christdemokratischen Stadtverwaltungen. Die US-Regierung weiß, daß ohne politische und soziale Maßnahmen der Krieg gegen die Befreiungsfront nicht zu gewinnen ist; deshalb hat sie auf eine von oben gesteuerte kapitalistische Entwicklung gesetzt, die den gefährlichsten Konflikt entschärft: Landkonzentration und Entwicklung eines exportorientierten Sektors in der Landwirtschaft haben eine ungeheure Masse unterbeschäftigter, hungernder Landarbeiter hervorgebracht; die verdrängten Kleinbauern und Pächter können auf ihren unfruchtbaren winzigen Landfetzen die Lebensmittelversorgung des Landes nicht sicherstellen. Wirtschaftskrise und Widerstand der Rechten haben den Reformplan vereitelt. Schon vor den Wahlen war Duarte praktisch ein Gefangener der rechten Militärs. Jetzt ist er es mehr denn je.

Tiefsee Wild-West

thm. Auf der 11. Tagung der Dritten UNO-Seerechtskonferenz geht es nicht nur um eine neue Weltwirtschaftsordnung, sondern auch um die Entwicklung einer Weltfriedensordnung.

Für die Entwicklungsländer geht es beim Tiefsee-Recht um ein entscheidendes Vorgefecht für weitere Rohstoffabkommen. Der Rohstoffreichtum der Tiefsee, vor allem Kobalt, Kupfer, Mangan und Nickel, soll allen Ländern zugute kommen. Eine internationale Meeresbaubehörde soll den Abbau der Manganknollen kontrollieren und durch Produktionsbeschränkungen die Preise hoch und stabil halten. Private Unternehmen haben kontrollierte Abbaurechte. Bedingung ist die Zahlung von Gebühren sowie kostenloser Technologietransfer an die Behörde.

Eine Einigung war schon in Sicht, als Reagan die Verhandlungsposition der Carter-Regierung annullierte. Die USA, die BRD, Frankreich und England schlossen ein „Miniabkommen". Das „Handelsblatt" klatschte Beifall: „Während in New York internationale Seerechtler streiten, machen Industrieländer Nägel mit Köpfen. Sie teilen sich Claims zum Abbau der begehrten Rohstoffträger Manganknollen zu." Diese Claims liegen zwischen Hawai und der amerikanischen Westküste. 5 Konsortien können sich jetzt bei den vier Regierungen um Ausbeutungsrechte bewerben – ein Affront gegenüber der UNO-Seerechtskonferenz. An einem dieser Konsortien sind BRD-Konzerne zu 25% beteiligt. Ein schwimmendes „Bergwerk" beansprucht maximal 150000 km² Seeflä-

Ländern zugute kommen. Eine internationale Meeresbaubehörde soll den Abbau der Manganknollen kontrollieren und durch Produktionsbeschränkungen die Preise hoch und stabil halten. Private Unternehmen haben kontrollierte Abbaurechte. Bedingung ist die Zahlung von Gebühren sowie kostenloser Technologietransfer an die Behörde.

Eine Einigung war schon in Sicht, als Reagan die Verhandlungsposition der Carter-Regierung annullierte. Die USA, die BRD, Frankreich und England schlossen ein „Miniabkommen". Das „Handelsblatt" klatschte Beifall: „Während in New York internationale Seerechtler streiten, machen Industrieländer Nägel mit Köpfen. Sie teilen sich Claims zum Abbau der begehrten Rohstoffträger Manganknollen zu." Diese Claims liegen zwischen Hawai und der amerikanischen Westküste. 5 Konsortien können sich jetzt bei den vier Regierungen um Ausbeutungsrechte bewerben – ein Affront gegenüber der UNO-Seerechtskonferenz. An einem dieser Konsortien sind BRD-Konzerne zu 25% beteiligt. Ein schwimmendes „Bergwerk" beansprucht maximal 150000 km² Seeflä-

che, etwa die doppelte Fläche Bayerns. Eine Anlage kostet 3 Milliarden DM, 3 bis 5 Anlagen decken den Bedarf der EG.

Mit dieser „Minikonvention" soll zunächst Druck auf die Verhandlungen in New York ausgeübt werden, die bis Ende April dauern. Die Entwicklungsländer drohen, die Verträge eventuell ohne diese vier Mächte abzuschließen. Aber was heißt das? Die Technologie zum Abbau der Knollen ist von den vier Industrieländern monopolisiert. Und wie wollten sie diese Länder an einem Abbau der Knollen über ihre Köpfe hinweg hindern?

Ob das „Miniabkommen" nun 1988 rechtskräftig wird, oder die Entwicklungsländer nachgeben müssen: Dieses Verfahren der Industrieländer führt neben Ungerechtigkeiten und Behinderungen für die ökonomische Entwicklung der Dritten Welt zu neuen politischen Spannungsbereichen. Ein gewaltsames Revisionsbegehren durch die Dritte Welt hätte zwar kaum Aussicht auf Erfolg. In der Reihe der Gegner des Vorgehens der vier westlichen Länder befindet sich aber auch die Sowjetunion.

Dieser Ausgabe liegt das
KVZ-Stichwortregister
für das 1. Vierteljahr 1982 bei

Unsere nächste Ausgabe
erscheint wegen der Osterfeiertage einen Tag früher als üblich. Sie wird u.a. eine Beilage zu den Ostermärschen und zu Problemen der Friedensbewegung enthalten.

Der Kandidat ist tot, es lebe der Kandidat

Von Gerd Heinemann

Mit Müh und Not hat der DGB fürs erste die Kuh vom Eis. Nachdem eine Reihe von Gewerkschaftsvorsitzenden öffentlich einen anderen Kandidaten gefordert hatten, zog Alois Pfeiffer seine Kandidatur zum DGB-Vorsitzenden zurück. Von der Standhaftigkeit, mit der er sich weigerte, die Konsequenzen aus seinen Abschreibungsgeschäften zu ziehen, hätte man sich etwas in der Auseinandersetzung um das DGB-Beschäftigungsprogramm mit der Bundesregierung gewünscht.

Ernst Breit ist der neue Kandidat. Und der alte, denn er war anfangs schon mal im Gespräch. SPD-Mitglied, natürlich. Seit 1946 bei der Post, angefangen als Inspektor, jetzt ist er Oberpostrat. Er wurde 1971 zum Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft gewählt. Vorstellungen über Stil und Linie sind nur von beschränktem Nutzen. Bekannt sind seine trockenen Statements während des Streiks der Postarbeiter und -angestellten 1980 für eine Freizeitregelung für Schichtdienstler. Der war auch der augenfällige Beweis für die Entwicklung der Postgewerkschaft zu einer Organisation, die Kämpfe im öffentlichen Dienst durchführt.

Die FAZ hatte schnell heraus, wer den Sturz des Kandidaten Pfeiffer betrieben hatte: die Linken, die in die Bastion der Rechten im Vorstand eine Bresche schlagen wollten. Plötzlich spielten all die Geschäfte mit der ,,Neuen Heimat'' keine Rolle mehr. ,,Alois Pfeiffer, der jetzt seine Kandidatur zurückgezogen hat, ist nichts böses vorzuwerfen; er hat etwas durch und durch Bürgerliches getan.'' – Vielen Dank, aber das ist es ja gerade, daß sich die Lohnabhängigen keinen DGB-Vorsitzenden zu leisten wünschen, der wie ein Kapitalist Geld aufschatzt. ,,Mit Ernst Breit tritt ein Mann hervor, der auch den Unterwanderversuchen einer linken Mafia erfolgreich entgegentreten wird'', atmet nach der Kandidatenkür die FAZ erleichtert auf.

Neben Breit stellen sich Pfeiffer für die Wirtschaftspolitik, G. Vater für Finanzen, I. Blättel für Handwerk, Arbeiter und Frauen und G. Muhr für Soziales zur Wiederwahl. Neu kandidiert Gustl Fehrenbach von der DPG für die Tarifpolitik, die beiden DGB-Landesvorsitzenden von NRW und Baden-Württemberg Bleicher und Zimmermann und die ehemalige GEW-Vorsitzende von NRW, I. Brusius für die Jugend. Da ist sicher kein Gewerkschaftslinker dabei – nur, wo wäre einer, der ungeteilt Entzücken hervorrufen würde?

Der FAZ mag dennoch die rechte Freude über diese Kandidatenschar nicht kommen, denn ,,es hätte gelingen müssen, den von Anfang an als Kandidaten vorgesehenen und trotz der Geldanlagen als integer geltenden Mann auch durchzusetzen. Die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken hätten für Standhaftigkeit Verständnis gehabt. Es könnte sie eher irritieren, wie schnell Gewerkschaftsführer im Sog allgemeiner Stimmung Kollegen fallenlassen.'' Das Verständnis der Arbeiter in den Fabriken drücken eher Resolutionen von 600 Thyssen-Vertrauensleuten oder der IG-Metall-Vertreterversammlung in Südhessen aus, die einen anderen Kandidaten forderten.

Wie sich in der erneuten Kandidatur Pfeiffers zeigt, besteht weniger die Gefahr des ,,Fallenlassens'', sondern eher die Gefahr, aus falscher ,,Solidarität'' die Verhältnisse so zu lassen und weiter den Boden, auf denen solche Abschreibungsgeschäfte gedeihen, mit überhöhten Gehältern weiterzudüngen.

Mit Müh und Not hat der DGB-Bundesvorstand Konsequenzen aus den persönlichen Geldgeschäften des Kandidaten Pfeiffer mit der Neuen Heimat gezogen. Vernünftig wäre es, wenn der DGB-Bundeskongreß sich auf eine Reform der gemeinwirtschaftlichen Betriebe einigen könnte, die den Gewerkschaften mehr Rechte, aber auch den Beschäftigten und Kunden dieser Unternehmen über die bisherigen Regelungen Mitwirkungs- und Kontrollrechte brächte.

Erste Aufgabe des DGB sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sprach der frischgekürte Kandidat in die Kameras. Daran wird er zu messen sein. Bisher allerdings hat gerade der DGB noch nicht mal bei der Verteidigung der Arbeitslosenversicherung eine rühmliche Rolle gespielt.

So wichtig Personalfragen sind, wichtiger als die Kandidatenfrage werden die Beschlüsse sein, die der DGB-Bundeskongreß für die weitere Arbeit der Gewerkschaften faßt.

,,. . . wird die Einigkeit der SPD größer sein''

Festlegen auf Regierungskurs oder eigenständige Politik der SPD? / Moratorium, Beschäftigungspolitik und Energiepolitik sind auf dem SPD-Parteitag heftig umstritten

gkr. Der Kanzler hatte es nach der Niederlage der SPD bei den Niedersachsenwahlen schnell herausgefunden: schuld ist die mangelnde Geschlossenheit der SPD. Obwohl sich einige SPD-Vorständler diesem einfachen Raster offensichtlich nicht anschließen wollten, als entscheidende Medizin wird doch die ,,Einheit'' verordnet. Und da kommt der SPD-Parteitag gerade recht. Er soll sie, er muß sie wieder bringen. Der Vorwärts verbreitete schon Vorschußlorbeeren: ,,Am Ende jedenfalls – das lehren frühere Parteitage – wird die Einigkeit der SPD größer sein, als dies die politischen Gegner sich wünschen.'' Wenn das so ist, und es ist zu befürchten, dann kann es nur wieder ein Stückchen weiter rechts, gemeinsam mit der Regierungspolitik sein.

175 der insgesamt 1043 Anträge, die in dem Antragsmaterial zusammengefaßt sind, gehen auf die Sicherheitspolitik ein. Die Antragskommission hat in ein paar weniger zentralen Fragen noch geringe Zugeständnisse an die Kritiker der Verteidigungspolitik der sozialliberalen Koalition gemacht: die Punkte 10 und 19 (s. Seite 6) wurden neu aufgenommen, ebenfalls die Forderung nach einem umfassenden Teststopp-Vertrag für Nuklearwaffen. Um die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone hat es nach dem Hamburger Parteitag noch heftigste Kritik von Schmidt gegeben. Apel erklärte auf dem Forum Bundeswehr der SPD, eine atomwaffenfreie Zone sei für ihn ,,in absehbarer Zukunft kein realistisches Ziel''. Aber vielleicht gerade deshalb konnte die Passage aufgenommen werden, die ja *auch* eine eindeutige Festlegung auf das Verbleiben in den jeweiligen Blöcken enthält.

Ein Antrag auf Aufhebung des Nachrüstungsteils in dem Nato-Beschluß (wie es z.B. der Landesverband Schleswig-Holstein gefordert hat) erhielt in der 30köpfigen Antragskommission (8 Vorstandsmitglieder und 22 Vertreter von Bezirks/Landesverbänden) nur 5 Stimmen. Auch wenn einige linke Kräfte in der SPD auf dem Parteitag versuchen sollten, einen solchen Antrag durchzubringen – was offensichtlich ihre Absicht ist – so hat er doch praktisch keine Erfolgsaussichten. Anders mit dem sog. ,,Moratorium''. Es soll die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles sowie weiterer SS-20-Raketen während der Genfer Verhandlungen ausschließen. Weiter sollte die Sowjetunion aufgefordert werden, zu präzisieren, ob sie entsprechend der gemeinsamen Erklärung vom Mai 1978 bereit sei, ,,im Zuge eines Moratoriums die Zahl ihrer auf Europa gerichteten Gefechtsköpfe auf Mittelstreckenraketen auf die Zahl des Jahres 1978 zu reduzieren''. In diesem Fall, so der Antrag Epplers hierzu, müsse dies als deutschen Beitrag nach sich ziehen, daß die Bundesrepublik Vorbereitungsmaßnahmen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen ,,Zug um Zug'' aussetzt. In der Antragskommission erhielt dieser Antrag 10 Für- und 13 Gegenstimmen. Es mag zwar wahrscheinlich sein, daß sich Schmidt, evtl. verbunden mit erneuter Rücktrittsdrohung, noch einmal durchsetzt, aber sicher ist dies noch keineswegs. Das erneute Moratoriumsangebot Breschnews einerseits sowie die Ankündigung Corteriers, Staatssekretär im Außenministerium, es werde mit der Bauvorbereitung für die Stationierung der neuen Nuklearwaffen begonnen, andererseits, werden sicher nicht ohne Wirkung auf diese Auseinandersetzung bleiben.

Die Beschäftigungspolitik sollte eigentlich nach dem Willen der Parteitagsregie die Debatte über die Sicherheitspolitik noch überschatten. Danach sieht es zwar nicht aus, dennoch wird dies sicher der zweite zentrale Streitpunkt auf dem Parteitag sein. Der Vorstand hat auch hier seine Auffassung kundgetan – der Antrag legt Regierung und sozialdemokratische Parlamentsfraktionen in keiner Weise fest. Dabei hatte es als Orientierungsmöglichkeit ja durchaus das Beschäftigungsprogramm des DGB gegeben und man hätte annehmen können, daß sich eine Partei, die angeblich die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, darauf wenigstens bezieht. Ein Großteil der Anträge aus Bezirks- oder Ortsverbänden hat dies faktisch oder ausdrücklich auch gemacht. Nicht so der SPD-Vorstand. Er läßt jede Konsequenz aus den allgemeinen Aussagen offen, oder rechtfertigt rückschrittliche Maßnahmen der Regierung, wie den Entwurf für das neue Arbeitsschutzgesetz (vgl. KVZ 12, Seite 14) oder faktisch die rigorosen Maßnahmen gegen einen weiteren Ausländerzuzug. Die auf Seite 6 dokumentierte Passage zur Frage der Ausländer ist übrigens fast alles, was von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wird. Es ist sogar zu vermuten, daß, offensichtlich dann erst auf dem Parteitag vorgetragen, eine erhebliche Verschärfung der Ausländerpolitik der SPD vorgenommen werden soll.

Die Analyse der Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise kommt über reine Apologetik nicht hinaus. Es wird wohl niemand ernsthaft erwartet haben, daß die vom Bezirk Ostwestfalen-Lippe aufgestellte Forderung, die Diskussion darüber voranzutreiben, ,,daß die eigentliche Ursache der Wirtschaftskrise der Bundesrepublik Deutschland die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist und die künftige Wirtschaftspolitik deshalb auf einen stufenweisen Bruch mit dem Kapitalismus angelegt werden muß'' eine Mehrheit bekommt (Antragskommission: Ablehnung), aber Ölpreisexplosion, wirtschaftliche Probleme der Entwicklungsländer, protektionistische Neigungen der anderen Staaten und eine zunehmende Zahl von Arbeitssuchenden als Ursache der Krise anzubieten – das ist doch reichlich dürftig.

Auch der Antrag zur Energiepolitik – vom Vorstand vorgelegt – wird

Fortsetzung und Dokumente Seite 6



,,Waffen sind neutral. Die Menschen sind es doch, die sich gegenseitig umbringen!''
Quelle: Far Eastern Economic Review 28.3.

die Kämpfe im öffentlichen Dienst durchführt.

Die FAZ hatte schnell heraus, wer den Sturz des Kandidaten Pfeiffer betrieben hatte: die Linken, die in die Bastion der Rechten im Vorstand eine Bresche schlagen wollten. Plötzlich spielten all die Geschäfte mit der ,,Neuen Heimat'' keine Rolle mehr. ,,Alois Pfeiffer, der jetzt seine Kandidatur zurückgezogen hat, ist nichts böses vorzuwerfen; er hat etwas durch und durch Bürgerliches getan.'' – Vielen Dank, aber das ist es ja gerade, daß sich die Lohnabhängigen keinen DGB-Vorsitzenden zu leisten wünschen, der wie ein Kapitalist Geld aufschatzt. ,,Mit Ernst Breit tritt ein Mann hervor, der auch den Unterwanderversuchen einer linken Mafia erfolgreich entgegentreten wird'', atmet nach der Kandidatenkür die FAZ erleichtert auf.

Neben Breit stellen sich Pfeiffer für die Wirtschaftspolitik, G. Vater für Finanzen, I. Blättel für Handwerk, Arbeiter und Frauen und G. Muhr für Soziales zur Wiederwahl. Neu kandidiert Gustl Fehrenbach von der DPG für die Tarifpolitik, die beiden DGB-Landesvorsitzenden

lassen und weiter den Boden, auf denen solche Abschreibungsgeschäfte gedeihen, mit überhöhten Gehältern weiterzudüngen.

Mit Müh und Not hat der DGB-Bundesvorstand Konsequenzen aus den persönlichen Geldgeschäften des Kandidaten Pfeiffer mit der Neuen Heimat gezogen. Vernünftig wäre es, wenn der DGB-Bundeskongreß sich auf eine Reform der gemeinwirtschaftlichen Betriebe einigen könnte, die den Gewerkschaften mehr Rechte, aber auch den Beschäftigten und Kunden dieser Unternehmen über die bisherigen Regelungen Mitwirkungs- und Kontrollrechte brächte.

Erste Aufgabe des DGB sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sprach der frischgekürte Kandidat in die Kameras. Daran wird er zu messen sein. Bisher allerdings hat gerade der DGB noch nicht mal bei der Verteidigung der Arbeitslosenversicherung eine rühmliche Rolle gespielt.

So wichtig Personalfragen sind, wichtiger als die Kandidatenfrage werden die Beschlüsse sein, die der DGB-Bundeskongreß für die weitere Arbeit der Gewerkschaften faßt.

Um die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone hat es nach dem Hamburger Parteitag noch heftigste Kritik von Schmidt gegeben. Apel erklärte auf dem Forum Bundeswehr der SPD, eine atomwaffenfreie Zone sei für ihn ,,in absehbarer Zukunft kein realistisches Ziel''. Aber vielleicht gerade deshalb konnte die Passage aufgenommen werden, die ja *auch* eine eindeutige Festlegung auf das Verbleiben in den jeweiligen Blöcken enthält.

Ein Antrag auf Aufhebung des Nachrüstungsteils in dem Nato-Beschluß (wie es z.B. der Landesverband Schleswig-Holstein gefordert hat) erhielt in der 30köpfigen Antragskommission (8 Vorstandsmitglieder und 22 Vertreter von Bezirks/Landesverbänden) nur 5 Stimmen. Auch wenn einige linke Kräfte in der SPD auf dem Parteitag versuchen sollten, einen solchen Antrag durchzubringen – was offensichtlich ihre Absicht ist – so hat er doch praktisch keine Erfolgsaussichten. Anders mit dem sog. ,,Moratorium''. Es soll die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles sowie weiterer SS-20-Raketen während der Genfer Verhandlungen ausschließen. Weiter sollte die Sowjetunion aufgefordert werden, zu präzisieren, ob sie entsprechend der gemeinsamen Erklärung vom Mai 1978 bereit sei, ,,im

fassung kundgetan – der Antrag legt Regierung und sozialdemokratische Parlamentsfraktionen in keiner Weise fest. Dabei hatte es als Orientierungsmöglichkeit ja durchaus das Beschäftigungsprogramm des DGB gegeben und man hätte annehmen können, daß sich eine Partei, die angeblich die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, darauf wenigstens bezieht. Ein Großteil der Anträge aus Bezirks- oder Ortsver-

heit bekommt (Antragskommission: Ablehnung), aber Ölpreisexplosion, wirtschaftliche Probleme der Entwicklungsländer, protektionistische Neigungen der anderen Staaten und eine zunehmende Zahl von Arbeitssuchenden als Ursache der Krise anzubieten – das ist doch reichlich dürftig.

Auch der Antrag zur Energiepolitik – vom Vorstand vorgelegt – wird
Fortsetzung und Dokumente Seite 6



,,Waffen sind neutral. Die Menschen sind es doch, die sich gegenseitig umbringen!''
Quelle: Far Eastern Economic Review 28.3.

Bürgerbegehren: Unterschriftensammlung erfolgreich

nia. Westberlin. Erfolgreich abgeschlossen wurde am vergangenen Freitag in allen neun Bezirken die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren für die Beibehaltung der Mietpreisbindung für Altbauten in der geltenden Form. Mit 227000 wurde die Zahl der erforderlichen Unterschriften weit überschritten. In Charlottenburg und Tiergarten hatten statt der erforderlichen 10% 20% der Wahlberechtigten unterschrieben, in Kreuzberg sogar 40%. Als nächstes müssen sich die Bezirksverordnetenversammlungen innerhalb von drei Monaten mit dem Bürgerbegehren befassen. Die Alternative Liste will sich dafür einsetzen, daß nahezu in allen Bezirken Anfang Mai Sondersitzungen einberufen werden. Mit dem Bürgerbegehren, das kein juristisches Gewicht hat, ist die Hoffnung verbunden, daß die FDP ihre Zustimmung zu dem im Februar vom Westberliner Senat im Bundesrat eingebrachten Vorschlag zurückzieht. Dieser Antrag sieht vor, zwar die Mietpreisbindung bis 1990 aufrechtzuerhalten, in dieser Zeit aber durch gesetzliche Mieterhöhungen trotzdem für eine Verdoppelung der Altbaumieten zu sorgen.

Neuer Vorstoß gegen das Demonstrationsrecht

kvz. Seit Jahren ruft die CDU/CSU nach einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, etwa nach einem allgemeinen Vermummungsverbot, während die SPD/FDP-Koalition (unterstützt übrigens von der Polizeigewerkschaft) bis jetzt beharrte, die bestehenden Regelungen reichten aus. Jetzt hat der Westberliner Polizeipräsident Hübner einen ,,Vermittlungsvorschlag'' gemacht: Bestraft werden soll, wer sich nach einer polizeilichen Aufforderung nicht aus der gewalttätigen Menge entfernt und sein Gesicht vermummt hat oder mit Gegenständen ausgerüstet ist, die ihn vor polizeilichen Maßnahmen schützen sollen. Der Unterschied zu bisherigen Vorschlägen: Die Polizei muß nicht in jedem Fall gegen Demonstranten mit Mütze oder Zitronenwasser vorgehen, sie muß es jedoch, sobald ,,aus der Menschenmenge heraus Gewalt verübt wird''; und wen sie dann mit solchen Utensilien erwischt, der ist vor Gericht dran.

Freiau-Prozeß ,,vorläufig eingestellt''

rep. Nach §153a StPO wurde der Freiau-Prozeß gegen Reiner P. vorläufig eingestellt. Gegen Geldbuße von 1200 DM, als Spende an amnesty international (auf Vorschlag der Verteidigung) sah sich die Staatsanwaltschaft des Freiburger AGs bereit, das Verfahren einzustellen. Dieser ,,Kuhhandel'' kann durchaus als Erfolg der Verteidigung gewertet werden, da ein Polizeizeuge mit belastendem Aussagematerial zugegen war, das nach geltendem Recht durchaus zu einer empfindlichen Strafe gereicht hätte. Angeklagt war wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung bei den Ereignissen um den Abriß der Freiau im August 75. Auf einer Veranstaltung in Freiburg am Montag, dem 15.3. im Autonomen Zentrum, an dem ca. 80 Jugendliche teilnahmen, die zur Unterstützung des Prozesses organisiert wurde, sind 200 DM für die Prozeßkosten gespendet worden. Ein weiterer Prozeß gegen zwei ehemalige Freiaubewohner, angeklagt wegen Nötigung und Landfriedensbruch soll im April im Freiburger AG über die Bühne gehen.

In Hamburg: Sinfoniekonzert gegen den Krieg

kvz. In Hamburg haben sich 50 bis 60 Musikstudenten, Liebhabermusiker und Berufsmusiker zu einem ,,Friedensorchester'' zusammengefunden, um, wie sie schreiben, auch mit dieser Musik Stellung zu nehmen für den Frieden, gegen die gegenwärtig forcierte Hochrüstung. Dabei werden sie von einem Chor unterstützt. Am Ostermontag wird ein Konzert stattfinden mit Werken von Mozart (Konzert d-Moll für Klavier und Orchester, K.V. 466), Beethoven (Egmont-Ouverture), Schubert (Sinfonie Nr. 8 h-Moll ,,Unvollendete'') und Eisler (Kleine Sinfonie op. 29; Lied über den Frieden). Zwischen den Musikstücken sollen Texte vorgetragen werden. Ihre Veranstaltung solle unter anderem zeigen, daß sinfonische Musik etwas zu tun habe mit den Wünschen, Hoffnungen und Auseinandersetzungen unserer Zeit, daß sie nicht nur musealen Wert habe.

Friedenskonzert am Ostermontag, den 12.4.82 um 18.00 Uhr im Auditorium Maximum der Universität Hamburg (am Rand der Schlüterstr.). Eintritt 8 DM. Kontaktadresse: M. Bergunde, c/o Hamburger Forum, Innocentiastr. 21, 2000 Hamburg 13

,,Sprachtests'' der Ausländerbehörde

wos. Westberlin. Seit mehreren Wochen nehmen Sachbearbeiter der Ausländerpolizei eigenmächtig Sprachprüfungen vor, obwohl vom Deutschen Sprachverband festgelegt ist, städtische Institutionen wie Volkshochschulen, damit beauftragt sind. Von den Sprachbescheinigungen nach der Prüfung über einfache und ausreichende Sprachkenntnisse hängt ab, ob die Ausländer eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder nur eine Aufenthaltsberechtigung bekommen. Hintergrund der Willkür: Nach dem Ausländererlaß vom November 1981 stellten türkische Jugendliche unter 18 Jahren massenhaft Anträge auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, wofür ,,ausreichende Kenntnisse'' des Deutschen nachgewiesen werden müssen. Früher bekam man danach eine Verlängerung von einem Jahr, jetzt nur für Monate.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

April

3. **Hannover.** Vorbereitungskongreß zur Militärelektronikausstellung IDEE, bis 4.4.
   Hamburg. Global 2000 – Langfristige Auswirkungen und Alternativen zur Umweltzerstörung. Symposium der Jusos
4. **Bonn.** Aktionskonferenz zur Vorbereitung des Reagan-Besuchs
5. **Athen.** XIV. Internationaler Hegelkongreß, Thema: Der Weltgeist, bis 11.4.
9. **BRD.** Beginn der Ostermärsche in verschiedenen Städten
   Dortmund. Zentrale Veranstaltung der DGB-Jugend ,,Für Frieden und Abrüstung. Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen.''
11. **BRD.** Ostermärsche mit zentralen Abschlußkundgebungen
    BRD. 25. Jahrestag des Einrückens der ersten zehntausend Wehrpflichtigen zur Bundeswehr
12. 25. Jahrestag des Göttinger Manifests der Physiker gegen die Atombombe
14. **Zimbabwe.** Jahrestag der Unabhängigkeit Zimbabwes
16. **Osnabrück.** Bundeskongreß der Mittelstandvereinigung der CDU/CSU, bis 17.4.
17. **München.** Kundgebung, Demonstration zum SPD-Parteitag
18. **Hamburg.** Internationale Energie-Messe, Kongreß, bis 22.4.

Ein weiterer Zweig der US-Friedensbewegung hat sich gebildet. Größere Initiativen wurden schon ergriffen im Kampf gegen die US-Intervention in Mittelamerika, gegen die amtliche Registrierung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, der sich bisher 1 Million Registrierpflichtige verweigert haben. Anläßlich der 2. UNO-Sondersitzung über Abrüstung im Juni 1982 in New York wird eine Massendemonstration geplant. Es gibt sie also schon seit einiger Zeit, die Friedensbewegung in den USA. Furore macht seit neuestem eine Bewegung für ein globales Moratorium bei atomarer Rüstung, „Freeze-Campaign“ genannt. Von den Senatoren Kennedy und Hatfield wird die Kampagne genutzt, um auf Reagan Druck für weitere Verhandlungen mit Breschnew auszuüben. Wir bringen Auszüge aus einem Artikel des „Guardian“ vom 24. März.





Ein Aufschwung der Friedensbewegung in den USA

Von kleinen Städten über das Land bis zum Kongreß greift die Forderung nach Einfrieren des atomaren Rüstungswettlaufs um sich. Erst vor einem Jahr in Gang gesetzt, wurde die Moratoriums-Kampagne (Freeze-Campaign) plötzlich in die nationale Aufmerksamkeit gerückt, als am 10. März 17 Senatoren und 115 Abgeordnete beider Parteien im Kongreß an die USA und die Sowjetunion gerichtete Resolutionen einbrachten, einem Moratorium bei atomarer Rüstung zuzustimmen. Diese Aktion im Kongreß brachte schnell Drohungen von der Reagan-Administration und umfangreiche Berichterstattung durch die Medien.

Zu einer Zeit, wo das Weiße Haus eine Strategie der atomaren Aufrüstung verfolgt, welche darauf zielt, die USA in eine Position der strategischen Überlegenheit über die UdSSR zu versetzen, wird die Kampagne für ein Rüstungs-Moratorium schnell ein bedeutendes politisches Hindernis für die Regierungspläne und, laut den Organisatoren, ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur Abrüstung.

Bis jetzt wurde der Aufruf durch die Regierungen von sechs Bundesstaaten unterschrieben: Massachusetts, Oregon, Connecticut, Minnesota, Maine und Vermont. Die Stadträte von 22 Städten, darunter St. Louis, Baltimore, Cleveland und Evanston haben Resolutionen mit der Forderung nach einem atomaren Rüstungs-Moratorium verabschiedet. In New England endeten 238 Stadtversammlungen mit der

auszuweiten. Existierende örtliche Basisarbeit soll gestärkt werden und in wachsendem Maß soll internationale Unterstützung für das Moratorium gesucht werden.

– Die Verbindung zwischen dem atomaren Rüstungswettlauf und ökonomischen Problemen wie Arbeitslosigkeit, grundlegende menschliche Bedürfnisse, Inflation und Zinssätze soll entwickelt werden. Durch den Rüstungshaushalt werden weit mehr in Mitleidenschaft gezogen als die am stärksten Benachteiligten. Die Versammlung richtete eine nationale Sondergruppe ein für ökonomische Probleme, die mit dem Moratorium in Zusammenhang stehen.

– Die Kampagne für das Moratorium soll weithin sichtbar gemacht und als klare Alternative zur Fortsetzung des Rüstungs-Wettlaufs herausgestellt werden.

– Es soll damit begonnen werden, den politischen Einfluß in beiden Parteien zu entwickeln und auszubauen, so daß der Moratorium-Vorschlag von den Größen der nationalen Politik ernst genommen wird.

Die Versammlung unterstützte auch das Treffen am 12. Juni in New York, das in Verbindung mit der 2. UNO-Sondersitzung über Abrüstung geplant ist.

Obwohl die Forderung schon im Kongreß vorgebracht wurde, halten die Organisatoren an ihrem ursprünglichen Zeitplan fest, der die Entwicklung der Kampagne in vier Phasen aufrollt:

für die USA und die UdSSR einen Ausweg schafft, um sich in endlose Verschleppungstaktiken zu verwickeln. Auf der anderen Seite fordert die Hatfielt-Kennedy-Resolution eine Reduzierung der Waffen, was der Moratoriums-Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht macht.

Einige der Aktivisten diskutierten mit dem Guardian strategische Probleme. „Die Koordinationsstelle ermöglicht die nationale Koordination, aber die Gruppen haben lokale Selbstbestimmung. Entsprechend den lokalen Bedingungen werden lokale Strategien entwickelt. Wir versuchen die Verbindung zwischen den Interessen der Leute und dem Moratorium zu knüpfen“, sagte Karin Fiercke. Und Mark Niedergang: „Einige Gruppen bringen El Salvador und Interventionismus ein und andere machen das nicht.“ Currie Burris war zufrieden mit „der starken Übereinstimmung, die Verbindung zwischen Moratorium, ökonomischen Problemen und Militär-Haushalt zu entwickeln. Wir müssen unsere Verbindungen zu Minderheiten ausweiten“.

Die Moratoriums-Kampagne will in den 82er Wahlen keine Unterstützungsarbeit leisten. Burris wies jedoch darauf hin, daß viele Aktivisten „eine Schatten-Kampagne führen werden, indem sie zu jeder öffentlichen Versammlung gehen, wo Kandidaten sprechen, um die Forderung nach dem Moratorium zu erheben und es zum Bestandteil der Diskussion zu machen“.

Burris wies auf ein drohend aufragendes Problem für die Abrüstung und für die Moratoriums-Kampagne hin: „Wir müssen genügend Durchschlagskraft entwickeln, um die Stationierung von Pershing und Cruise missiles in Europa zu stoppen. Sie sind für die Stationierung im Jahr 1983 vorgesehen, und das wäre verheerend für die Moratoriums-Kampagne.“ Diese Raketen sind höchst mobil und kaum zu kontrollieren.

Andere Aktivisten äußerten ihre Gedanken über das Moratorium. Dave McReynolds, seit langem Friedensaktivist und einer der Unterzeichner des ursprünglichen Aufrufs, unterstützt die Kampagne, erhob aber eine Reihe von Befürchtungen: „Die Kampagne stimmt einer Rüstungskontrolle zu anstelle einer wirklichen Rüstungsbegrenzung. In der nationalen Kampagne gibt es keine Verbindung zur konventionellen Rüstung und zur Frage von US-Interventionen in der Dritten Welt.

Durch die ökonomische Krise entwickelt sich die Kampagne nach links. Die Notwendigkeit, Geldausgaben von militärischen auf menschliche Bedürfnisse zu verlagern, muß stärker hervorgehoben werden. Es ist gut, daß die Kampagne versucht, sich auf Mittelamerika zu erstrecken. Aber in der Bemühung, so angesehen wie möglich zu werden, gibt es die Gefahr, daß die Pazifisten unter sich Politik machen und die Linke aus dem Prozeß ausgeschlossen wird“, warnte er. Zum Schluß sagte McReynolds: „Die Kampagne stellt nicht die ganze Konstruktion der antisowjetischen Vorurteile in Frage. Das ist etwas, was die Linke tun sollte.“

Abrüstungs-Aktivist Jon Saxton blickt „unsicher aber hoffnungsvoll“ auf die Kampagne. Saxton drückte ernstere Sorge über die Gefahr der Vereinnahmung aus. „In der 35jährigen Geschichte der US-Abrüstungsbewegung war das gefährlichste für die Bewegung, daß gewählte Beamte das Abrüstungsproblem aus unseren Händen nahmen. Das hat in der Vergangenheit zu Zerstreuung und Zersplitterung der Abrüstungsbewegung geführt.“ Er war mißtrauisch, daß „die Demokraten das Moratorium so schnell aufgegriffen haben – es könnte politisches Kapital für sie sein“. Und er warnte, daß Reagan „einige Vorstellungen der Kampagne akzeptieren könnte“, ohne ihren Inhalt zu akzeptieren, um so die Bewegung zu unterhöhlen.

„Natürlich könnten wir vereinnahmt werden“, sagte Randy Kehler. „Wir könnten vereinnahmt werden durch die Regierung, wir könnten vereinnahmt werden durch die Bürokratie der Rüstungskontrolle.“ Aber der Weg, um dies zu verhindern, argumentierte Kehler, wäre, „die Leute hinter uns zu bringen. Wir müssen uns eine Basis verschaffen.“

Mark Niedergang: „Wir müssen unsere Basis um die Minderheiten erweitern, arme Leute, die Umweltbewegung, Arbeiter – wie auch die Mittelklasse. Die Kampagne ist jetzt in der Diskussion. Wir müssen sie zu einer Kraft in der amerikanischen Politik machen.“

Dokumentation

Aufruf der „Freeze-Campaign“ in den USA

Der Schrecken eines atomaren Holocausts wird weltweit erkannt. Die Ver-

Statt diese Entwicklung in eine gefährliche Zukunft zuzulassen, sollten

men zur Umstellung der Atomindustrie, von 1981 bis 1990 zu Einsparun-

nem Jahr in Gang gesetzt, wurde die Moratoriums-Kampagne (Freeze-Campaign) plötzlich in die nationale Aufmerksamkeit gerückt, als am 10. März 17 Senatoren und 115 Abgeordnete beider Parteien im Kongreß an die USA und die Sowjetunion gerichtete Resolutionen einbrachten, einem Moratorium bei atomarer Rüstung zuzustimmen. Diese Aktion im Kongreß brachte schnell Drohungen von der Reagan-Administration und umfangreiche Berichterstattung durch die Medien.

Zu einer Zeit, wo das Weiße Haus eine Strategie der atomaren Aufrüstung verfolgt, welche darauf zielt, die USA in eine Position der strategischen Überlegenheit über die UdSSR zu versetzen, wird die Kampagne für ein Rüstungs-Moratorium schnell ein bedeutendes politisches Hindernis für die Regierungspläne und, laut den Organisatoren, ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur Abrüstung.

Bis jetzt wurde der Aufruf durch die Regierungen von sechs Bundesstaaten unterschrieben: Massachusetts, Oregon, Connecticut, Minnesota, Maine und Vermont. Die Stadträte von 22 Städten, darunter St. Louis, Baltimore, Cleveland und Evanston haben Resolutionen mit der Forderung nach einem atomaren Rüstungs-Moratorium verabschiedet. In New England endeten 238 Stadtversammlungen mit der
Unterstützung dieser Forderung.

Die Organisatoren der Moratoriums-Kampagne schätzen, daß über eine Million Leute Eingaben zugunsten des Vorschlags unterschrieben haben. Darin sind 512000 Unterschriften inbegriffen, die allein in Kalifornien gesammelt wurden, um diese Maßnahme einer Volksabstimmung zu stellen. Die Organisatoren schätzen, daß 17000 bis 20000 in 43 Staaten aktiv an der Kampagne mitarbeiten.

Die Kampagne nahm 1980 ihren Anfang mit einem Papier von Randall Forsberg vom Institut für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien (IDDS) „Aufruf zum Stop des atomaren Rüstungswettlaufs“, der unter den Abrüstungs-Aktivisten zirkulierte. Im März 1981 wurde die erste nationale Konferenz in Washington abgehalten und die Kampagne für ein bilaterales Einfrieren der atomaren Rüstung formell gegründet.

Eine der ersten Taktiken der Kampagne war, Unterschriften zur Unterstützung einer Moratoriums-Erklärung zu sammeln wie auch den Vorschlag für ein Moratorium auf lokaler Ebene zur Abstimmung zu stellen.

Die zweite nationale Moratoriums-Konferenz fand vom 19. bis 21. Februar in Denver, Colorado, statt, um die bisherige Arbeit zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu planen. Etwa 450 Organisatoren aus 39 Bundesstaaten beschlossen ein Strategie-Papier für 1982. Hauptziele der Kampagne im kommenden Jahr sollen sein:

– Die Basis für die Unterstützung des Moratoriums verbreitern und die Organisierung auf alle 50 Bundesstaaten

sucht werden.

– Die Verbindung zwischen dem atomaren Rüstungswettlauf und ökonomischen Problemen wie Arbeitslosigkeit, grundlegende menschliche Bedürfnisse, Inflation und Zinssätze soll entwickelt werden. Durch den Rüstungshaushalt werden weit mehr in Mitleidenschaft gezogen als die am stärksten Benachteiligten. Die Versammlung richtete eine nationale Sondergruppe ein für ökonomische Probleme, die mit dem Moratorium in Zusammenhang stehen.

– Die Kampagne für das Moratorium soll weithin sichtbar gemacht und als klare Alternative zur Fortsetzung des Rüstungs-Wettlaufs herausgestellt werden.

– Es soll damit begonnen werden, den politischen Einfluß in beiden Parteien zu entwickeln und auszubauen, so daß der Moratorium-Vorschlag von den Größen der nationalen Politik ernst genommen wird.

Die Versammlung unterstützte auch das Treffen am 12. Juni in New York, das in Verbindung mit der 2. UNO-Sondersitzung über Abrüstung geplant ist.

Obwohl die Forderung schon im Kongreß vorgebracht wurde, halten die Organisatoren an ihrem ursprünglichen Zeitplan fest, der die Entwicklung der Kampagne in vier Phasen aufrollt:

1. Die Möglichkeit des Moratoriums durch einige Anfangserfolge demonstrieren;
2. Entwicklung einer breiten und sichtbaren Basis der örtlichen Unterstützung;
3. die Unterstützung auf den Kongreß sowie auf nationale Ebene konzentrieren;
4. Entwicklung eines nationalen Auftretens.

Die Organisatoren schätzen, daß die Kampagne noch in der 2. Phase steckt: „Wir müssen noch viel mehr Basisarbeit leisten; ich fürchte, daß wir dem Zeitplan zu weit voraus sind“, sagte Mark Niedergang vom IDDS dem Guardian. Senator Edward Kennedy (Demokraten Massachusetts) und Mark Hatfield (Republikaner Oregon), die den Moratoriums-Vorschlag am 10. März im Senat einbrachten, „taten dies auf eigene Faust“, sagte Currie Burris vom nationalen Komitee der Moratoriums-Kampagne dem Guardian. „Sie wurden von ihren Anhängern darauf aufmerksam gemacht.“

„Jetzt ist nicht die Zeit für eine Abstimmung“, setzte Burris fort. „Wir werden das tun, wenn ein Sieg möglich ist, und das wird nicht vor dem nächsten Jahr oder später sein.“

Verschiedene Organisatoren sind auch enttäuscht durch den Wortlaut der Hatfielt-Kennedy-Resolution, die nicht das sofortige Moratorium fordert, sondern Bemühungen von seiten der USA und UdSSR, um „zu entscheiden, wann und wie“ ein „gemeinsames und überprüfbares“ Moratorium zustande zu bringen ist. Verschiedene Aktivisten hoben hervor, daß dies

fielt-Kennedy-Resolution eine Reduzierung der Waffen, was der Moratoriums-Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht macht.

Einige der Aktivisten diskutierten mit dem Guardian strategische Probleme. „Die Koordinationsstelle ermöglicht die nationale Koordination, aber die Gruppen haben lokale Selbstbestimmung. Entsprechend den lokalen Bedingungen werden lokale Strategien entwickelt. Wir versuchen die Verbindung zwischen den Interessen der Leute und dem Moratorium zu knüpfen“, sagte Karin Fiercke. Und Mark Niedergang: „Einige Gruppen bringen El Salvador und Interventionismus ein und andere machen das nicht.“ Currie Burris war zufrieden mit „der starken Übereinstimmung, die Verbindung zwischen Moratorium, ökonomischen Problemen und Militär-Haushalt zu entwickeln. Wir müssen unsere Verbindungen zu Minderheiten ausweiten“.

Schatten-Kampagne führen werden, indem sie zu jeder öffentlichen Versammlung gehen, wo Kandidaten sprechen, um die Forderung nach dem Moratorium zu erheben und es zum Bestandteil der Diskussion zu machen“.

Burris wies auf ein drohend aufragendes Problem für die Abrüstung und für die Moratoriums-Kampagne hin: „Wir müssen genügend Durchschlagskraft entwickeln, um die Stationierung von Pershing und Cruise missiles in Europa zu stoppen. Sie sind für die Stationierung im Jahr 1983 vorgesehen, und das wäre verheerend für die Moratoriums-Kampagne.“ Diese Raketen sind höchst mobil und kaum zu kontrollieren.

Andere Aktivisten äußerten ihre Gedanken über das Moratorium. Dave McReynolds, seit langem Friedensaktivist und einer der Unterzeichner des ursprünglichen Aufrufs, unterstützt die Kampagne, erhob aber eine Reihe

griffen haben – es könnte politisches Kapital für sie sein“. Und er warnte, daß Reagan „einige Vorstellungen der Kampagne akzeptieren könnte“, ohne ihren Inhalt zu akzeptieren, um so die Bewegung zu unterhöhlen.

„Natürlich könnten wir vereinnahmt werden“, sagte Randy Kehler. „Wir könnten vereinnahmt werden durch die Regierung, wir könnten vereinnahmt werden durch die Bürokratie der Rüstungskontrolle.“ Aber der Weg, um dies zu verhindern, argumentierte Kehler, wäre, „die Leute hinter uns zu bringen. Wir müssen uns eine Basis verschaffen.“

Mark Niedergang: „Wir müssen unsere Basis um die Minderheiten erweitern, arme Leute, die Umweltbewegung, Arbeiter – wie auch die Mittelklasse. Die Kampagne ist jetzt in der Diskussion. Wir müssen sie zu einer Kraft in der amerikanischen Politik machen.“

Dokumentation

Aufruf der „Freeze-Campaign“ in den USA

Der Schrecken eines atomaren Holocausts wird weltweit erkannt. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion besitzen schon heute 50000 Atomwaffen. Bereits ein Bruchteil dieser Waffen kann innerhalb einer halben Stunde alle Städte in der nördlichen Hemisphäre zerstören. Dennoch planen die USA und die UdSSR, in den nächsten zehn Jahren zusammen mit einer neuen Generation von atomaren Raketen und Flugzeugen mehr als 20000 weitere Atomsprengköpfe herzustellen.

Falls das Waffenprogramm für die nächsten zehn Jahre nicht gestoppt wird, wird es die atomaren Stolperdrähte enger ziehen. Counterforce-Systeme (für einen eigenen nuklearen Überraschungsangriff gegen Militäreinrichtungen des Gegners, um ihn zu entwaffnen / Red.) und andere Systeme für die „nukleare Kriegsführung“ werden die Fähigkeiten der USA und der UdSSR erhöhen, die Atomstreitmacht des Gegners und andere militärische Ziele anzugreifen. Dies wird den Druck auf beide Seiten steigern, in einer Krise ihre Atomwaffen eher einzusetzen, als das Risiko einzugehen, sie durch einen Erstschlag zu verlieren.

Diese Entwicklungen erhöhen die Bereitschaft zu einem massiven atomaren Schlagabtausch zu einer Zeit, in der ökonomische Schwierigkeiten, politische Zwietracht, Revolutionen und der Wettbewerb um die Energieversorgung vermutlich weltweit zunehmen werden. Gleichzeitig werden vermutlich weitere Länder Atomwaffen erwerben. Wenn wir diese kombinierten Entwicklungstrends nicht ändern, wird die Atomkriegsgefahr in den 80er und 90er Jahren größer als jemals zuvor sein.

Statt diese Entwicklung in eine gefährliche Zukunft zuzulassen, sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion das atomare Wettrüsten beenden.

Das Einfrieren der atomaren Raketen und Flugzeuge kann durch vorhandene nationale Methoden überprüft werden. Ein vollständiges Einfrieren kann leichter überprüft werden als die komplexen SALT-I und SALT-II-Abkommen. Das Einfrieren der Herstellung von Atomsprengköpfen könnte durch die Sicherheitsvorkehrungen der Internationalen Atomenergiebehörde überprüft werden. Wenn die Herstellung von Atomwaffen und von für die Produktion von Waffen geeignetem angereichertem Material beendet und die Sicherheitsvorkehrungen der Atomenergiebehörde auf die amerikanischen und sowjetischen Atomprogramme angewendet würden, würde dies für andere Länder den Anreiz erhöhen, dem Nichtweiterverbreitungsvertrag beizutreten, auf den Erwerb eigener Atomwaffen zu verzichten und die gleichen Sicherheitsvorkehrungen zu akzeptieren.

Ein Einfrieren würde die bestehende nukleare Parität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion konstant halten. Indem auf beiden Seiten die Herstellung von Counterforce-Waffen ausgeschlossen sein würde, entfielen auf beiden Seiten die Vorwände für weiteres Rüsten. Nach einer sofortigen Verständigung über ein Einfrieren sollten die Bedingungen dafür später in der Form eines dauerhaften Vertrages ausgehandelt werden. Das Einfrieren von Atomwaffen würde, in Verbindung mit Regierungsprogrammen zur Umstellung der Atomindustrie, von 1981 bis 1990 zu Einsparungen von mindestens je 100 Milliarden Dollar (in heutigen Preisen) bei den amerikanischen und sowjetischen Militärausgaben führen. Dies würde die Inflationsrate verringern.

Die Einsparungen könnten dazu verwendet werden, den Haushalt auszugleichen, die Steuern zu senken, die Dienstleistungen zu verbessern, erneuerbare Energieformen zu subventionieren oder die Hilfeleistungen an die von Armut geplagten Gebiete in der Dritten Welt zu erhöhen. Das Einfrieren der Atomwaffen würde außerdem die Beschäftigungsrate erhöhen, indem Personal in arbeitsintensivere Zivilberufe umgelenkt würde.

Die Beendigung des amerikanisch-sowjetischen atomaren Wettrüstens ist der einzige und sinnvollste Schritt, der jetzt unternommen werden kann, um die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges zu verringern und die Verbreitung von Atomwaffen an weitere Länder zu verhindern. Dieser Schritt ist ein notwendiger Auftakt, um internationale Bedingungen zu schaffen, unter denen

- weitere Schritte in Richtung auf eine stabile und friedliche internationale Ordnung gemacht werden können;
- die Drohung eines Ersteinsatzes von Atomwaffen beendet werden kann;
- das Einfrieren auf andere Nationen ausgedehnt werden kann und
- die nuklearen Arsenale auf allen Seiten drastisch verkleinert oder vollständig abgebaut werden können, um die Welt wirklich vor der atomaren Zerstörung zu sichern.

Welche Chancen haben die Demokratischen Sozialisten?

In unserer letzten Ausgabe haben wir über die Ergebnisse des Recklinghauser Kongresses berichtet und zu der eingeleiteten Parteigründung Stellung genommen. Hier legen nun die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) ihre Auffassung dar.

Die erste Konferenz der Demokratischen Sozialisten in Recklinghausen hat sich mit großer Einmütigkeit für einen *organisierten* Diskussionsprozeß ausgesprochen. Wenn die zersplitterten Sozialisten klären wollen, was ihre politischen Optionen zu Beginn des Jahrzehntes von Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sind, dann muß diese Debatte organisiert, d.h. verbindlich, überschaubar und auf mögliche Konsequenzen hin durchsichtig sein.

Verläuft der Diskussionsprozeß erfolgreich, dann wird eine neue organisierte politische Strömung entstehen. Der Kernpunkt der Diskussion liegt aber nicht in den Debatten über die verschiedenen möglichen Organisationsformen. Die entscheidende Frage ist, ob die Arbeiterbewegung aus ihrer gegenwärtigen Defensivsituation und ihrer relativen politischen Apathie durch das Wirken einer linkssozialistischen Partei herauskommt, oder ob eine in Bewegung geratene Arbeiterklasse umgekehrt die Voraussetzung für eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses ist. Der entscheidende Vorbehalt gegenüber den demokratischen Sozialisten besteht dann auch darin, daß ihnen für eine organisatorische Konsolidierung die politische Basis fehle. „Interessen konnten noch nie wirksam vertreten werden, bevor sie sich in der Bewegung und in wirklichen Kämpfen auch tatsächlich artikuliert hatten." (Schmierer, KVZ Nr. 12/82) Weder in den Gewerkschaften noch in der Sozialdemokratie noch in dem Spektrum der sogenannten neuen sozialen und Wahlbewegung existiere ausreichender Druck oder wirkliche Nachfrage nach einer selbständigen sozialistischen Partei. Das vorhandene Bedürfnis nach weitergehenden außerparlamentarischen Bündnissen werde umgekehrt durch einen programmatischen Zusammenschluß eher traditioneller sozialistischer Strömungen gehemmt.

Dieses Argument ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Von der SPD wird seit Jahren eine Politik praktiziert, die der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit direkt entgegengesetzt ist:

Statt beständiger Reallohnverbesserung, statt Vollbeschäftigung, statt gewerkschaftlicher Erfolge in der Sozialgesetzgebung, beim Ausbau der sozialen Dienste und in der tariflichen Festlegung von Soziallöhnen, statt eines sicheren und ausgebauten Renten- und Sozialversicherungssystems ist diese Republik seit Jahren gekennzeichnet von extrem harten Tarifkämpfen, die meist dennoch Reallohnverlust zur Folge haben, von einer beständigen und immer schwerer wiegenden „Opferbelastung" der kleinen und der Sozialeinkommen, von einem drastischen

Spektrum der sogenannten neuen sozialen und Wahlbewegung existiere ausreichender Druck oder wirkliche Nachfrage nach einer selbständigen sozialistischen Partei. Das vorhandene Bedürfnis nach weitergehenden außerparlamentarischen Bündnissen werde umgekehrt durch einen programmatischen Zusammenschluß eher traditioneller sozialistischer Strömungen gehemmt.

Dieses Argument ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Von der SPD wird seit Jahren eine Politik praktiziert, die der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit direkt entgegengesetzt ist:

Statt beständiger Reallohnverbesserung, statt Vollbeschäftigung, statt gewerkschaftlicher Erfolge in der Sozialgesetzgebung, beim Ausbau der sozialen Dienste und in der tariflichen Festlegung von Soziallöhnen, statt eines sicheren und ausgebauten Renten- und Sozialversicherungssystems ist diese Republik seit Jahren gekennzeichnet von extrem harten Tarifkämpfen, die meist dennoch Reallohnverlust zur Folge haben, von einer beständigen und immer schwerer wiegenden „Opferbelastung" der kleinen und der Sozialeinkommen, von einem drastischen

Sozialabbau von der Sozialhilfe bis zum Wohnungsbau, von Rentenbetrug, Krise der Sozialversicherung, von Milliarden Defiziten der öffentlichen Haushalte und „Sanierung" auf Kosten der sozial Schwächsten; dies alles vor dem Hintergrund von 2 Mio. Arbeitslosen, deren Zahl von Tag zu Tag zunimmt; die Arbeiterbewegung steht in einem Abwehrkampf an allen Fronten. Die „Opferbelastung" durch die SPD – sei es in Form von Raketen, sei es Sozialabbau oder Arbeitslosigkeit – führt auf der anderen Seite nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensverhältnisse, geschweige denn einer Lösung der Krise. Angesichts dieser Politik der SPD – Opfer ohne Fortschritt, Opfer mit ungedeckten Wechseln auf die Zukunft – wird das Potential derer, die immer mehr und immer grundsätzlicher zur SPD-Politik in Opposition geraten, ständig größer.

Dieses Potential drängt gegenwärtig sicher nicht spektakulär aus den gegebenen politischen Strukturen heraus, man hält sich eher zurück und ist skeptisch, ja mißtrauisch nach all den frustrierenden Erfahrungen mit linkem politischen Radikalismus. Aber: Angesichts der krassen Defizite und Mängel der Arbeits- und Lebensverhältnisse wird die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit dringlicher und breiter als je zuvor gestellt – das ist nichts mehr mit der von der Sozialdemokratie praktizierten Politik zu tun. Die Forderung nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit richtet sich heute auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft.

Es gibt in der Bundesrepublik für diese Situation angesichts der programmatischen Bewegungsunfähigkeit der Sozialdemokratie und einer traditionellen kommunistischen Partei noch keinen angemessenen politischen Ausdruck. Denn der größte Teil dieses sozialistischen Potentials wird nicht allein in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen aufgehen; nicht, weil sie den außerparlamentarischen Kampf und das breite Bündnis mit anderen politischen Strömungen geringschätzen, sondern weil ihnen die Kontinuität des politischen Willensbildungsprozesses, die Entwicklung einer eigenen politischen Kultur und die Wirksamkeit ihrer politischen Arbeit in den verschiedenen Initiativen und Bewegungen nicht ausreichend hergestellt erscheint. Die Wahlergebnisse von Schleswig-Holstein und Niedersachsen zeigen, daß ein großer Teil ehemaliger SPD-Stammwähler sich nicht der grün-alternativen Wahlbewegung angeschlossen hat. Dies liegt u.E. daran, daß keine der Gruppierungen aus der sogenannten neuen sozialen und Wahlbewegung die heute wieder auf die Tagesordnung gesetzten „traditionellen" Übel des Kapitalismus konzeptionell in den Mittelpunkt seiner Alternativen gestellt hat.

Die immer drängender gestellten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit werden allerdings nicht unmittelbar eine Bewegung in den Betrieben hervorrufen. Die Entwicklung des betrieblichen Widerstandes ist vermittelt über die gewerkschaftlichen Kämpfe. Insofern geht der Vorbehalt an die DS, daß sich zunächst in den Betrieben eine Bewegung entwickeln müsse, an den tatsächlichen Problemen vorbei. Bremsen und Blockade der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau ist die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften. Durch die Entwicklung einer sozialistischen Alternative zur Sozialdemokratie wird der Ablösungsprozeß ihrer Hegemonie in den Gewerkschaften erleichtert. Eine sozialistische Gruppierung, welche den Kampf um soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, muß deshalb in die Gewerkschaften hineinwirken, sich bewußt zum politischen Bezugspunkt der sich in den Gewerkschaften entwickelnden Opposition zur Sozialdemokratie machen.

Diesen Aufgaben können die Demokratischen Sozialisten nicht dadurch gerecht werden, daß sie sich nur als der politische Ausdruck des beschäftigten Teils der Lohnabhängigen verstehen. Das entscheidende Problem einer tragfähigen Alternative besteht gerade darin, die in der Krise auseinanderdriftenden Kräfte zu einem hegemoniefähigen sozialen Block zusammenwachsen zu lassen. Die Interessen der Beschäftigten, die selber differenziert und keineswegs einheitlich sind, sind nicht unmittelbar identisch mit den Interessen des nichtbeschäftigten Teils der Lohnabhängigen. Dieses Problem der inneren Klasseneinheit stellt sich auch für die Demokratischen Sozialisten. In der Diskussion um ein Aktionsprogramm werden vor allem zwei Strömungen aufeinandertreffen: Sozialisten, die den Primat der Ökonomie so verstehen, daß der unmittelbare Ausdruck des Klassenkampfes in der Fabrik zentral ist, so daß alle anderen Fragen zunächst vernachlässigt werden können. Auf der anderen Seite Sozialisten, die den Primat der Ökonomie anerkennen, die allerdings sagen, daß die politische Hegemonie ausgehend von der Fabrik *nur* zu erringen ist, wenn Verteilungsprobleme, das Problem der Frauendiskriminierung, die Probleme der sozialen Sicherung, die Probleme kultureller Verhaltensweisen etc. *gleichberechtigt* verhandelt werden.

Die Demokratischen Sozialisten haben eine Chance, zur politischen Kräfteverschiebung positiv beizutragen, wenn ihnen die Verständigung auf ein Aktionsprogramm gelingt und Spaltung entlang der vielen theoretischen und ideologischen Differenzen unter den sozialistischen Strömungen vermieden werden können. Und alle Marxisten, die die Krise des Marxismus bisher nicht bloß verkünden, sondern überwinden wollten, haben die Chance, durch den Verzicht auf „Sozialismus-Modelle" und stattdessen konkrete Erarbeitung von Übergangsforderungen zur Erneuerung sozialistischer Tendenzen in der BRD beizutragen. Der Beweis, daß Sozialisten ohne Preisgabe des Primats der Ökonomie über die Perspektive der Befreiung der Fabrikarbeit *hinaus*kommen, daß sie die gesellschaftspolitische Entwicklung in Forderungen bündeln können, die konkret sind und zugleich die Defensivposition der Arbeiterbewegung überwinden, steht noch aus.

Der Umgruppierungsprozeß ist mit der Konstituierung der Demokratischen Sozialisten nicht zu Ende, noch wird er von ihnen allein bestimmt. Daß Sozialisten erneut eine Verständigung suchen, daß Teile der Sozialdemokratie nun endlich sich politisch neu orientieren – was anderes als ein Stück positive politische Entwicklung kann man hierzulande darin sehen?

Leserbrief

Fehldeutungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der „KVZ",

die „KVZ" ist in den letzten Monaten immer mehr dazu übergegangen, andere Fraktionen und Sektoren der bundesdeutschen Linken zur Kenntnis zu nehmen und sich in der Debatte auch auf diese zu beziehen. Das ist erfreulich, trotz aller harten Differenzen in der Sache.

Ärgerlich ist aber, wenn die Polemik in einer Weise geführt wird, der noch der Fischmehl-Duft vergangener Zeiten anhaftet. Konkret beziehe ich mich auf den Kommentar von Friedemann Bleicher in der „KVZ" vom 12.3., S. 2. Der Autor scheint die Position des KB zu den Vorgängen in und um Polen immerhin für so wichtig zu halten, daß er aus verschiedenen Stellen des „Arbeiterkampf" bruchstückhafte Zitate bringt. Nur stellt er leider unsere Positionen gerade in *der* entscheidenden Frage auf den Kopf, indem er uns unterstellt, der KB plädiere in irgendeiner Weise für die Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung „mit dem Militärstiefel". Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn es anders für eine Polemik gegen den KB und den „Arbeiterkampf" sicher viel bequemer wäre.

Ein zusätzliches Ärgernis ist, daß Ihr in einer früheren Ausgabe der „KVZ" – ich bin jetzt zu faul, um das rauszusuchen; es muß noch im Dezember gewesen sein oder Anfang Januar – unsere Haltung in dieser Frage im Rahmen einer Presseschau zwar sehr kurz, aber immerhin korrekt zitiert hattet. Der Kommentar des Genossen Bleicher ist also ein Schritt zurück. Zu Eurer Information (und ich hoffe, Ihr werdet das zwecks Klarstellung auch Euren Lesern nicht vorenthalten wollen?!) zitiere ich aus unserer „offiziellen" Erklärung, datiert vom 16.12.1981, abgedruckt im „Arbeiterkampf" Nr. 215: „Der Ausnahmezustand in Polen ist die vorläufig letzte Konsequenz der Tatsache, daß in Polen ein politisches und soziales System nur noch mit Zwangsmitteln und äußerem Druck gegen die große Mehrheit des Volkes aufrechterhalten wird. Daß sich dieses System ausgerechnet ‚realer Sozialismus' zu nennen beliebt, kann von allen Sozialisten nur als ärgerlich und unverschämt empfunden werden. Denn Sozialismus meint in erster Linie Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus kann also kein militärisch abgesichertes Zwangssystem gegen die Arbeiterklasse sein. Unerträglich ist auch die rechtfertigende ‚realsozialistische' Staatsdoktrin: Dieser Doktrin zufolge *muß* im Interesse der Entspannung und des Friedens das Zwangssystem mit allen verfügbaren Mitteln aufrechterhalten werden, da andernfalls das ‚internationale Gleichgewicht' zuungunsten der Sowjetunion beeinträchtigt würde ..."

Die Stellungnahme schließt mit der Aussage, daß sich der Kampf der polnischen Arbeiterklasse aktuell auf zwei Forderungen konzentriert, nämlich die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und die Aufhebung des Ausnahmezustands. Dazu sagen wir dann: „Dieser Kampf verdient die Unterstützung aller Linken. Der *einzige* Weg zum Sozialismus führt über die volle Entfaltung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts."

Dies ist unsere Haltung seit langem; sie ist nach wie vor unverändert. Für Um- und Fehldeutungen im Sinne des Genossen Bleicher bleibt daher null Raum.

Mit sozialistischen Grüßen
Hamburg, 22.3.1982, Kt.

Dazu folgende kurze Bemerkung:
Leider kann diese „Klarstellung" an dem Problem selbst wenig ändern. Es geht gar nicht darum, dem „Arbeiterkampf" zu unterstellen, er *plädiere* unumwunden für die Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung. Das kann gerne festgehalten werden, auch wenn sich der „Arbeiterkampf" umgekehrt nicht eben zimperlich ausdrückt. Es geht vielmehr darum, daß die Beschönigung der sowjetischen Interessen durch die Hintertür allzu oft auch mit einer Beschönigung der polnischen Militärdiktatur endet. Gut wäre, wenn sich der „Arbeiterkampf" von der Vorstellung befreien würde, „jede Destabilisierung des RGW" bedeute eine „Stärkung des Imperialismus", wie es in dem zitierten Artikel heißt. Dann wäre auch der Weg frei für die wirklich *solidarische Unterstützung* des polnischen Freiheitskampfes. Daß es darüber auch im „Arbeiterkampf" und seiner RGW-Kommission Auseinandersetzung gibt, ist erfreulich. *fb.*

ROTE ROBE
aus dem Inhalt 1/82:
Wie können sich Verbraucher beim Konsumentenkredit wehren?
Sparen bei den Armen – die haben es gelernt. Die

auf die Tagesordnung gesetzten „traditionellen" Übel des Kapitalismus konzeptionell in den Mittelpunkt seiner Alternativen gestellt hat.

Die immer drängender gestellten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit werden allerdings nicht unmittelbar eine Bewegung in den Betrieben hervorrufen. Die Entwicklung des betrieblichen Widerstandes ist vermittelt über die gewerkschaftlichen Kämpfe. Insofern geht der Vorbehalt an die DS, daß sich zunächst in den Betrieben eine Bewegung entwickeln müsse, an den tatsächlichen Problemen vorbei. Bremsen und Blockade der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau ist die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften. Durch die Entwicklung einer sozialistischen Alternative zur Sozialdemokratie wird der Ablösungsprozeß ihrer Hegemonie in den Gewerkschaf-

hängigen. Dieses Problem der inneren Klasseneinheit stellt sich auch für die Demokratischen Sozialisten. In der Diskussion um ein Aktionsprogramm werden vor allem zwei Strömungen aufeinandertreffen: Sozialisten, die den Primat der Ökonomie so verstehen, daß der unmittelbare Ausdruck des Klassenkampfes in der Fabrik zentral ist, so daß alle anderen Fragen zunächst vernachlässigt werden können. Auf der anderen Seite Sozialisten, die den Primat der Ökonomie anerkennen, die allerdings sagen, daß die politische Hegemonie ausgehend von der Fabrik *nur* zu erringen ist, wenn Verteilungsprobleme, das Problem der Frauendiskriminierung, die Probleme der sozialen Sicherung, die Probleme kultureller Verhaltensweisen etc. *gleichberechtigt* verhandelt werden.

Die Demokratischen Sozialisten haben eine Chance, zur politischen Kräf-

gerade in *der* entscheidenden Frage auf den Kopf, indem er uns unterstellt, der KB plädiere in irgendeiner Weise für die Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung „mit dem Militärstiefel". Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn es anders für eine Polemik gegen den KB und den „Arbeiterkampf" sicher viel bequemer wäre.

Ein zusätzliches Ärgernis ist, daß Ihr in einer früheren Ausgabe der „KVZ" – ich bin jetzt zu faul, um das rauszusuchen; es muß noch im Dezember gewesen sein oder Anfang Januar – unsere Haltung in dieser Frage im Rahmen einer Presseschau zwar sehr kurz, aber immerhin korrekt zitiert hattet. Der Kommentar des Genossen Bleicher ist also ein Schritt zurück. Zu Eurer Information (und ich hoffe, Ihr werdet das zwecks Klarstellung auch Euren Lesern nicht vorenthalten wollen?!) zitiere ich aus unserer „offiziellen" Erklärung, datiert vom 16.12.1981, abgedruckt im „Arbeiterkampf" Nr. 215: „Der Ausnahmezustand in Polen ist die vorläufig letzte Konsequenz der Tatsache, daß in Polen ein politisches und soziales System nur noch mit Zwangsmitteln und äußerem Druck gegen die große Mehrheit des Volkes aufrechterhalten wird. Daß sich dieses System ausgerechnet ‚realer Sozialismus' zu nennen beliebt, kann von allen Sozialisten nur als ärgerlich und unverschämt empfunden werden. Denn Sozia-

ist nach wie vor unverändert. Für Um- und Fehldeutungen im Sinne des Genossen Bleicher bleibt daher null Raum.

Mit sozialistischen Grüßen
Hamburg, 22.3.1982, Kt.

Dazu folgende kurze Bemerkung:
Leider kann diese „Klarstellung" an dem Problem selbst wenig ändern. Es geht gar nicht darum, dem „Arbeiterkampf" zu unterstellen, er *plädiere* unumwunden für die Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung. Das kann gerne festgehalten werden, auch wenn sich der „Arbeiterkampf" umgekehrt nicht eben zimperlich ausdrückt. Es geht vielmehr darum, daß die Beschönigung der sowjetischen Interessen durch die Hintertür allzu oft auch mit einer Beschönigung der polnischen Militärdiktatur endet. Gut wäre, wenn sich der „Arbeiterkampf" von der Vorstellung befreien würde, „jede Destabilisierung des RGW" bedeute eine „Stärkung des Imperialismus", wie es in dem zitierten Artikel heißt. Dann wäre auch der Weg frei für die wirklich *solidarische Unterstützung* des polnischen Freiheitskampfes. Daß es darüber auch im „Arbeiterkampf" und seiner RGW-Kommission Auseinandersetzung gibt, ist erfreulich. *fb.*



kvz.Kiel. Nachdem die Gewerkschaften in Schleswig-Holstein den Kampf für bessere Schulen jahrelang fast ausschließlich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) überlassen haben, ist jetzt wenigstens der DGB aktiv geworden. Er hatte am vergangenen Samstag nach Neumünster zu einer Kundgebung für Gesamtschulen und gegen das in der parlamentarischen Beratung befindliche neue Schulgesetz aufgerufen. 1500 kamen, mehr als in die Halle paßten, vor allem Gesamtschüler aus allen Teilen des nördlichsten Bundeslandes.

Sprecher und Teilnehmer wendeten sich gegen die Pläne der CDU-Regierung, die einzige kooperative Gesamtschule des Landes aufzulösen und die vier integrierten in das kommende Schulgesetz nicht als selbständige Schulgattung aufzunehmen. Sie sollen dort nach der Absicht von Kultusminister Bendixen mit Sonder-, Behinderten- und Privatschulen zur Gruppe der „besonderen Schulen" zusammengefaßt werden. Bendixen will die angeblichen Privilegien (Stundenzahl der Lehrer und Ausstattung) der Gesamtschulen, die alle noch in der Versuchsphase stecken, teilweise auf Hauptschulniveau zurückschrauben. Sollten daraufhin die Leistungen tatsächlich sinken, könnten die Reaktionäre triumphieren.

In 40 Orten Schleswig-Holsteins gibt es inzwischen Elterninitiativen für Gesamtschulen. Die Schülervertretungen der Gymnasien haben sich erst kürzlich der Forderung nach „Gesamtschulen überall dort, wo die Eltern dies wollen" angeschlossen. Aber solange die CDU die Regierung stellt, wird sich da wohl kaum etwas machen lassen. Eine gewisse Müdigkeit der Bewegung ist kaum noch zu übersehen; die Hoffnung geht auf die Landtagswahlen im kommenden Frühjahr. *Bild: Lehrerverband der Intergrierten Gesamtschule Neumünster.*

„Netzbau" – Treuhandmodell für die besetzten Häuser

nia. Westberlin. Der Bischof der Westberliner evangelischen Kirche hat dazu aufgerufen, für die „Netzbau GmbH" zu spenden. Über Sammlungen sollen von der evangelischen Kirche 30000 DM – drei Fünftel des benötigten Gründungskapitals – aufgebracht werden. Die Gründung der „Netzbau GmbH" als Träger für die besetzten Häuser war am 20.3. auf einer Mitgliederversammlung des „Netzwerk Selbsthilfe" beschlossen worden.

Die Idee eines Trägers für die besetzten Häuser war im Laufe der letzten Monate vom „Gegengesprächskreis" entwickelt worden. Nach den Räumungen im September hatte der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker „Dialogbereitschaft" verkündet und zu einem Gesprächskreis über die besetzten Häuser eingeladen, der von seiner Zusammensetzung her aber nicht in der Lage war, deren Interessen zu vertreten. In dieser Situation war der „Gegengesprächskreis" gegründet worden; eine Initiative von Vertretern der evangelischen Kirche, die sich schon seit Monaten für die Forderungen der Hausbesetzer engagiert hatten, und von diesen akzeptiert wurden. Der Kreuzberger Superintendent Roth war schon unter dem vorherigen Senat von den Kreuzberger Besetzern als einer ihrer Vermittler benannt worden. Bischof Kruse war in einem Hirtenbrief der Hetze gegen die Instandbesetzer entgegengetreten und hatte – die Berechtigung ihrer Forderungen anerkennend – zu einer gewaltfreien Lösung aufgerufen, und den Senat zu einer anderen Wohnungspolitik aufgefordert. In der Diskussion mit den Besetzern war der Gegengesprächskreis auf das schon vor den Wahlen entwickelte Treuhandmodell zurückgekommen. Im Dezember bildete sich eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept für eine mögliche Rechtsform und die zu erwartenden Aufgaben eines solchen Treuhänders auszuarbeiten begann.

Nachdem die Besetzer sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatten, wurde das Konzept auf einer Pressekonferenz vorgestellt: Besitzer oder Senat behalten das Eigentum an den Häusern; mit den Besetzern selber oder dem Treuhänder werden Erbbaurechtsverträge abgeschlossen, die den Besetzern innerhalb der Häuser weitestgehende Autonomie sichern. Das Konzept soll nicht nur für die besetzten Häuser praktikabel sein, sondern blockweise Regelungen ermöglichen und so zu einem Schritt für eine Wohnungspolitik im Interesse der Bewohner und ohne Spekulation werden, was ja eines der wesentlichen Motive für die Instandbesetzungen gewesen war.

Der Vorstand des „Netzwerk Selbsthilfe" erklärte sich Anfang März bereit, einen Träger aufzubauen und als Verhandler zwischen Senat und Besetzern aufzutreten, um dieses Konzept verwirklichen zu helfen. Schöneberger Besetzer beauftragten den Vorstand daraufhin, für die fünf besetzten GrundAG-Häuser Verhandlungen mit Eigentümer und Senat aufzunehmen.

Unter einem Teil der Netzwerk-Mitglieder kam es daraufhin zu heftigen Protesten. Abgesehen davon, daß es gegen die Satzung verstoßen habe, die Gesellschaftsgründung in der Öffentlichkeit als abgemachte Sache darzustellen, sahen einige eine „Neue Heimat" im Entstehen. Eigene unternehmerische Tätigkeit des Netzwerk sei mit dem Anspruch linker Überparteilichkeit und der reinen Fördertätigkeit nicht vereinbar. Politisch wurde gegen die Gründung der „Netzbau" damit argumentiert, daß sie, wenn der Senat sie erst einmal akzeptiert habe, als Spaltungsinstrument eingesetzt werden könne nach dem Motto: Entweder ihr schließt euch der „Netzbau" an, oder ihr werdet geräumt.

Auf der Mitgliederversammlung des Netzwerk tauchte dann noch der Vorschlag auf, die Gründung von Trägern zu fördern, aber nicht selber einen aufzubauen. Die anwesenden Besetzer gaben aber deutlich zu verstehen, daß sie ein Interesse an einem Träger haben, der als „Puffer" fungieren könne, und sich selbst auch damit überfordert sähen, Träger aufzubauen, aus den Blockräten etwa. Überdies ist das Netzwerk das einzige alternative Projekt, das über genügend Geld für den Aufbau eines Treuhänders verfügt. Die Besetzer erklärten, daß die „Netzbau" als formaler Eigentümer agieren solle, der ihnen Autonomie in den Häusern garantiert, und von den Besetzern kontrolliert wird. Bei Verhandlungen müsse „Netzbau" sich an die Beschlüsse der Besetzer halten.

Die Mitgliederversammlung beschloß, die „Netzbau" zu gründen und in einigen Wochen die Satzung zur Abstimmung zu stellen. Um eine „Neue Heimat" zu verhindern, soll die „Netzbau" nur vorläufig als Träger fungieren, und so bald wie möglich durch dezentrale kiezbezogene Träger ersetzt werden, so daß es zu keiner Monopolstellung kommen kann. In dieses Konzept der kiezbezogenen Träger könnten dann auch die anderen, nicht besetzten Häuser einbezogen werden.

Dieses Konzept entspricht bislang dem vierteiligen Vertragsentwurf, der vor einem Jahr zwischen Senat und Vermittlerkreis ausgehandelt, aber nicht unterschrieben worden war: Es wird eine Treuhand GmbH gegründet. Diese schließt einen Rahmenvertrag mit dem Land Berlin ab, in dem der Nießbrauch der besetzten Häuser durch die Treuhand GmbH festgelegt ist, und das Land den privaten Eigentümern die Verträge garantiert. Außerdem werden Sanierungsförderungsmittel zur Verfügung gestellt. Einen zweiten Vertrag schließt die Treuhand GmbH mit den Eigentümern ab, in dem die Verfügungsrechte an den Treuhänder übertragen werden. Während die Übertragung im jetzt formulierten Konzept über Erbpacht erfolgen soll, war damals vorgesehen, daß sie bei Häusern, die länger als sechs Monate leer standen, unentgeltlich sein soll. Einen dritten Vertrag schließt die Treuhand GmbH mit dem Gesellschafter ab, in dem das Verhältnis zwischen Treuhänder und diesem hinsichtlich Bewirtschaftung und Finanzierung der Maßnahmen geregelt ist. Der Gesellschafter ist dabei der Verein der Hausgemeinschaft, zu dem sich die Besetzer zusammengeschlossen haben, oder umfaßt mehrere Häuser innhalb eines Gebiets, entspricht also in der räumlichen Ausdehnung dem Blockrat. In diesem Vertrag wird geregelt, wie die Autonomie der Besetzer in ihren Häusern gesichert bleibt.

Ziel des Treuhandkonzepts ist, dem Profit der Hausbesitzer das Wasser abzugraben. Senatsgelder für Instandsetzung und Modernisierung sollen nicht mehr an die Eigentümer fließen, sondern an die Bewohner. Dadurch werden Steuergelder gespart, weil davon ausgegangen wird, daß die Bewohner die Modernisierungen kostengünstiger organisieren können. Der Hausbesitzer kann nicht mehr über Förderung und hohe Mieten hohe Gewinne einstreichen, wie das ja derzeit bei der Modernisierungsförderung allenthalben üblich ist. Wenn die Häuser in der Verfügungsgewalt der Bewohner sind, die keine Miete mehr zahlen, sondern nur die Instandsetzungskosten, und ein geringes Nutzungsgeld (Erbpacht), dann, so hofft man, kann man die Spekulation mit den Häusern beseitigen.

Für die besetzen Häuser ist ein Treuhandmodell sicher die günstigste aller „legal" möglichen Lösungen. Bei den Selbsthilfeprojekten, die der Senat derzeit finanziert, funktioniert es ähnlich. Aber um breitere Verwendungsmöglichkeiten zu diskutieren, ist es noch zu wenig durchdacht.

Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

AG **Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus**

Die Arbeitsgruppe „Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus" hat auf ihrer letzten Sitzung am 20./21. Februar sich mit den Debatten um die verschiedenen Wege der ökonomischen Entwicklung, wie sie in den 20er Jahren in der Sowjetunion geführt wurden, befaßt. Diskutiert wurde vor allem das Buch von A. Erlich „Die Industralisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924 bis 1928" und N. Bucharins „Der Weg zum Sozialismus".

Der nächste Termin der Arbeitsgruppe findet am 24./25. April statt. Gegenstand ist die Diskussion der ökonomischen Probleme beim Aufbau des Sozialismus und der verschiedenen Wege, diese Probleme zu überwinden. Behandelt werden folgende Bücher, die mittels Referaten zusammengefaßt und vorgestellt werden: Preobrazenskij „Die neue Ökonomik" (1925), sowie zwei Kritiken von Bucharin an diesem Buch, bzw. den theoretischen Auffassungen Preobrazenskijs; Bettelheim „Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen"; Stalin „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" unter Einbeziehung der einschlägigen Passagen aus „Fragen des Leninismus". Hintergrundlektüre, die jeder wenn möglich gelesen haben sollte: Richard Lorenz „Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917–1945" (edition suhrkamp 654). (Die Bucharin-Aufsätze können über den KBW bezogen werden.)

Von der Arbeitsgruppe ist bisher eine

Broschüre mit Arbeitsmaterialien

erstellt worden. Diese Arbeitsmaterialien enthalten Textreferate zu wichtigen Büchern, die zur Grundlagenliteratur über die Sowjetunion gehören, wie etwa: A. Carlo: Politische und ökonomische Strukturen der UdSSR 1917 bis 1975; I. Deutscher: Die unvollendete Revolution; J. Elleinstein: Geschichte des Stalinismus; A. Erlich: Die Industralisierungsdebatte; F. Pollock: Die planwirtschaftlichen Versuche in der SU 1917–1927; Bettelheim u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie (u.a.)
Diese Broschüre (96 Seiten DIN A 4) kann zum Preis von 5,00 DM über den Buchvertrieb Hager, Postfach 111162, 6000 Frankfurt 11, bezogen werden.

Veranstaltungen

„Ostern '82: Für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen"

– Kundgebung der DGB-Jugend –
Dortmund, 9.4. Westfalenhalle, 19.00 Uhr
Redner u.a.: Bischof H. Frenz, amnesty international, O. Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken
Künstler u.a.: Jacek Kaczmarski, Wolf Biermann, Gebrüder Engel, Stefan Heym, Erich Fried

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf zur Alternativen Wirtschaftspolitik das nächste Mal am
Freitag, 7. Mai 1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Gesundheitspolitik
Thema: Erweiterte Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung (vgl. KVZ 5/1982, Seite 5)
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Kapitalistische Entwicklung in der BRD
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
Es wird der „Brandt-Report" der Nord-Süd-Kommission besprochen, erschienen im Ullstein-Verlag
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 15.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4., gegen 13.00 Uhr

Ökologie
siehe KVZ 9, Seite 5
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen zu den Arbeitsgruppen bis spätestens eine Woche vorher

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5., bis Montag, 31.5.1982

Lektüre-Zirkel
Zur Vorbereitung des Arbeitsseminars. Texte: Lenin: Staat und Revolution · Carillo: Eurokommunismus und Staat · Poulantzas: Staatstheorie (VSA) · Bischoff (Hrsg.): Marxismus und Staat.
Beginn: Freitag, 9.4., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 11.4., 18.00 Uhr

Anmeldungen hierzu jeweils 14 Tage vorher

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Bremer Universitätsrektor zurückgetreten

rer Vermittler benannt worden. Bischof Kruse war in einem Hirtenbrief der Hetze gegen die Instandbesetzer entgegengetreten und hatte – die Berechtigung ihrer Forderungen anerkennend – zu einer gewaltfreien Lösung aufgerufen, und den Senat zu einer anderen Wohnungspolitik aufgefordert. In der Diskussion mit den Besetzern war der Gegengesprächskreis auf das schon vor den Wahlen entwickelte Treuhandmodell zurückgekommen. Im Dezember bildete sich eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept für eine mögliche Rechtsform und die zu erwartenden Aufgaben eines solchen Treuhänders auszuarbeiten begann.

Nachdem die Besetzer sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatten, wurde das Konzept auf einer Pressekonferenz vorgestellt: Besitzer oder Senat behalten das Eigentum an den Häusern; mit den Besetzern selber oder dem Treuhänder werden Erbbaurechtsverträge abgeschlossen, die den Besetzern innerhalb der Häuser weitestgehende Autonomie sichern. Das Konzept soll nicht nur für die besetzten Häuser praktikabel sein, sondern blockweise Regelungen ermöglichen und so zu einem Schritt für eine Wohnungspolitik im Interesse der Bewohner und ohne Spekulation werden, was

schlag auf, die Gründung von Trägern zu fördern, aber nicht selber einen aufzubauen. Die anwesenden Besetzer gaben aber deutlich zu verstehen, daß sie ein Interesse an einem Träger haben, der als „Puffer" fungieren könne, und sich selbst auch damit überfordert sähen, Träger aufzubauen, aus den Blockräten etwa. Überdies ist das Netzwerk das einzige alternative Projekt, das über genügend Geld für den Aufbau eines Treuhänders verfügt. Die Besetzer erklärten, daß die „Netzbau" als formaler Eigentümer agieren solle, der ihnen Autonomie in den Häusern garantiert, und von den Besetzern kontrolliert wird. Bei Verhandlungen müsse „Netzbau" sich an die Beschlüsse der Besetzer halten.

Die Mitgliederversammlung beschloß, die „Netzbau" zu gründen und in einigen Wochen die Satzung zur Abstimmung zu stellen. Um eine „Neue Heimat" zu verhindern, soll die „Netzbau" nur vorläufig als Träger fungieren, und so bald wie möglich durch dezentrale kiezbezogene Träger ersetzt werden, so daß es zu keiner Monopolstellung kommen kann. In dieses Konzept der kiezbezogenen Träger könnten dann auch die anderen, nicht besetzten Häuser einbezogen werden.

Dieses Konzept entspricht bislang

chen Ausdehnung dem Blockrat. In diesem Vertrag wird geregelt, wie die Autonomie der Besetzer in ihren Häusern gesichert bleibt.

Ziel des Treuhandkonzepts ist, dem Profit der Hausbesitzer das Wasser abzugraben. Senatsgelder für Instandsetzung und Modernisierung sollen nicht mehr an die Eigentümer fließen, sondern an die Bewohner. Dadurch werden Steuergelder gespart, weil davon ausgegangen wird, daß die Bewohner die Modernisierungen kostengünstiger organisieren können. Der Hausbesitzer kann nicht mehr über Förderung und hohe Mieten hohe Gewinne einstreichen, wie das ja derzeit bei der Modernisierungsförderung allenthalben üblich ist. Wenn die Häuser in der Verfügungsgewalt der Bewohner sind, die keine Miete mehr zahlen, sondern nur die Instandsetzungskosten, und ein geringes Nutzungsgeld (Erbpacht), dann, so hofft man, kann man die Spekulation mit den Häusern beseitigen.

Für die besetzen Häuser ist ein Treuhandmodell sicher die günstigste aller „legal" möglichen Lösungen. Bei den Selbsthilfeprojekten, die der Senat derzeit finanziert, funktioniert es ähnlich. Aber um breitere Verwendungsmöglichkeiten zu diskutieren, ist es noch zu wenig durchdacht.

„Ostern '82: Für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen"
– Kundgebung der DGB-Jugend –
Dortmund, 9.4. Westfalenhalle, 19.00 Uhr
Redner u.a.: Bischof H. Frenz, amnesty international, O. Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken
Künstler u.a.: Jacek Kaczmarski, Wolf Biermann, Gebrüder Engel, Stefan Heym, Erich Fried
Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf zur Alternativen Wirtschaftspolitik das nächste Mal am Freitag, 7. Mai 1982, 19.30 Uhr
Arbeitsgruppen:
Gesundheitspolitik
Thema: Erweiterte Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung (vgl. KVZ 5/1982, Seite 5)
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr
Kapitalistische Entwicklung in der BRD
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, gegen 16.00 Uhr
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 15.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4., gegen 13.00 Uhr
Ökologie
siehe KVZ 9, Seite 5
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr
Anmeldungen zu den Arbeitsgruppen bis spätestens eine Woche vorher
Arbeitsseminar Staat und Revolution
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5., bis Montag, 31.5.1982
Lektüre-Zirkel
Zur Vorbereitung des Arbeitsseminars. Texte: Lenin: Staat und Revolution · Carillo: Eurokommunismus und Staat · Poulantzas: Staatstheorie (VSA) · Bischoff (Hrsg.): Marxismus und Staat.
Beginn: Freitag, 9.4., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 11.4., 18.00 Uhr
Anmeldungen hierzu jeweils 14 Tage vorher
Schulungen
Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982
Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Bremer Universitätsrektor zurückgetreten

Wittkowsky protestiert gegen Novellierung des Bremer Hochschulgesetzes

chw.Bremen. Der Rücktritt des Rektors der ehemaligen Reformuniversität Bremen am 25. März war kein Paukenschlag. Vielmehr eine logische Schlußfolgerung des wissenschaftspolitischen Verständnisses von Alexander Wittkowsky, die ihren Rahmen in der am 24. März in der Bremer Bürgerschaft verabschiedeten Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes (BHG) fand. Die Novelle des BHG ist die amtliche Bestätigung für die Kehrtwende der Hochschulpolitik in Bremen, insbesondere der alleinregierenden SPD. Wesentlich zu nennen sind hierbei die inhaltliche Schwerpunktverlagerung von der Lehrerausbildung zu Technikwissenschaften, die Innovationen für die bremische Wirtschaft schaffen sollen, Ausbau der Staatsaufsicht über die Universität und damit Schwächung der universitären Selbstverwaltungsorgane und weitere Einengung der Mitbestimmung der Beschäftigten. Stärkung der Professorenschaft unter deutlicher Bevorzugung politisch genehmer Gruppen, Ausbau von Studiengängen trotz katastrophaler Finanzlage der Universität.

Der Grund des Rücktritts des Rektors ist die wissenschaftspolitische Kontroverse um diesen Kurs der Universität in den letzten 6 Jahren. Gegner dieser SPD-Hochschulpolitik, zu denen der Rektor zählte, werden zunehmend kaltgestellt. 1977 trat Wittkowsky die Nachfolge des ebenfalls wegen des BHG zurückgetretenen Rektors Steinberg an. Zuvor war er Präsident der Technischen Universität Berlin und hatte sich in seinen Bewerbungsthesen in Bremen folgende Hauptziele gesetzt: Schaffung eines neuen Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft, Einbeziehung der „Betroffenen" (z.B. Gewerkschaft) in die wissenschaftliche Problemerarbeitung, arbeitnehmerorientiertes Forschen und Lehren, Überwindung der Trennung von wissenschaftlicher Tätigkeit und politischer Moral durch integrierte naturwissenschaftliche Studiengänge unter Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften. 1977 sei er, so Wittkowsky, in seiner Presseerklärung davon ausgegangen, in seinen Zielsetzungen kritische Unterstützung durch den Wissenschaftssenator zu erhalten, wie durch die Mehrheit der Hochschullehrergruppen. Eine haltlose Annahme, wie der Lauf der Zeit jetzt auch bestätigt hat.

Zur Politik des Wissenschaftssenators Franke stellt Wittkowsky fest, daß dieser nicht die Reformerrungenschaften nach außen verteidigt hat gegen konservative Angriffe, Forschung und Lehre seien in Bremen minderer Qualität. Hier wäre klar festzustellen gewesen, daß in Bremen Forschung und Lehre tatsächlich bewußt anders sind als an traditionellen Hochschulen, was aber keine mindere Qualität ausmacht. Die inneruniversitären Entscheidungsprozesse sind durch den Wissenschaftssenator systematisch unterlaufen worden. Konservative Hochschullehrergruppen, so Wittkowsky, haben aus Reputationsängsten den Senator zu fast jeder beliebigen Intervention gekriegt. Wittkowsky schreibt: „... nicht die oft mühsam erstrittenen Mehrheitsentscheidungen der Universitätsorgane, sondern der heimliche Gang zum Senator wurde systematisch zum strukturersetzenden Element der Entscheidungspraxis." So konnte z.B. eine vom Senator aufoktroyierte Prüfungsordnung nur durch Gerichtsbeschluß außer Kraft gesetzt werden. Die Professorenschaft, die sich beim Senator die Türklinke in die Hand gibt, wird jetzt durch das BHG offiziell begünstigt.

Wittkowsky wollte seinen Rücktritt als Signal zum Widerstand gegen das BHG verstanden wissen. Ehrenvoll, aber untauglich. Ein Rücktritt als Signal ist immer auch eng mit der Person verbunden, und Wittkowsky war kein exponierter Vertreter von Wissenschaftsreform oder gar der berühmten „Arbeitnehmerorientiertheit". Trotz vieler fortschrittlicher Ansichten zur Wissenschaftsreform ist er in der Studentenschaft und Belegschaft nicht sonderlich angesehen gewesen.

Ob der Rücktritt sinnvoll ist, ist unter den fortschrittlichen Gruppen an der Uni umstritten. Wahrscheinlich ist zumindest, daß sich die Bedingungen im Kampf gegen die Senatspolitik verschlechtert haben. Die Nachfolge ist ungewiß, aber es wird wohl ein SPD-Rektor werden.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Antrag zur Sicherheitspolitik

(Parteivorstand, Fassung der Antragskommission)

10. Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es im Godesberger Programm beschlossen wurde. Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel müssen abgeschafft werden. Sie sollen in Europa weder hergestellt noch gelagert werden. Die Reduzierung des weltweiten Kernwaffenpotentials und die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen können nicht durch ein Aussteigen einzelner Staaten aus ihren Bündnissystemen erreicht werden.

B

11. 1981 ist zwischen den beiden Supermächten ein neuer Versuch zur Rüstungsbegrenzung begonnen worden. Die SPD fordert Moskau und Washington auf, die Verhandlungen auf allen Ebenen konstruktiv im Geiste einer Partnerschaft zur Sicherheit zu führen.

Sie begrüßt insbesondere die Verhandlungen in Genf, die unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesregierung in Gang gekommen sind und zur Verminderung der Europa bedrohenden atomaren Mittelstreckenwaffen führen sollen.

Die SPD fordert, diese Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, sowjetische euro-strategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer eurostrategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen.

12. Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketensysteme kürzerer Reichweiten, also unterhalb der Mittelstreckenwaffen in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen.

Sie fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen, einschließlich der nuklearfähigen Flugzeuge beider Staaten, schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden.

13. Die SPD bekräftigt: es darf – gemäß der Entscheidung des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 – keinen Automatismus der Stationierung geben; außerdem wird zu prüfen sein, „ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden". Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.

14. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf, endlich ernstzumachen mit der Begrenzung und Verminderung nuklear-strategischer Waffen (SALT/START). Die Erfüllung der von ihnen im Atomwaffen-Sperrvertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen ist Voraussetzung dafür, daß dem Nicht-Verbreitungs-Gebot weltweit Geltung verschafft werden kann. In diesem Zusammenhang ist wichtig, selbstauferlegte, vereinbarte Begrenzungen auf dem Gebiet der Anti-Raketen-Raketen (ABM) nicht aufs Spiel zu setzen **und einen umfassenden Teststopp-Vertrag abzuschließen.**

15. Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein.

16. Unser Nein zur Neutronenwaffe gilt. Wir fordern ihre weltweite Ächtung.

17. Die SPD fordert die zügige Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages zum Verbot der biologischen Waffen.

18. Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen müssen endlich auf der Grundlage eines ausreichend überprüfbaren Abkommens mit dem Ziel weltweiter Ächtung verboten werden.

19. Die SPD lehnt die Produktion und Lagerung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie fordert die Bundesregierung auf, als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird. (...)

Die Einfügungen der Antragskommission sind **halbfett**

Regierungskurs oder eigenständige Politik der SPD?

Dokumente zum SPD-Parteitag vom 19.–23.4.

Werden sie sich durchsetzen können?

„Arbeit für alle"

(Antrag des Parteivorstandes)

(...) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert eine beschäftigungsorientierte Gesamtpolitik, in der die Wirtschafts-, Finanz-, Geld-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gemeinsam die Modernisierung unserer ...

wendigen Rahmenbedingungen für den Strukturwandel zu schaffen, günstige Entwicklungen – z.B. durch Anreize – zu fördern, Entwicklungsengpässe zu beseitigen und somit insgesamt seiner Verpflichtung zu einer aktiven beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik nachzukommen.

Konjunkturpolitisch hat auch der Staat Verantwortung für eine ausreichende Nachfrage zu tragen. Öffentliche Investitionen und Ausgaben dürfen nicht prozyklisch erfolgen und in Zeiten schwacher Wirtschaftsentwicklung gesenkt werden. Die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen in den Jahren 1976 bis 1980 beweist, daß aktive Beschäftigungspolitik erfolgreich durchzuführen ist.

Der Herausforderung der Energieverteuerung muß durch Investitionen zur sparsameren Verwendung der herkömmlichen Energien und zur stärkeren Heranziehung neuer Energiequellen begegnet werden. Hierzu gehören u.a. der Auf- und Ausbau von Fernwärmenetzen und der Bau von Anlagen zur Wärme-Kraft-Koppelung. Solche Investitionen dienen gleichzeitig der sicheren Energieversorgung, der Verringerung der Umweltbelastung, der Entlastung der Leistungsbilanz und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Hierbei muß vor allem die heimische Steinkohle ein Schwerpunkt der Energieversorgung bleiben.

Felder eines dringenden Bedarfs an öffentlichen Investitionen sind der Umweltschutz, der soziale Wohnungsbau, die Stadt- und Dorferneuerung und Verbesserung der Wohnumwelt, die Förderung der technischen Innovation, die wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge, die sozialen Dienste, die Krankenhausmodernisierung, der öffentliche Personennahverkehr und der Schienenfernverkehr.

Verstärkte private Investitionen im Bereich umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren, der Ölsubstitution, der Energieersparnis und des Wohnungsbaus sind nicht nur beschäftigungswirksam, sondern decken dringenden Bedarf in unserer Gesellschaft. (...)

VI. Arbeitszeitpolitik

Wegen der großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen haben weitere Arbeitszeitverkürzungen und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit gleichzeitig arbeitsmarktpolitische und soziale Bedeutung. Darüber hinaus muß ein größerer Teil der Arbeitszeit für die berufliche Aus- und Weiterbildung genutzt werden.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht tabuisiert werden. Wir unterstützen die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist weiterhin ein zentrales politisches Ziel. Hier haben Wege zu einem gleitenden oder früheren freiwilligen Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand be-...

der Familiennachzug sozialverantwortlich zu steuern. Gegenüber den assoziierten Staaten der EG muß in der Frage der Freizügigkeit ein Modus gefunden werden, der zu keiner weiteren Verschärfung der beschäftigungs- und integrationspolitischen Probleme führt. (...)

Leitantrag zur Energiepolitik

(Parteivorstand, Fassung der Antragskommission)

B. Kernenergienutzung und Entsorgung

Aufgrund der Beschlüsse des Hamburger und des Berliner Parteitages und angesichts der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" des Bundestages ist es für die 80er Jahre erforderlich, die Möglichkeit der Kernenergienutzung versorgungs- und industriepolitisch zu erhalten.

Dazu gehört, daß über die vorhandenen Kernkraftwerke hinaus neue Kernkraftwerke nach **Maßgabe der bestehenden Parteitagsbeschlüsse** (Vorschlag des Vorstands: im Rahmen des Bedarfs) zugebaut werden können. Über konkrete Kernkraftwerke und ihre Standorte wird nach dem Energiewirtschaftsgesetz und dem Atomgesetz in den zuständigen Bundesländern auf Antrag der Elektrizitätswirtschaft entschieden.

Der Übergang zur langfristigen oder endgültigen Nutzung der Kernenergie, der nach den Beschlüssen der bisherigen Parteitage nicht ausgeschlossen werden kann und darf, kann nur offengehalten werden, wenn die dafür erforderlichen technologischen Entwicklungsarbeiten fortgesetzt werden. Dazu müssen alle Bestandteile eines integrierten Entsorgungskonzeptes, also auch Technologien der Wiederaufarbeitung und der direkten Endlagerung fortentwickelt und ihre technische Reife demonstriert werden.

In der Entsorgungsdiskussion müssen wir davon ausgehen, daß es keine Nutzung der Kernenergie geben kann, wenn nicht auch eine dauerhafte schadlose Beseitigung der radioaktiven Abfälle gewährleistet ist und daß es weder bei uns noch irgendwo weltweit eine realisierte Entsorgung in diesem Umfange gibt. Wir haben mithin die Aufgabe, die praktische Lösung des Entsorgungsproblems voran zu bringen.

Die bisher erreichten praktischen Fortschritte in der Entsorgung sind gering und erlauben keine Beschönigung. Nicht erreicht wurden bisher

– die vergleichende Prüfung mehrerer möglicher Standorte für ein Endlager oder der Nachweis eines sicheren Endlagers;

– die Demonstration für die Bearbei-...

Fortsetzung von Seite 2

schwelende Krise in den Ländern des RGW nunmehr offen hervorbricht. Zu einem Teil war sie ökonomisch durch hohe Westverschuldung kaschiert worden, und es ist kein Wunder, daß der Zusammenbruch jetzt dort am einschneidendsten ist, wo die Verschuldung am höchsten war. Der polnische Staatsbankrott hat auch in dieser Hinsicht bloßgelegt, was schon lange am Gären war. Die westlichen Industrieländer sind von dieser Entwicklung vor allem durch das hohe Engagement ihrer Banken und die Handelsbeziehungen einiger Großkonzerne getroffen.

Und schließlich werden auch die Entwicklungsländer tiefer denn je in den Strudel der von den Metropolen ausgehenden Krise gezogen. Nach wie vor ist gerade ihre Industrie und sind gerade ihre Entwicklungsvorhaben von der Finanzierung durch Rohstoffexporte abhängig. Und aufgrund der Krise in den Industrieländern sinken die Erlöse aus den Rohstoffverkäufen sowohl wegen des geringen Absatzes wie auch wegen der sinkenden Rohstoffpreise. Kennzeichnend hierfür steht, daß die ölexportierenden Länder erstmals ihre Preise zurücknehmen mußten und weniger Öl absetzen können, als sie in ihren ganzen Finanzplanungen unterstellt hatten. Einige befinden sich bereits in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten.

Und an keinem dieser Punkte ist eine Wende in Sicht. In den **Vereinigten Staaten von Amerika** steht nunmehr fest, daß sich das Land in der schwersten Krise der Nachkriegszeit befindet. Im Januar ist die Industrieproduktion nochmals um 8% gesunken, die Sachkapazitäten waren noch zu 70% ausgelastet. Damit ist die Erholungsphase nach der Krise Anfang 1980 mit nur zwölf Monaten Dauer die kürzeste der Nachkriegszeit. Noch nie zuvor ist eine Krise so rasch auf die vorige gefolgt, bei gleichzeitig andauernder hoher Arbeitslosigkeit, kaum nachlassender Inflation, einem astronomischen Haushaltsdefizit und fortdauernd hohen Zinsen.

Tatsächlich hat sich die Reagansche Politik mittlerweile selbst als Krisenverschärfer ersten Ranges entpuppt. Dazu muß man sich die Auswirkungen des hohen Zinsniveaus und dessen Ursachen vor Augen halten.

Die hohen Zinsen halten die Unternehmen von kreditfinanzierten Einkäufen ab und schmälern ihren Gewinn, ohne den sie sich nicht rühren. Immerhin sind die Netto-Zinszahlungen der privaten Unternehmen in den letzten drei Jahren von 120 auf 220 Mrd. $, also um mehr als 80% angestiegen, während die Unternehmensgewinne stagnierten.

Nun war die Behauptung Reagans, durch Steuersenkungen, die ja besonders den Besitz betreffen, würden den Unternehmen die Mittel zugeführt, die sie zu Neuinvestitionen veranlassen werden. Ausgehend von diesen Investitionen sollte der eine Kapitalist dem

in dieser Nummer eine geraffte Zusammenfassung der wichtigsten wirtschaftlichen Daten. Wir stützen uns dabei auf die Veröffentlichungen der einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Von Friedemann Bleicher

war. Zumal eben die Zinsen hoch blieben, diese aber gezahlt werden müssen, auch wenn der erhoffte Profit auf die Neuinvestitionen ausbleibt.

Wobei noch zu ergänzen ist, daß die hohen Zinsen auch die Nachfrage im Wohnungsbau, bei Automobilen oder teuren Haushaltseinrichtungen, die zu einem erheblichen Teil auf Kredit gekauft werden, dämpfen.

Und nun schließt sich der Teufelskreis ein Stückchen weiter. Denn die Steuersenkungen rissen ja ein Loch in den Staatshaushalt. Dieses sollte – neben den Kürzungen im Sozialetat – dadurch finanziert werden, daß die dank der unterstellten Wirtschaftsblüte wieder gestiegenen Gewinne und Einkommen trotz dem niedrigeren Steuer*satz* der Summe nach zusätzliche Steuereinnahmen abwerfen sollten.

Bekanntlich hat statt der Blüte eine neuerliche Krise eingefunden, die zu versteuernden Gewinne und Einkommen sind nicht gestiegen. Die Staatseinnahmen sind damit noch weiter über die unmittelbaren Auswirkungen der Steuersenkungen hinaus gesunken. Nur so ist die einmalige Explosion des Haushaltsdefizits zu erklären.

Und damit schließt sich der Kreis. Denn dieses Loch im Haushalt, das etwa das dreifache der Planansätze betragen wird, muß jetzt durch Aufnahme von Staatskrediten finanziert werden. Morgan Guaranty, eine amerikanische Großbank, rechnet für 1982 mit einem staatlichen Kreditbedarf von 190 Mrd. $ gegenüber 115 Mrd. $ der Unternehmen. Es ist klar, daß eine solch massive Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte ihrerseits das Zinsniveau nach oben treibt.

Zwar ist es falsch, hohe Zinsen für den Ausbruch der Krise verantwortlich zu machen, weil diese bloß auf die Stockung der Produktion *reagieren*. Und mit niedrigeren Zinsen läßt sich kein Kapitalist zu Investitionen bewegen, wenn ihm kein Profit winkt. Andererseits aber sind niedrige Zinsen eine *Voraussetzung* dafür, daß die Unternehmen, nachdem das überschüssige Kapital entwertet ist, wieder ins Zeug gehen. Kommen sie nicht an billige Kredite, so ist eine neue Krise unausweichlich. Und eben dies ist offenbar in den USA geschehen und überträgt sich mit Abstrichen über den Zusammenhang des Weltmarkts auch auf die anderen Länder.

In **Großbritannien** hat sich die Industrieproduktion von Mitte 1979 bis August 1981 um insgesamt 14% verringert. Seither scheint die Produktion nicht mehr weiter gesunken zu sein, aber auch eine Erholung ist nicht in Sicht. So wird auch die Zahl der Arbeitslosen ...

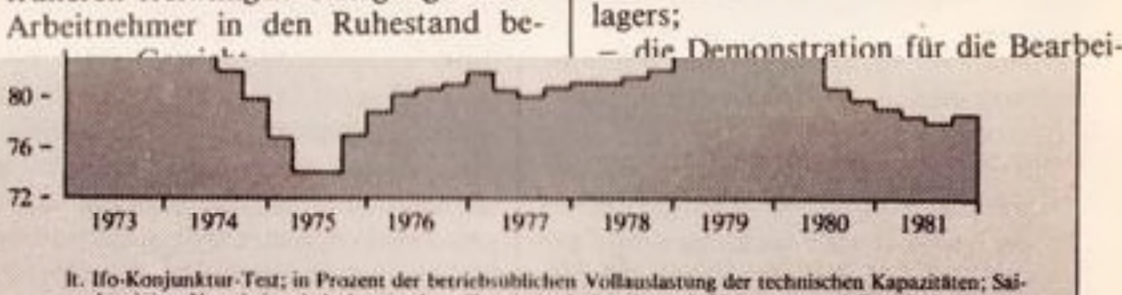
chen Verschlechterung des Geschäftsklimas zu Jahresbeginn". Die Investitionsplanungen sind noch zurückhaltender als Anfang 1981, und von den geplanten Investitionen dienen 53% vornehmlich der Rationalisierung, 28% der Ersatzbeschaffung und bloß 19% vor allem der Kapazitätserweiterung. Letztere Sorte Investitionen hatte letztes Jahr noch einen Anteil von 34%.

Maßgeblich für die vornehme Zurückhaltung der Kapitalisten ist ihre Abhängigkeit von den Launen des Weltmarkts. Schon im letzten Jahr hat sie bloß der Export über die Runden gerettet. (Siehe dazu die Schaubilder) Ein steigender Dollarkurs ist den westeuropäischen Exporteuren im letzten Jahr segensreich entgegengekommen. Ihre Waren sind dadurch gegenüber dem Dollarbereich billiger geworden, wobei die westdeutschen am besten abgeschnitten haben. Im letzten Vierteljahr 1981 verbuchten sie einen wahren Exportrekord.

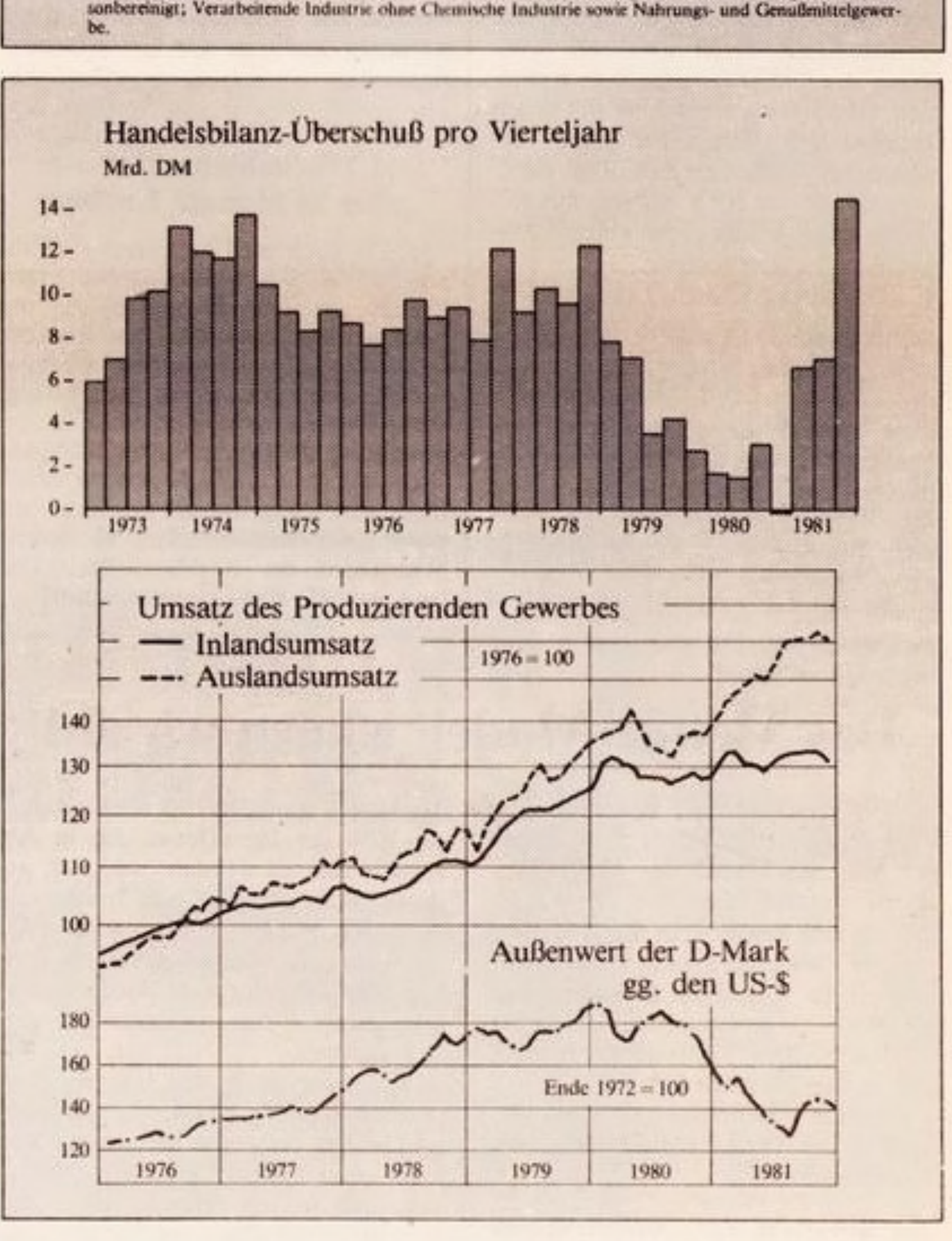
Die höchsten Steigerungsraten wiesen die Exporte in die USA und in die OPEC-Länder auf. Gerade diese Absatzmärkte aber sind jetzt besonders gefährdet.

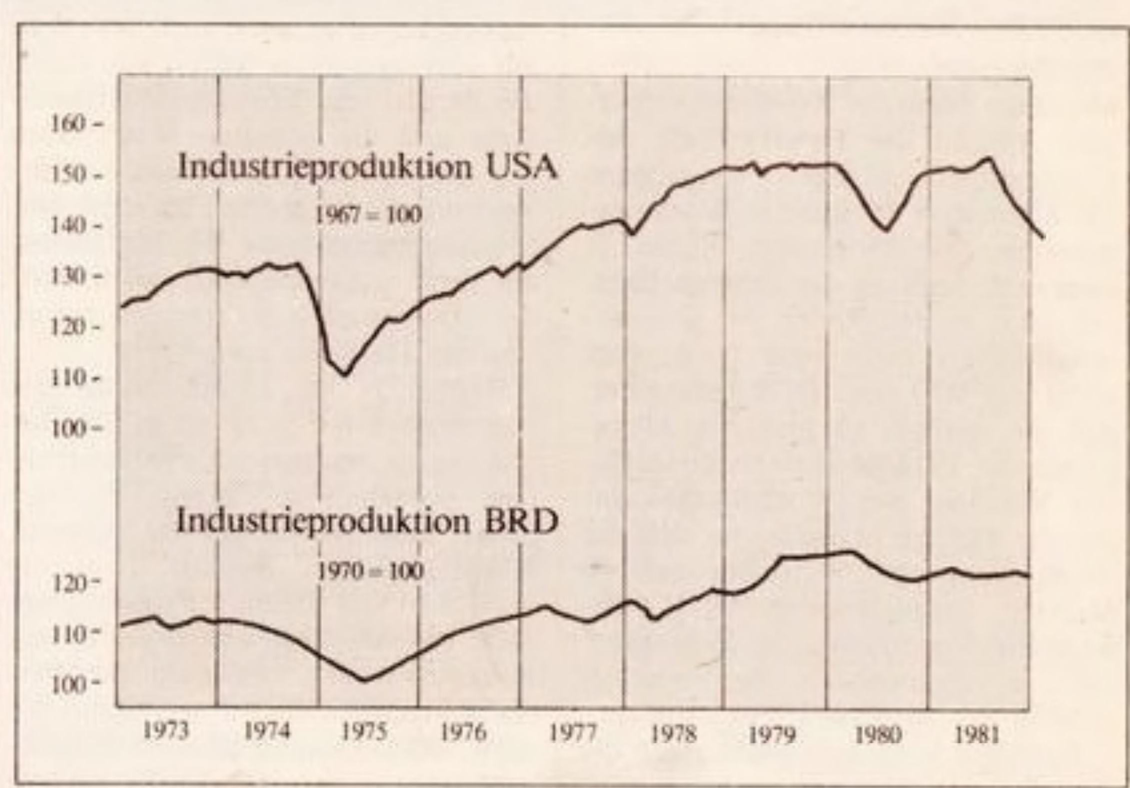
Außerdem wurden durch die Ausrichtung auf den Export die schon bestehenden Disproportionen zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft noch verschärft. Die Investitionsgüter herstellende Industrie, die Hauptträger des Exportbooms war, wurde weiter gegenüber den anderen Bereichen, insbesondere gegenüber der Konsumgüterindustrie, aufgebläht. Sie wird daher in Zukunft noch mehr vom Weltmarkt abhängig sein. Der innere Markt kann ihre Produkte nicht abnehmen.

Nirgendwo hat es die Arbeiterbewegung bisher verstanden, ein wirksames Konzept zur Bekämpfung der Krise und der durch die Krise verschärften vielfältigen gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln. Überall mußten Einbußen des Reallohns hingenommen werden. Dafür stehen die Lohnverzichtserklärungen bei Ford und General Motors in den USA, steht der „Durchbruch", den die britische Regierung bei den staatlichen Unternehmen erzielt hat, stehen die staatlichen Lohnsenkungsverordnungen in den Niederlanden und Dänemark, stehen die Sondervollmachten für die Regierung in Belgien, steht der Angriff auf die scala mobile in Italien ebenso wie die demgegenüber noch harmlosen westdeutschen Tarifabschlüsse, die die Reallohnkürzung weitertreiben. Allein auf dem Felde des Lohnkampfes läßt sich auch nichts mehr erreichen.



lt. Ifo-Konjunktur-Test; in Prozent der betriebsüblichen Vollauslastung der technischen Kapazitäten; Saisonbereinigt; Verarbeitende Industrie ohne Chemische Industrie sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.





Quellenhinweis: Die Angaben über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts, Ausrüstungsinvestitionen und der Realeinkommen basieren auf den vierteljährlichen Berichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in dessen Wochenberichten. Die Angaben zur Handelsbilanz entstammen Angaben der Bundesbank, ebenso die Angaben zum Umsatz des Produzierenden Gewerbes, zur Entwicklung des D-Mark-Kurses und der westdeutschen Industrieproduktion.

Die Kapitalisten in Mexiko setzen auf die Krise

mam. Die mexikanische Regierung hat den Peso gegenüber dem Dollar um 42% abwerten müssen, trotzdem ist sie kurz vor dem Bankrott. Trotz Abwertung bringen die Kapitalisten täglich weiterhin Geldbeträge bis zu 20 Mio. Dollar ins Ausland, die zur Entwicklung der Industrie im eigenen Land fehlen. Fast 50% der Industrie in Mexiko sind in staatlicher Hand und die Kapitalisten nutzen deren wirtschaftliche Schwierigkeiten, um die Reprivatisierung dieser Betriebe und Streichung der Subventionen zu verlangen. Insbesondere die Senkung des Erdölpreises bringt die Regierung in Bedrängnis, da allein aus den Steuereinnahmen der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex 54% des Staatshaushalts finanziert werden. Mexiko kann also nicht, wie einige andere OPEC-Staaten, die Erdölproduktion reduzieren, sondern ist im Gegenteil gezwungen, sie zu steigern, erhält aber für mehr Öl weniger Geld.

Mexiko hat eine Arbeitslosenrate von 40%. Die Gewerkschaften haben zwar nach der Abwertung des Peso eine Heraufsetzung der Mindestlöhne um 30% durchsetzen können – die Mindestlöhne betragen aber nur 500 DM monatlich, doch davon müssen 80% der Arbeiter und Angestellten leben. Die Lehrer streiken, weil die Lohnzahlungen zum Teil länger als 3 Monate ausstehen und die Inflation in den ersten zwei Monaten schon weitere 9% wegfrißt. Zum Streik haben auch die 350000 Studenten und Professoren in Mexiko-City aufgerufen.

Mit allen Mitteln, die ihnen ihr Privateigentum verleiht, sind die Kapitalisten zum Angriff übergegangen. In den Kaufhäusern werden Waren gehortet und nur zu überhöhten Preisen verkauft. Produziert wird nur das Notwendigste, bestellte Rohstoffe und Waren lagern im Freihafen von Vera Cruz und kommen nicht in die Produktion. Das ist die Antwort auf die vorübergehende Schließung von über 600 Warenhäusern durch die Regierung, die deren Preiswucher damit bestrafen wollte. Offensichtlich ist die Besteuerung der Kapitalisten sehr gering, denn selbst die Ankündigung der Regierung, daß der Staat Steuerforderungen bis zu 42% (also der Abwertungsrate) für alle diejenigen nachlassen würde, die am Dollarmarkt verschuldet sind, hat die Kapitalisten nur noch lauter nach der Abschaffung des Staatseigentums rufen lassen.

In dieser Lage finden dieses Jahr in Mexiko Präsidentschaftswahlen statt, die nach Auffassung der seit 50 Jahren regierenden Revolutionspartei PRI als Nachfolger von Lopez Portillo, Miguel de la Madrid zum Präsidenten machen sollen. Obwohl seine Wahl für sicher gehalten wird, besteht dieses Jahr das erste Mal die Möglichkeit, daß sich linke Organisationen und Parteien an den Wahlen beteiligen, da sie durch politische Reformgesetzgebung nicht mehr illegal sind. Nach einem Bericht des „Guardian“ setzten die linken Organisatiorenen, die sich zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen haben, zwar keine große Hoffnung auf den „Weg der Wahlen“, gehen aber davon aus, daß sie im Wahlkampf einiges in Bewegung bringen können, da sich seit den Revolutionen von 1920 und 1930 40–50% der Bevölkerung nicht mehr an den Wahlen beteiligt haben.

Steve Biko's Mörder befördert

Johannesburg. Der Polizei-Brigadier Pieter Goosen, der als Chef der Sicherheitspolizei in Port Elizabeth 1977 für den Tod des Black-Consciousness-Führers Steve Biko verantwortlich war, ist „aufgrund seiner Verdienste“ zum Deputy-Commissioner der Polizei befördert worden. – Vom Captain zum Major befördert wurde Craig Williamson, der als Spion 1977 in den in Genf beheimateten International University Exchange Fund eingeschleust wurde. Diese Organisation unterstützte den Widerstand in Südafrika und südafrikanische Flüchtlinge. Williamson hatte 1980 schließlich Spitzenpositionen in dieser Organisation inne und diente nach seiner Rückkehr nach Südafrika in vielen Prozessen als Polizeizeuge. – In die Untersuchung der Todesursache Bikos kommt langsam, nach nunmehr 4 Jahren, auch wieder Bewegung. Zunächst war jede Maßnahme gegen die drei Gefängnisärzte, die sehenden Auges die tödlichen Folterungen an Biko gebilligt hatten, abgelehnt worden. Vor allem aufgrund des Protestes von schwarzen Ärzten und Krankenhausbediensteten muß sich die Ärztekammer nun doch mit diesem Fall beschäftigen. Ihr liegt seit einigen Wochen ein 40seitiger Bericht über die Todesursache und die Mitverantwortung der Ärzte vor.

Hintergründe des Militärputsches in Guatemala

Parallelen zum Putsch 1979 in El Salvador

thm. Die letzte sozialreformerische Regierung in Guatemala existierte 1954 unter Jacobo Arbenz. Diese Regierung hatte mit einer großangelegten Bodenreform begonnen, die Brachland des amerikanischen Bananenkonzerns United Fruit an Kleinbauern verteilen sollte. Sie wurde von einem durch den CIA gesteuerten Putsch gestürzt. Seitdem beruhte die Staatsmacht auf einem Bündnis zwischen der Institutionellen Demokratischen Partei (PID), die das mit dem Auslandskapital verflochtene Unternehmertum und die unter seinem Einfluß stehende Militärhierarchie vertritt, und der ultrarechten Nationalen Befreiungsbewegung (MLN), die von den Großgrundbesitzern bestimmt ist. 1970–1974 wurde General Carlos Arana, inzwischen einer der reichsten Männer Guatemalas und der PID zuzurechnen, Präsident einer Union von PID und MLN. Dies wurde 1974 bedroht durch den Militär Efrain Rios Montt, der für eine Koalition von Christ- und Sozialdemokraten kandidierte und die Wahlen auch gewann. Aber nach dem Willen der 10 reichsten Unternehmer und der Generäle wurde General Kjell Langerud Präsident. Dabei wurde offensichtlich die Grundbesitzerklasse um eine entscheidende Beteiligung an der Regierung geprellt. 1978 gewann die MLN die Wahlen, zweiter wurde Ricardo Peralta. Durch Wahlfälschung wurde von der Regierung aber der dritt(!)placierte Romeo Lucas Garcia Präsident. 1982 sollte nun Anibal Guevara sein Nachfolger werden. In den letzten Jahren hatte sich aber die Lage um einiges geändert.

Seit einiger Zeit sieht sich die Junta vor immer größere Probleme durch die Befreiungsbewegungen gestellt. Ursachen für den Aufschwung der Befreiungsbewegung sind neben der Entwicklung in den Nachbarländern vor allem in der wachsenden Mobilisierung der indianischen Bevölkerung zu suchen, die über 50% der Bevölkerung stellt. Sind die militärischen Erfolge der Junta dagegen aber nicht gerade berauschend (1000 Mann Verlust allein im ersten Halbjahr 1981), so steht sie wirtschaftlich vor dem Bankrott. Eine beispiellose Kapitalflucht hat eingesetzt. Die Devisenreserven sind von 900 auf 200 Mio. $ gesunken. Auslandskredite sind kaum noch zu bekommen. Der Tourismus, der mit Maya-Ruinen und Buntpapageienexotik jährlich 300000 Touristen anlockte und zweitgrößter Devisenbringer war, ist praktisch auf Null zurückgegangen. Um so besser floriert Korruption und persönliche Bereicherung. Öffentliche Ausschreibungen hat die Regierung abgeschafft, Aufträge werden per Bestechung zugeschanzt.

Schon seit 1977 war die Regierung international so diskreditiert, daß Carter nicht umhin kam, die militärische Hilfe einzustellen wegen „Nichtbeachtung der Menschenrechte“. 1981 enthüllte Amnesty International, daß die berüchtigte Todesschwadron direkt aus dem Präsidentenpalais ihre Aufträge bezieht. Für die US-Regierung war es also unerläßlich, daß mit den Wahlen der international umgänglichere Kandidat der beiden christdemokratischen Parteien Präsident wurde. Entsprechend einer Lösung wie in El Salvador mit dem rechten Christdemokraten Duarte, der aber 1979 hochgeputscht werden mußte. Die USA sicherten bei entsprechendem Wahlausgang eine erste „Trainigshilfe“ von 250000 $ zu und später Waffenlieferungen von 3 Mio. $.

Die Wahlergebnisse vom 7. März wurden von der Regierung wieder offensichtlich in vertrauter Manier gefälscht und zum Präsidenten wurde der geplante Nachfolger von General Lucas, der General Anibal Guevara Arce, ausgerufen. Dies zuungunsten von Mario Sandoval, Kandidat der MLN und wahrscheinlich der eigentliche „Gewinner“ der Wahlen, dem Christdemokraten Maldonado Aquirre sowie dem Rechten Anzueto Vielman.

Am vergangenen Dienstag, 23. März, putschte dann eine Gruppe „Junge Offiziere“. Vorsitzender der Junta wurde der ehemalige Kandidat des christ-sozialdemokratischen Bündnisses von 1974, Efrain Rios Montt, der in letzter Zeit auch im Umfeld der MLN aufgetreten war. Das erste Kommuniqué verlas Lionel Sisniega Otero, Vizepräsidentschaftskandidat der MLN an der Seite Mario Sandovals. Sandoval war schon 1954 am CIA-Putsch beteiligt, ist als Initiator einer Todesschwadron berüchtigt und war zur Zeit des Putsches in den USA. Aber auch der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Alejandro Maldonado scheint mit von der Partie zu sein, wofür der Vorsitz von Montt und die Unterstützung der neuen Junta durch Duarte in El Salvador spricht.

Der rasche Zusammenbruch der alten Militärführung scheint darauf hinzuweisen, daß die Unternehmer- und Finanzoligarchie die PID nicht mehr stützt, sondern offensichtlich eine neue Militärführung mit jüngeren Kräften protegiert. Die MLN unterstützt ebenfalls die neue Junta, was die Einführungsrede Sisñiega Oteros beweist. Insgesamt scheint es den USA gelungen zu sein, das Klassenbündnis zwischen diesen beiden Kräften auf eine ihren Vorstellungen entsprechende neue Grundlage gestellt zu haben. Um das sicher beurteilen zu können, wird man aber noch einige Zeit abwarten müssen.



Zu einigen Fragen im Zusammenhang mit der

sagen. Aber obwohl auch abgegebene Worte ihren Stellenwert haben, will ich hier nur zur Frage der Wirtschaftsbeziehungen etwas sagen, weil das unmittelbar praktische Bedeutung hat.

hinausgekommen. Im Polen-Sonderteil der KVZ 4/82 spricht sich als einziger der dokumentierten Redebeiträge der von Gerhart Schmierer positiv in Richtung Abbruch der Wirtschaftsbe-

Alles in allem: Plausible Argumente gegen einen solchen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen habe ich bis jetzt keine gehört. (Der ehemalige polnische Botschafter in Tokio, Rurarz, hat diese

80% der Arbeiter und Angestellten leben. Die Lehrer streiken, weil die Lohnzahlungen zum Teil länger als 3 Monate ausstehen und die Inflation in den ersten zwei Monaten schon weitere 9% wegfrißt. Zum Streik haben auch die 350000 Studenten und Professoren in Mexiko-City aufgerufen.

Mit allen Mitteln, die ihnen ihr Privateigentum verleiht, sind die Kapitalisten zum Angriff übergegangen. In den Kaufhäusern werden Waren gehortet und nur zu überhöhten Preisen verkauft. Produziert wird nur das Notwendigste, bestellte Rohstoffe und Waren lagern im Freihafen von Vera Cruz und kommen nicht in die Produktion. Das ist die Antwort auf die vorübergehende Schließung von über 600 Warenhäusern durch die Regierung, die deren Preiswucher damit bestrafen wollte. Offensichtlich ist die Besteuerung der Kapitalisten sehr gering, denn selbst die Ankündigung der Regierung, daß der Staat Steuerforderungen bis zu 42% (also der Abwertungsrate) für alle diejenigen nachlassen würde, die am Dollarmarkt verschuldet sind, hat die Kapitalisten nur

den Tod des Black-Consciousness-Führers Steve Biko verantwortlich war, ist „aufgrund seiner Verdienste“ zum Deputy-Commissioner der Polizei befördert worden. – Vom Captain zum Major befördert wurde Craig Williamson, der als Spion 1977 in den in Genf beheimateten International University Exchange Fund eingeschleust wurde. Diese Organisation unterstützte den Widerstand in Südafrika und südafrikanische Flüchtlinge. Williamson hatte 1980 schließlich Spitzenpositionen in dieser Organisation inne und diente nach seiner Rückkehr nach Südafrika in vielen Prozessen als Polizeizeuge. – In die Untersuchung der Todesursache Bikos kommt langsam, nach nunmehr 4 Jahren, auch wieder Bewegung. Zunächst war jede Maßnahme gegen die drei Gefängnisärzte, die sehenden Auges die tödlichen Folterungen an Biko gebilligt hatten, abgelehnt worden. Vor allem aufgrund des Protestes von schwarzen Ärzten und Krankenhausbediensteten muß sich die Ärztekammer nun doch mit diesem Fall beschäftigen. Ihr liegt seit einigen Wochen ein 40seitiger Bericht über die Todesursache und die Mitverantwortung der Ärzte vor.

rung geprellt. 1978 gewann die MLN die Wahlen, zweiter wurde Ricardo Peralta. Durch Wahlfälschung wurde von der Regierung aber der dritt(!)placierte Romeo Lucas Garcia Präsident. 1982 sollte nun Anibal Guevara sein Nachfolger werden. In den letzten Jahren hatte sich aber die Lage um einiges geändert.

Seit einiger Zeit sieht sich die Junta vor immer größere Probleme durch die Befreiungsbewegungen gestellt. Ursachen für den Aufschwung der Befreiungsbewegung sind neben der Entwicklung in den Nachbarländern vor allem in der wachsenden Mobilisierung der indianischen Bevölkerung zu suchen, die über 50% der Bevölkerung stellt. Sind die militärischen Erfolge der Junta dagegen aber nicht gerade berauschend (1000 Mann Verlust allein im ersten Halbjahr 1981), so steht sie wirtschaftlich vor dem Bankrott. Eine beispiellose Kapitalflucht hat eingesetzt. Die Devisenreserven sind von 900 auf 200 Mio. $ gesunken. Auslandskredite sind kaum noch zu bekommen. Der Tourismus, der mit Maya-Ruinen und Buntpapageienexotik jährlich

fälscht und zum Präsidenten wurde der geplante Nachfolger von General Lucas, der General Anibal Guevara Arce, ausgerufen. Dies zuungunsten von Mario Sandoval, Kandidat der MLN und wahrscheinlich der eigentliche „Gewinner“ der Wahlen, dem Christde-

gesamt scheint es den USA gelungen zu sein, das Klassenbündnis zwischen diesen beiden Kräften auf eine ihren Vorstellungen entsprechende neue Grundlage gestellt zu haben. Um das sicher beurteilen zu können, wird man aber noch einige Zeit abwarten müssen.



Zu einigen Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung in Polen

Ist der Putsch eine innerpolnische Angelegenheit?

Natürlich wurde der Putsch von polnischem Militär durchgeführt, und er ist auch zunächst *ohne* direkten aktiven Eingriff sowjetischen Militärs erfolgreich gewesen. Er stand aber unter Erfolgszwang von seiten der Sowjetunion, die es nie zugelassen hätte, daß in ihrem Machtbereich ihre Position untergraben worden wäre. Die Arbeiterbewegung war unter dieser Drohung von Anfang an gebremst und konnte sich nur schwer entfalten, weil ihr Gegner nicht nur die polnische herrschende Klasse war. Zwei Ansichten finde ich falsch:

a) Den Putsch als „innere Angelegenheit“ zu bezeichnen. Das macht noch nicht einmal die DKP. In einem Buch*, das so mit dummen Phrasen vollgepfropft ist, daß es wohl nicht für einen breiteren Leserkreis, sondern von vornherein als Argumentationsleitlinie für DKP-Funktionäre dienen soll, steht z.B. ganz offen: „So wie der Sozialismus eine Sache aller Arbeiter und aller Kommunisten ist, so ist auch die Verteidigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Sache aller – unabhängig von der Nationalität … Mit der Existenz des ersten Staates der Arbeiter, der Sowjetunion, wurde das Prinzip der Arbeitersolidarität zur staatlichen Politik. Damit sind Hilfen in anderen Größenordnungen möglich. Und sie werden praktiziert … Die militärische Hilfe zur Niederschlagung der inneren Konterrevolution ist grundsätzlich ebenfalls eine internationalistische Hilfe … Der Kampf um die Macht ist – ob man es will oder nicht – ein Kampf auf Leben oder Tod.“ (S. 134/144) Das letzte ist zwar eine Binsenweisheit, soll aber aussagen, daß eben Polen zum Machtbereich der Sowjetunion gezählt wird. (…)

b) Ich finde die Einschätzung falsch, daß die herrschende Klasse in Polen einfach identisch mit der sowjetischen sei, bzw. daß es gar keine polnische herrschende Klasse gäbe und die *ganze* Nation unterdrückt sei. Das soll logischerweise heißen, daß sich die Frage der politischen Macht der polnischen Arbeiterbewegung auch ohne Einmischung der Sowjetunion gestellt hätte, weil es eben eine *polnische* herrschende Klasse gibt, wo man sich nicht zu wundern braucht, daß sie auch das Militär einsetzt. (…)

Sanktionen – ja oder nein?

Zum Schluß meine Meinung zu der wahrscheinlich kompliziertestens, aber *praktisch entscheidenden* Frage, zu der sich keiner um eine Entscheidung herumdrücken kann: Welche Außenpolitik soll gegenüber der Sowjetunion und Polen verfolgt werden? Man könnte jetzt noch einiges zu den zahlreichen Stellungnahmen in Worten seitens verschiedener Regierungen und Politiker sagen. Aber obwohl auch abgegebene Worte ihren Stellenwert haben, will ich hier nur zur Frage der Wirtschaftsbeziehungen etwas sagen, weil das unmittelbar praktische Bedeutung hat.

Vorneweg: Ich bin für den Abbruch *aller* Wirtschaftsbeziehungen zur polnischen *Regierung*, und zwar vorläufig unbefristet und bedingungslos. Sinnvollerweise muß das auch auf die Sowjetunion ausgeweitet werden. Wenn die Arbeiterbewegung hier in dieser Richtung die Außenpolitik beeinflussen könnte, wäre das meiner Meinung nach die beste Unterstützung für die polnische Arbeiterbewegung. Folgende Positionen finde ich falsch:

a) Die der Bundesregierung. Sie ist u.a. formuliert in der Entschließung des Bundestages vom 14.1.1982 und tritt ein für die Fortsetzung der humanitären und Nahrungsmittelhilfe und für „verstärkte“ Wirtschafts- und Finanzhilfen, „sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind“. Mit den „Voraussetzungen“ sind wahrscheinlich die „Zeichen aus Warschau“ gemeint, daß Jaruzelski es ernst meint mit der „Fortsetzung des Reform- und Erneuerungskurses“. Bei der sog. „Linken“ gibt es ebenfalls Tendenzen, einen Boykott auf bestimmte Produkte zu beschränken, bzw. die Wirtschaftsbeziehungen an ganz schwammige Bedingungen zu knüpfen. Dazu: Es gibt wohl einen Unterschied zwischen Nahrungsmittel- und Waffenlieferungen, aber groß ist er nicht. Ich kann mir sogar vorstellen, daß Lebensmittellieferungen noch eine willkommenere Unterstützung des polnischen Regimes in seinem Kurs gegen die Bauern sind. Weiter: Die bisherigen Beiträge in der KVZ zu diesem Problem haben sich entweder dazu ausgeschwiegen oder sind über das Stellen von Fragen nicht hinausgekommen. Im Polen-Sonderteil der KVZ 4/82 spricht sich als einziger der dokumentierten Redebeiträge der von Gerhart Schmierer positiv in Richtung Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen aus. Nur finde ich es überhaupt nicht plausibel, diese Forderung von der Aufhebung des Kriegsrechts abhängig zu machen. Das kommt meiner Meinung nach zu sehr der Position der Bundesregierung entgegen. Wenn das Kriegsrecht unter dem *jetzigen* Regime aufgehoben wird, kann ich mir da ganz verschiedene Ursachen für vorstellen. U.a. kann das eine Stabilisierung und vorläufige Besiegelung der Niederlage der Arbeiterbewegung ausdrücken. (…)

Das würde ohnehin nicht als Reaktion auf Maßnahmen von außen geschehen, sondern hängt im wesentlichen von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Polen selber und im Machtbereich der Sowjetunion ab. Wenn tatsächlich als Resultat des Erstarkens der Arbeiterbewegung das Kriegsrecht zu Fall gebracht wird, dann höchstwahrscheinlich nur *zusammen* mit dem jetzigen Regime. Solange es an der Macht ist, wird es auf jede oppositionelle Regung nur mit Verschärfung reagieren können.

b) Die Position von Ronald Reagan muß man ebenfalls kritisieren, und zwar in erster Linie wegen ihrer Halbherzigkeit. Ein Kommentar der Sowjetunion zu dieser Propaganda war ja, daß aus allem sowieso nichts würde, weil der Kapitalismus sich die Sanktionen gar nicht leisten könne. In dieser Hinsicht ist z.B. tatsächlich auch der Kapitalismus etwas starr. Bloß halte ich das nicht für ein Argument gegen den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen, sondern für eins gegen den Kapitalismus.

Alles in allem: Plausible Argumente gegen einen solchen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen habe ich bis jetzt keine gehört. (Der ehemalige polnische Botschafter in Tokio, Rurarz, hat diese Forderung konkreter formuliert: für die polnische *Regierung* „Kein Handel, keine Lebensmittel, keine Kredite“, was ebenfalls für die Sowjetunion gelten müsse, denn „der wirkliche Drahtzieher sitzt hinter den Mauern des Kremls“). Die „Anmerkungen“ von Ralf Fücks in der KVZ 6/82 bringen im wesentlichen keine Argumente, sondern billige Stimmungsmache. Aber wen kann es schon schockieren, zum „Kalten Krieger“ oder zum „Falken des freien Westens“ dadurch zu werden, daß er richtige Positionen vertritt? Der Leserbrief von A.H. (Kassel) zu den Anmerkungen von Ralf Fücks macht ihm doch noch ein Zugeständnis: „Natürlich (!) wäre es falsch, blindlings einen Totalboykott zu fordern …“ Vielleicht liegt es an meiner Blindheit, aber in einem Teilboykott sehe ich weder Fisch noch Fleisch.

Noch eines für den Fall, daß mir für meine Auffassungen Heinz Brandt und Andre Gorz als „Prototypen“ vorgehalten werden (wie das in einem Punkt von Ralf Fücks nahegelegt wird): Eine bedingungslose „weltweite Einheitsfront gegen die UdSSR“ kann für mich bis jetzt keine logische Schlußfolgerung sein. Andererseits hinkt aber der Vergleich von Ralf Fücks mit der Antihitlerkoalition, falls er meint, die Sowjetunion sei harmloser im Weltmaßstab wie Hitler vergleichsweise damals.

Bernd Köhler, Darmstadt

* „Polen in der Zerreißprobe“ von Volker Einhorn (SDAJ-Bundesvorstand) und Gero von Randow (Elan-Chefredakteur)

Erklärung des PLO-Vertreters in Bonn zur Erhebung in den besetzten Gebieten

... Seit nunmehr 15 Jahren hält Israel die Westbank und den Gazastreifen besetzt – illegal – nur gestützt auf Panzer und Bajonette.

In diesen 15 Jahren ist unser Volk in seinem eigenen Land heimatlos gemacht worden. Der Boden wurde ihm geraubt; fast 40% des 1967 besetzten Landes befinden sich heute in israelischer Hand. Siedlungen überziehen unser Land, zersiedeln und zerstückeln es. Die Siedler sind bewaffnet; sie schänden unsere Heiligtümer; sie terrorisieren die Bewohner, dringen nachts in die Häuser ein und mißhandeln die Menschen. Sie zerstören die Ernte auf unseren Feldern, zertrümmern unsere Autos, jagen die Einwohner aus ihren Häusern und besetzen sie. Das Heilige Land ist nicht mehr heilig.

Begin erklärt die Westbank zu „befreiten Gebieten“. Im offiziellen Sprachgebrauch heißen sie jetzt „Judäa und Samaria“. Die Bürgermeister in der Westbank werden Opfer von Attentaten. Und obwohl die Täter längst bekannt sind, bleiben sie auf freiem Fuß. Mohammed Melhem und Fahd Kawasmeh werden deportiert – wie schon 2000 andere vor ihnen – aus keinem anderen Grund, als daß sie das Recht und die Existenz ihres Volkes verteidigt haben.

Unsere Kinder, die die palästinensische Flagge hissen oder auch nur palästinensische Lieder singen, werden zu hohen Geldstrafen verurteilt, die die Familie nicht bezahlen kann. So wandern die Eltern ins Gefängnis.

Unsere Jugendlichen aber, die ihre politische Identität verteidigen, werden verhaftet und finden sich in den israelischen Kerkern wieder.

Die Universität Bir Zeit ist jetzt zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate geschlossen worden. Gibt es für uns Palästinenser denn nicht das Menschenrecht auf Bildung und Erziehung? Was ist das für ein Staat, der in seiner 15jährigen Besatzungszeit 17 neue Gefängnisse bauen, aber die Schulen und Universitäten schließen läßt?

Im Herbst letzten Jahres wurden die Häuser von sieben Familien in die Luft gesprengt, nur weil ein Jugendlicher einer Familie einen Stein auf ein israelisches Militärfahrzeug geworfen haben soll. Hier ist die Empörung faßbar, hier ist sie konkret. Aber bedenken Sie: Seit der Entstehung des Staates Israel sind 385 Dörfer, ich betone ganze Dörfer, gesprengt worden. In der Westbank waren dies in den letzten 15 Jahren 20000 Häuser.

Natürlich sind Kollektivstrafen verboten; natürlich verstoßen sie gegen internationales Recht, gegen die

Unsere Kinder, die die palästinensische Flagge hissen oder auch nur palästinensische Lieder singen, werden zu hohen Geldstrafen verurteilt, die die Familie nicht bezahlen kann. So wandern die Eltern ins Gefängnis.

Unsere Jugendlichen aber, die ihre politische Identität verteidigen, werden verhaftet und finden sich in den israelischen Kerkern wieder.

Die Universität Bir Zeit ist jetzt zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate geschlossen worden. Gibt es für uns Palästinenser denn nicht das Menschenrecht auf Bildung und Erziehung? Was ist das für ein Staat, der in seiner 15jährigen Besatzungszeit 17 neue Gefängnisse bauen, aber die Schulen und Universitäten schließen läßt?

Im Herbst letzten Jahres wurden die Häuser von sieben Familien in die Luft gesprengt, nur weil ein Jugendlicher einer Familie einen Stein auf ein israelisches Militärfahrzeug geworfen haben soll. Hier ist die Empörung faßbar, hier ist sie konkret. Aber bedenken Sie: Seit der Entstehung des Staates Israel sind 385 Dörfer, ich betone ganze Dörfer, gesprengt worden. In der Westbank waren dies in den letzten 15 Jahren 20000 Häuser.

Natürlich sind Kollektivstrafen verboten; natürlich verstoßen sie gegen internationales Recht, gegen die
Genfer Konvention. Aber die Macht fragt nicht nach dem Recht. Die israelische Besatzungsmacht tötet Kinder und Jugendliche und läßt anschließend feststellen, daß dies in „Selbstverteidigung“ geschah. Und sie verhängt für drei Wochen eine 23stündige Ausgangssperre über eine ganze Stadt – nur aus Sorge um die „Sicherheit ihrer Grenzen“?! ...

Es ist für uns zutiefst unverständlich, wie Menschen, die selbst unter Folter, Einkerkerung, unter Konzentrationslagern gelitten haben, die mit einem Stern abgestempelt und deren Häuser gezeichnet waren, in der Lage sind, anderen das anzutun, was sie selbst erlitten haben.

Und doch ist es das Ziel der israelischen Führung, unser Volk aus seinem Land zu vertreiben. Begin harrt darauf, daß ganz Palästina ihm gehört und die Palästinenser keine Rechte haben, kein Recht auf Selbstbestimmung und kein Recht auf Rückkehr in die Heimat.

Ich frage Sie, kann so der Friede aussehen? Wir Palästinenser sind die Juden der Juden geworden.

Menachem Begin hat alle Keime des Friedens erstickt. Im Juli 1980 hat die Knesset beschlossen, Jerusalem zu annektieren; im November 1981 hat Israel sich die Golan-Höhen einverleibt. Und jetzt droht Sharon, Westbank und Gaza unter israelische Gesetzgebung zu stellen, d.h. zu annektieren.

Israel hat im März 1978 den Libanon mit 30000 Soldaten angegriffen und den Süd-Libanon besetzt. Im Juli 1981 führte Israel einen 14tägigen Krieg gegen die Palästinenser und mußte schließlich doch um einen Waffenstillstand nachsuchen. Während dieses Krieges bombardierte Israel palästinensische Flüchtlingslager und Wohnviertel in Beirut. Hunderte von unschuldigen Menschen verloren ihr Leben in diesem Inferno. Etwas mehr als einen Monat zuvor war ein Nuklearreaktor in Bagdad das Ziel der israelischen Luftwaffe. Kein arabisches Land ist sicher vor der israelischen Bedrohung.

Dies alles geschah unter dem Schirm von Camp David. Die ganze Welt mußte feststellen, daß der Separatvertrag zwischen Israel und Ägypten den Frieden in noch weitere Ferne gerückt hat. Israel fühlte sich durch das Ausscheiden Ägyptens aus der arabischen Front militärisch stark. Die USA selbst machten sich gar zum Vasallen ihres Gendarms im Nahen Osten. Ford, Nixon und Carter erklärten im November 1981, daß ein Friede im Nahen Osten ohne die PLO nicht möglich ist. Aber die Cowboy-Mentalität der Reagan-Administration kennt nur das Gesetz des Colts. Und so kann Israel weiter Land annektieren, den Libanon bedrohen und die Palästinenser verfolgen, ohne Sanktionen oder Bestrafungen fürchten zu müssen.

Und die Westeuropäer? Sie haben seit ihrer Erklärung von Venedig im Sommer 1980 einen Rückzieher nach dem anderen gemacht. Und es ist soweit gekommen, daß Begin Bundeskanzler Schmidt beleidigen und beschimpfen kann, ohne daß man ihn auch nur darauf hinweist, daß dies völlig unakzeptabel ist.

Israel versucht, sich heute vor der Welt großzügig zu zeigen, wo doch jeder weiß, daß der Sinai rechtmäßig ägyptisches und nicht israelisches Territorium ist. Aber die Welt wird dann schweigen, wenn Israel mit harter Hand gegen unser Volk in den besetzten Gebieten vorgeht und schließlich auch den letzten Rest Palästinas annektiert.

Wir wissen, daß die Lage auf arabischer Ebene nicht so ist, wie man es wünschen könnte. Wir wissen, daß die gespannte internationale Lage der israelischen Politik der Expansion und Aggression neuen Spielraum gibt. Wir wissen auch, daß Israel die PLO in eine militärische Konfrontation zwingen will, um ihre Basen zu vernichten, damit dann niemand mehr da ist, der sich dieser Politik entgegenstellt.

Aber wir haben die Grenze der Nachgiebigkeit erreicht. Die israeli-

drohen und die Palästinenser verfolgen, ohne Sanktionen oder Bestrafungen fürchten zu müssen.

Und die Westeuropäer? Sie haben seit ihrer Erklärung von Venedig im Sommer 1980 einen Rückzieher nach dem anderen gemacht. Und es ist soweit gekommen, daß Begin Bundeskanzler Schmidt beleidigen und beschimpfen kann, ohne daß man ihn auch nur darauf hinweist, daß dies völlig unakzeptabel ist.

Israel versucht, sich heute vor der Welt großzügig zu zeigen, wo doch jeder weiß, daß der Sinai rechtmäßig ägyptisches und nicht israelisches Territorium ist. Aber die Welt wird dann schweigen, wenn Israel mit harter Hand gegen unser Volk in den besetzten Gebieten vorgeht und schließlich auch den letzten Rest Palästinas annektiert.

Wir wissen, daß die Lage auf arabischer Ebene nicht so ist, wie man es wünschen könnte. Wir wissen, daß die gespannte internationale Lage der israelischen Politik der Expansion und Aggression neuen Spielraum gibt. Wir wissen auch, daß Israel die PLO in eine militärische Konfrontation zwingen will, um ihre Basen zu vernichten, damit dann niemand mehr da ist, der sich dieser Politik entgegenstellt.

Aber wir haben die Grenze der Nachgiebigkeit erreicht. Die israeli-
sche Regierung soll sich nicht einbilden, daß die PLO all diesen Maßnahmen tatenlos zusehen wird. Wir machen die israelische Regierung und Menachem Begin verantwortlich für all die Folgen, die diese erbarmungslose und harte Politik gegenüber unserem Volk haben wird.

In dieser Stunde, da unser Volk im besetzten Palästina aufsteht gegen die Bajonette und Gewehre der israelischen Besatzungsmacht, appellieren wir an alle Menschen, die Demokratie, Freiheit und Menschenrechte respektieren, ihre Stimmen zu erheben, um die Unterdrückung und Besatzung in unserem Lande zu beendigen.

Wir appellieren an alle Journalisten, an die Medien in diesem Land, für einen Frieden einzutreten, der auch dem palästinensischen Volk ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung ermöglicht.

Wir appellieren an alle Politiker in der Bundesrepublik Deutschland, Druck auf Israel auszuüben, damit es seine Aggression und Expansion gegen unser Land, unser Volk und die gesamte arabische Nation beendet.

Und wir appellieren nicht zuletzt an die Juden in Palästina, den Weg zu überdenken, auf den die israelische Regierung sie führt, den Weg des Krieges und des Untergangs.
Vielen Dank

Abdalla Frangi

„Willst Du wissen, was ein Araber denkt, dann schneid ihm den Kopf auf“

Rafael Eytan, Generalstabschef der israelischen Armee

chm. Neun palästinensische Köpfe haben die israelischen Besatzungssoldaten getreu der Anweisung ihres Generalstabschefs innerhalb einer knappen Woche im besetzten Westjordanland und in Gaza aufgeschnitten. Was sie wohl darin gefunden haben mögen, was sie nicht schon Tag für Tag erfahren: Widerstand, Haß auf die Besatzungsmacht, Zähigkeit im Kampf ums Überlegen angesichts eines kolonialistischen Systems, das sie nicht nur ausbeuten, sondern ausrotten will.

Spätestens seit der Ermordung Präsident Sadats war klar, daß Israel das Tempo der Annexion der von ihm seit 1967 besetzten arabischen Gebiete steigern wird. Hatten schon in den letzten Amtsmonaten Sadats die Gespräche über die Autonomie für die Palästinenser, wie sie in den Camp-David-Verträgen von 1979 verbrieft sind, stagniert, so war klar, daß der neue Präsident Mubarak vom israelischen Standpunkt aus gesehen „recht unkooperativ“ war in der Frage der Autonomie. Von Anfang an machte er klar, daß sowieso die ganzen Gespräche nur einen vorläufigen Charakter haben, bis eine volle Beteiligung der PLO „in geeigne-



Die israelische „Autonomie“ für die besetzten Gebiete.

tem Rahmen“ möglich sein würde. In der Jerusalem-Frage, deren Annexion im Jahre 1981 sein Vorgänger noch stillschweigend hingenommen hatte, weigerte er sich, auf die israelischen Vorstellungen „der ungeteilten Hauptstadt“ Israels einzugehen und ließ den geplanten Besuch in Israel platzen. Es ist tatsächlich so, daß das einzige Faustpfand, das Israel gegenüber Ägypten besitzt, das Stück Sinai ist, das es am 25. April zurückgeben muß.

Die israelische „Autonomie“ für die besetzten Gebiete.

tem Rahmen“ möglich sein würde. In der Jerusalem-Frage, deren Annexion im Jahre 1981 sein Vorgänger noch stillschweigend hingenommen hatte, weigerte er sich, auf die israelischen Vorstellungen „der ungeteilten Hauptstadt“ Israels einzugehen und ließ den geplanten Besuch in Israel platzen. Es ist tatsächlich so, daß das einzige Faustpfand, das Israel gegenüber Ägypten besitzt, das Stück Sinai ist, das es am 25. April zurückgeben muß.
Weder ökonomisch noch politisch ist es ihm gelungen, in Ägypten Fuß zu fassen. Sobald der Abzug aus dem Sinai beendet ist, wird Ägypten sich in die Ränge der anderen arabischen Staaten wieder einreihen, was dann auch das klanglose Ende der Autonomiegespräche sein wird, sprich des Versuchs seitens Israels, Ägypten dazu zu bringen, seine Besetzung der palästinensischen Territorien vertraglich zu segnen.

Das, was die Autonomie ausmacht, wird seit November in diesen Gebieten praktiziert: Anstelle der militärischen Verwaltung der besetzten Gebiete ist eine zivile Verwaltung installiert worden, die die Konstituierung eines „Palästinensischen Administrativrates“ vorbereiten soll, der die lokalen Angelegenheiten der „Eingeborenen“ regelt.

Grundprinzip der israelischen Vorstellung von Autonomie ist, daß es eine Autonomie für die Menschen, aber nicht für den Boden sei, d.h. das palästinensische Territorium und alles, was dazu gehört, allem voran die Wasservorräte und die Bodenschätze, werden zum rechtmäßigen Eigentum der Besatzungsmacht, von Ägypten, dem größten arabischen Land durch Unterschrift legitimiert.

Die Wurzeln solcher kolonialistischen Vorstellungen liegen im Zionismus, in seinem Anspruch, innerhalb der Grenzen von „Eretz Israel“ einen rein jüdischen Staat aufzubauen unter Ausgrenzung der dort lebenden arabisch-palästinensischen Bevölkerung.

Das zionistische Projekt einer Besiedlung Palästinas, entstanden mit anderen nationalen Ideologien im Europa des 19. Jahrhunderts, ist der Versuch, die Judenfrage über die Schaffung eines eigenen Staates zu lösen. Da notwendigerweise die Umsetzung dieses Projektes mit der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung verbunden sein mußte, für die in einem „rein jüdischen“ Nationalstaat kein Platz war und ist, ist der Zionismus als Reaktion eine falsche Antwort auf den Antisemitismus. Die zionistische Interpretation des Antisemitismus als historische Notwendigkeit, der die Juden so lange ausgesetzt sein würden, solange sie keinen eigenen Staat haben, ist falsch, vor allem durch die Entwicklung des Judenstaates selber.

Physische Sicherheit haben die Juden, die auf der Flucht aus Nazideutschland sich befanden, und deren erzwungene Flucht nach Palästina erst das Gelingen des zionistischen Projektes möglich gemacht hat, mehr durch die Niederlage von Rommels Armee in El Alamein als durch die Existenz eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina erlangt.

Vor allem aber bedroht Israels kriegstreiberische Politik im Inneren und gegen seine arabischen Nachbarn die eigene Bevölkerung mit Tod und Vernichtung, weil es absehbar ist, wann das militärische Gleichgewicht und das internationale Kräfteverhältnis sich zugunsten der arabischen Staaten und damit, zumindest in der Anfangsphase, zugunsten der Palästinen-

jüdischen Gemeinwesens in Palästina erlangt.

Vor allem aber bedroht Israels kriegstreiberische Politik im Inneren und gegen seine arabischen Nachbarn die eigene Bevölkerung mit Tod und Vernichtung, weil es absehbar ist, wann das militärische Gleichgewicht und das internationale Kräfteverhältnis sich zugunsten der arabischen Staaten und damit, zumindest in der Anfangsphase, zugunsten der Palästinen-
ser sich verändert. (Die AWACS-Lieferung an Saudiarabien, die F-16-Lieferungen an Ägypten zeigen die Richtung an.)

Der stärkste Kitt, mit dem die zionistischen Führer bisher die jüdisch-israelische Bevölkerung haben zusammenhalten können, ist das Argument der Sicherheit, wobei demagogisch die traumatische Erfahrung der Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus instrumentalisiert wird, um dieses Sicherheitsbedürfnis wachzuhalten. (Die Vergleiche, die die PLO auf die gleiche Stufe stellen wie die Hitlerfaschisten, sind Legion.) Jegliche Erschütterung dieses Sicherheitsmythos erschüttert die Grundfesten des jüdischen Staates selber, so z.B. der Oktoberkrieg, bei dem es den arabischen Staaten zum erstenmal gelang, einen Teilsieg gegen Israel zu erringen. Die Zahl der Auswanderer ist rapide angestiegen nach dem Oktoberkrieg, die Zahl der Einwanderer gesunken. Die Tendenz hält an.

Solche Gangsterstücke wie die Bombardierung des irakischen Atomreaktors im vergangenen Juni sind nur mit der dem Zionismus eigenen Logik zu erklären: Es darf kein anderer Staat der Region in der Lage sein, auch nur potentiell Israels militärische Überlegenheit zu bedrohen, da sonst der Sicherheitsmythos tangiert wird. Der reale Kern ist natürlich dabei, daß diese Gangstereien jedem Versuch einer umfassenden friedlichen Lösung im Wege stehen und die Bedrohung der jüdisch-israelischen Bevölkerung immer größer wird.

In dieser Eigendynamik, die der Zionismus und damit der ganze Palästinakonflikt entwickelt, liegen die Keime für die immer wieder auftauchenden Widersprüche zwischen Israel und seiner Schutzmacht USA. Die Politik, die die zionistische Führung jetzt macht, ist gegen die Konzeption, die die Reagan-Administration durchsetzen will: eine antisowjetische Front mit Israel, Ägypten und Saudiarabien als Kernländer aufzubauen.

Bassam Shakaa, Bürgermeister von Nablus, der bei einem Attentat jüdischer Siedler seine Beine verloren hat, erklärte nach seiner Amtsenthebung vor Journalisten: „Ich habe meine Beine verloren, aber die Israelis, die haben ihren Verstand verloren.“ In 15 Jahren Besatzung hat Israel nichts gelernt, möchte man spontan als „aufgeklärter Mensch“ denken: Noch nie wie jetzt war die Geschlossenheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten größer, noch nie der politische Rückhalt der PLO, nach einer langen Ebbe zugunsten islamisch-fundamentalistischer Strömungen, stärker. Die neuen Menschenleben, die in den letzten Tagen geopfert wurden, tragen ihren Teil dazu bei, einigen jüdischen Bewohnern Israels die Augen zu öffnen. Eine Demonstration von ca. 20000 Teilnehmern fand in Tel Aviv statt, organisiert von der Peace now-Bewegung, die die Parole getragen hat: „Nieder mit der Besatzung!“ Zum erstenmal streiken in Nazareth die Schüler aus Solidarität mit den besetzten Gebieten. (Nazareth ist die bedeutendste arabische Stadt in Galiläa, das Israel im Krieg von 1948 annektiert hat.) Zum Tag des Bodens, bei dem die palästinensischen Araber, haben die Stadträte der arabischen Städte und Dörfer zu einem Generalstreik aufgerufen. Es ist kein Ende abzusehen für den Aufruhr in den besetzten Gebieten selbst.

länder aufzubauen.

Bassam Shakaa, Bürgermeister von Nablus, der bei einem Attentat jüdischer Siedler seine Beine verloren hat, erklärte nach seiner Amtsenthebung vor Journalisten: „Ich habe meine Beine verloren, aber die Israelis, die haben ihren Verstand verloren.“ In 15 Jahren Besatzung hat Israel nichts gelernt, möchte man spontan als „aufgeklärter Mensch“ denken: Noch nie wie jetzt war die Geschlossenheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten größer, noch nie der politische Rückhalt der PLO, nach einer langen Ebbe zugunsten islamisch-fundamentalistischer Strömungen, stärker. Die neuen Menschenleben, die in den letzten Tagen geopfert wurden, tragen ihren Teil dazu bei, einigen jüdischen Bewohnern Israels die Augen zu öffnen. Eine Demonstration von ca. 20000 Teilnehmern fand in Tel Aviv statt, organisiert von der Peace now-Bewegung, die die Parole getragen hat: „Nieder mit der Besatzung!“ Zum erstenmal streiken in Nazareth die Schüler aus Solidarität mit den besetzten Gebieten. (Nazareth ist die bedeutendste arabische Stadt in Galiläa, das Israel im Krieg von 1948 annektiert hat.) Zum Tag des Bodens, bei dem die palästinensischen Araber, haben die Stadträte der arabischen Städte und Dörfer zu einem Generalstreik aufgerufen. Es ist kein Ende abzusehen für den Aufruhr in den besetzten Gebieten selbst.

Daß die zionistischen Politiker aus der Defensive heraus operieren, macht ihre Schläge nicht weniger schmerzhaft, ihre Politik nicht weniger gefährlich für den Frieden in der Region. Mit jeder Kugel wird die Hoffnung einer gemeinsamen Perspektive, in der ein palästinensisch-arabisches und ein jüdisch-israelisches Kollektiv im historischen Palästina gleichberechtigt zusammenleben, immer geringer.

Preistafel für die Entwurzelung von Verwurzelten

Beschreibung des Verwurzelten	Ort der Entwurzelung	Zweck der Entwurzelung	Tiefe der Verwurzelung	Entschädigungshöhe je Familie
nicht-israel. Beduine	Pitchat-Rafiach (Nordsinai)	Ansiedlung jüdischer Siedler	70 – 100 Jahre	nichts
Israelischer Beduine	Tel-Melchata (Negev)	Errichtung eines Militärflughafens	70 – 100 Jahre	1 Zimmerwohn. in Beer-Sheva
Orientalischer Jude	Jemin-Moshe Stadtviertel in Jerusalem	Errichtung eines Stadtteils für Künstler und Wohlhabende (Sanierung)	20 – 30 Jahre	2 Zimmerwohn. im Elendsviertel
Siedler	Pitchat-Rafiach (Nordsinai)	Erfüllung des Abkommens mit Ägypten	5 – 10 Jahre	1 Farm in einem Gemeinschaftsdorf (Moshav) 1 Villa in Ra'anana (bei Tel-Aviv) 2 Geschäfte in Tel-Aviv

„Die amerikanische Intervention stellt für die Region eine große Gefahr dar"

Interview mit Jamal Youssef, Vertreter der Frente Polisario in der BRD auf dem Anti-Interventionskongreß in Münster, am 20.3.1982

Zunächst möchte ich Dich fragen, wie sich im letzten Jahr die militärische Lage im Befreiungskampf entwickelt hat.

Seit 1979 hat die marokkanische Regierung mehrfach die Taktik geändert. Im Gefolge der Niederlagen der marokkanischen Armee gab es eine Reihe von Änderungen, und jedesmal versuchen die marokkanische Regierung und ausländische Experten zu analysieren, warum die Armee trotz ihrer Überlegenheit immer wieder Niederlagen erleidet. Sie versuchen jedesmal wieder, eine neue Taktik zu entwickeln. Zum Beispiel haben sie 1979 die beweglichen Einsatzgruppen geschaffen, als sie gemerkt hatten, wie mobil die F.Polisario ist und wie unbeweglich sie selbst sind. Im selben Jahr hat diese Strategie eine Niederlage erlitten. 1979 haben die bewaffneten Kräfte der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) zwei Drittel des nationalen Territoriums befreit. Im Augenblick kontrolliert unsere Armee 90% des Landes. Die neue marokkanische Strategie besteht nun darin, das kleine Gebiet des saharauischen Territoriums zu schützen, das noch in ihrer Hand ist. Zu diesem Zweck haben sie einen Sandwall um dieses Gebiet aufgeschüttet (vgl. Karte), mit Stacheldraht und Minenfeldern bewehrt, und die gesamte marokkanische Besatzungsmacht ist hinter diesem Sandwall stationiert.

Marokko befindet sich also in der Defensive und wir, die F.Polisario, in der Offensive. Das ist im Überblick die gegenwärtige militärische Situation.

Die USA reden immer mehr von direkter und indirekter Intervention in diesem Gebiet. Wie beurteilt F. Polisario diese Drohungen?

Ich kann sagen, daß es schon eine direkte Intervention ist. Das liegt klar auf der Hand, sowohl im militärischen Bereich wie auch auf der politisch-diplomatischen Ebene. Mit der neuen amerikanischen Regierung ist diese Intervention natürlich noch konkreter geworden. In der letzten Zeit sind nicht weniger als 20 amerikanische Delegationen in Marokko gewesen, die über alle möglichen Fragen verhandelt haben. Sie haben in allen Fragen Erklärungen abgegeben, daß sie Marokko



Die USA reden immer mehr von direkter und indirekter Intervention in diesem Gebiet. Wie beurteilt F. Polisario diese Drohungen?

Ich kann sagen, daß es schon eine direkte Intervention ist. Das liegt klar auf der Hand, sowohl im militärischen Bereich wie auch auf der politisch-diplomatischen Ebene. Mit der neuen amerikanischen Regierung ist diese Intervention natürlich noch konkreter geworden. In der letzten Zeit sind nicht weniger als 20 amerikanische Delegationen in Marokko gewesen, die über alle möglichen Fragen verhandelt haben. Sie haben in allen Fragen Erklärungen abgegeben, daß sie Marokko



Karte aus „Le Monde" vom 17. Dezember 1981, die den Weg ihres Korrespondenten quer durch das ganze Territorium der West-Sahara mit Kämpfern der Polisario beschreibt. Die Mauer der Marokkaner umschließt vor allem die Phosphatabbaugebiete von Bou Craa und die beiden größeren Städte, El Aioun und Smara.

unterstützen. Die USA haben nicht nur ihre Waffenlieferungen erheblich verstärkt, sondern schicken auch Techniker und Berater, die in der Guerillabekämpfung spezialisiert sind.

Man muß hinzufügen, auch auf diplomatischem Gebiet versucht die Regierung Reagan, gegenüber afrikanischen wie nichtafrikanischen Ländern Druck auszuüben, um deren Position gegenüber der DARS zu beeinflussen. Diese amerikanische Intervention stellt für die Region eine große Gefahr dar: sie wird unvermeidlich diesen Konflikt internationalisieren, ein Prozeß, von dem alle internationalen Gremien betroffen sind, die ja auf der Suche nach einer friedlichen Lösung für diesen Konflikt sind. Die amerikanische Intervention ist die Intervention einer Supermacht, die es den Ländern dieser Region sehr schwierig macht, über die Situation die Kontrolle zu behalten. Das bringt mich dazu zu sagen, daß diese Intervention nicht nur eine Bedrohung für die Völker dieser Region ist, sondern insgesamt für den Weltfrieden. Die amerikanische Intervention bedeutet auch die Verlängerung des Konflikts, denn vor einigen Monaten hatte das marokkanische Regime im Prinzip einer friedlichen Lösung zugestimmt. Das war das Resultat der militärischen Niederlagen auf dem Schlachtfeld, der internationalen Isolierung, in der es sich befand, und des Drucks des marokkanischen Volkes, das diesen Krieg nicht will, weil es nicht sein Krieg ist. Diese Intervention hat die marokkanische Regierung dazu gebracht, von der friedlichen Lösung wieder abzurücken und ihr Heil in der kriegerischen Lösung zu suchen.

Was wird das Resultat sein, wenn man das Kräfteverhältnis betrachtet? Es wird sich nicht verändern, weil die USA Marokko nur militärisch unterstützen können. Marokko war militärisch immer überlegen und wurde von den USA militärisch immer unterstützt. Das hat die Niederlagen Marokkos aber nicht verhindern können. Heute wird die Intervention der USA von einer großen Informationskampagne begleitet, aber es wird am Kräfteverhältnis nichts ändern. Wir haben ein lebendiges Beispiel hierfür aus unserem Kampf: die direkte Intervention Frankreichs auf seiten Mauretaniens. Obwohl Frankreich wegen seiner Nähe strategisch günstiger liegt als die USA, außerdem sie im Senegal Truppen stationiert haben, und sie sich auf Erfahrungen der kolonialen Vergangenheit stützen konnten, war Mauretanien gezwungen, den Krieg aufzugeben.

den USA militärisch immer unterstützt. Das hat die Niederlagen Marokkos aber nicht verhindern können. Heute wird die Intervention der USA von einer großen Informationskampagne begleitet, aber es wird am Kräfteverhältnis nichts ändern. Wir haben ein lebendiges Beispiel hierfür aus unserem Kampf: die direkte Intervention Frankreichs auf seiten Mauretaniens. Obwohl Frankreich wegen seiner Nähe strategisch günstiger liegt als die USA, außerdem sie im Senegal Truppen stationiert haben, und sie sich auf Erfahrungen der kolonialen Vergangenheit stützen konnten, war Mauretanien gezwungen, den Krieg aufzugeben.

Hat sich das Verhältnis Frankreichs zum Befreiungskampf seit der Wahl Mitterrands verändert?

Ja, es hat eine Veränderung gegeben, erst auf verbale Weise. Die Regierung Giscard war uns feindlich gesinnt und auf allen Gebieten aktiv gegen uns. Die jetzige Regierung spricht eine andere Sprache, sie akzeptiert zumindest einen Kontakt mit dem saharauischen Volk. Damit will ich nicht sagen, daß die Position der französischen Regierung sich völlig verändert hat. Leider werden noch immer Waffen an Marokko geliefert, französische Berater sind immer noch in Marokko tätig, so daß ich nicht nur glücklich sein kann über die Veränderungen, die es gegeben hat. Ich kann nur hoffen, daß die jetzige Regierung die Politik der Regierung Giscard radikal ändert. Frankreich kann aus Gründen, die ich vorher genannt habe, eher als alle anderen Länder eine Friedensrolle spielen. Wir sehen, daß Frankreich die Kriegsgegner, Marokko und die DARS, an den Verhandlungstisch bringen kann. Also muß Frankreich die beiden Kriegsparteien gleich behandeln.

Im Februar hat in Addis Abbeba eine Konferenz der Außenminister der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) stattgefunden. Auf dieser Konferenz ist die DARS als Mitgliedsstaat der OAU aufgenommen worden. Aufgrund dieser Entscheidung hat es Widersprüche oder Spaltungstendenzen in der OAU gegeben. Einige Mitgliedsländer haben die Sitzung verlassen aus Protest gegen die Entscheidung. Wie seht Ihr die Lage nun in bezug auf das vorgesehene Referendum in der DARS und die UNO-Friedenstruppe, die installiert werden soll?

In der Tat, die DARS ist der 51. Mitgliedsstaat der OAU geworden. Das wurde auf der letzten Ministerkonferenz in Addis Abbeba bestätigt. Ich muß aber sagen, daß es keine Spaltung der OAU gegeben hat, wie die westlichen Massenmedien das verbreiten. Es ist Marokko, das die Lage so darstellen will. Was passiert ist, ist sehr einfach: Die OAU hat sich seit Beginn des Konflikts mit diesem beschäftigt. Ihre Position war immer sehr klar; wie auch die der UNO und der blockfreien Staaten: sie standen immer zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des saharauischen Volkes. Deswegen hatte die OAU ein ad-hoc-Komitee geschaffen, das alle Entscheidungen der Organisation bezüglich des saharauischen Volkes in die Tat umsetzen sollte. Es hat sich nachher gezeigt, daß Marokko nur versuchte, Zeit zu gewinnen. Das Komitee der OAU existiert bis heute, und die Frente Polisario hofft, daß dieses Komitee seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann.

Ich komme zurück auf die Aufnahme der DARS: Das ist eine rein technische Angelegenheit. Der Artikel 28 der Charta der OAU sagt, daß jedes souveräne und unabhängige Land Afrikas dem Generalsekretär eine schriftliche Erklärung schicken kann, aufgenommen zu werden, und der Generalsekretär schickt dann diesen Brief an die Mitgliedsländer. Jedes Land antwortet dem Generalsekretär schriftlich. Wenn die einfache Mehrheit der Mitgliedsländer erlangt ist, für die Aufnahme

muß aber sagen, daß es keine Spaltung der OAU gegeben hat, wie die westlichen Massenmedien das verbreiten. Es ist Marokko, das die Lage so darstellen will. Was passiert ist, ist sehr einfach: Die OAU hat sich seit Beginn des Konflikts mit diesem beschäftigt. Ihre Position war immer sehr klar; wie auch die der UNO und der blockfreien Staaten: sie standen immer zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des saharauischen Volkes. Deswegen hatte die OAU ein ad-hoc-Komitee geschaffen, das alle Entscheidungen der Organisation bezüglich des saharauischen Volkes in die Tat umsetzen sollte. Es hat sich nachher gezeigt, daß Marokko nur versuchte, Zeit zu gewinnen. Das Komitee der OAU existiert bis heute, und die Frente Polisario hofft, daß dieses Komitee seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann.

Ich komme zurück auf die Aufnahme der DARS: Das ist eine rein technische Angelegenheit. Der Artikel 28 der Charta der OAU sagt, daß jedes souveräne und unabhängige Land Afrikas dem Generalsekretär eine schriftliche Erklärung schicken kann, aufgenommen zu werden, und der Generalsekretär schickt dann diesen Brief an die Mitgliedsländer. Jedes Land antwortet dem Generalsekretär schriftlich. Wenn die einfache Mehrheit der Mitgliedsländer erlangt ist, für die Aufnahme

des betreffenden Landes, formuliert der Generalsekretär die Entscheidung an das betreffende Land und dieses Land wird dann vollwertiges Mitglied der Organisation. Was uns betrifft, ist diese Prozedur 1980 gelaufen, und es hat die verlangte Mehrheit gegeben, denn als unabhängiger Staat haben wir schon diplomatische Beziehungen zur Mehrzahl der afrikanischen Länder. Zu diesem Zeitpunkt fing Marokko an zu manövrieren, und außerafrikanische Mächte, nämlich die damalige französische Regierung, haben Druck ausgeübt auf die Mitgliedsstaaten der OAU und die OAU selbst, um sie daran zu hindern, diesen Schritt zu vollziehen. So hat der Generalsekretär diesen Brief nicht formuliert und an das saharauische Volk geschickt, und was nun von der Ministerkonferenz gemacht wurde, ist völlig normal. Der Vorsitzende der Konferenz hat nur seine Aufgaben erfüllt, indem er der DARS diese Entscheidung formuliert hat. Marokko hat sich aus der Konferenz zurückgezogen, andere Länder sind diesem Beispiel gefolgt. Das ist normal, denn Marokko hat immer gedroht, eine Politik des leeren Stuhles zu machen und damit die OAU zu erpressen.

Man muß hinzufügen, daß die Länder, die sich zurückgezogen haben, nicht aus der OAU ausgetreten sind, sondern diese Ministerkonferenzsitzung verlassen haben. Unter diesen Ländern sind einige, die nur wider Willen ausgezogen sind, auf direkten Druck der USA hin. Was die Politik des leeren Stuhls betrifft, so ist das für Marokko nichts Neues. 1963, im Jahr der Gründung der OAU, hat Marokko sich geweigert teilzunehmen als Protest gegen die Teilnahme Mauretaniens. Zu diesem Zeitpunkt wurde Mauretanien von Marokko beansprucht. Der Expansionismus Marokkos ist also auch nichts Neues. Während einiger Jahre hat Marokko damals die OAU boykottiert. Am Schluß mußten sie Mauretanien doch anerkennen, weil ihnen klargeworden war, daß diese Erpressung zu keinem Ergebnis führte. Die Anerkennung und Aufnahme der DARS kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, und ich bin sicher, daß es ein Schritt vorwärts ist bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Es wird keine friedliche Lösung geben, solange die beiden Kriegsgegner sich nicht am Verhandlungstisch befinden. In der Vergangenheit hat Marokko sich immer geweigert, mit der DARS zu verhandeln, weil es der Meinung war, daß die DARS keine von der OAU anerkannte Regierung ist.

Ich frage mich, was Marokko jetzt machen will, wo die DARS von der OAU anerkannt ist. Was das Referendum und die Friedenstruppe betrifft, die sowohl von der UNO wie von der OAU vorgesehen sind, so wissen wir, daß unser Volk sich für die Selbstbestimmung erhoben hat und dafür die Waffen ergriffen hat. Der Wille unseres Volkes hat sich oft ausgedrückt. 1970, als wir noch unter spanischer Besatzung lebten, wurde eine Delegation der UNO in das Land geschickt, und trotz der Unterdrückung durch die Kolonialmacht hat das Volk damals seinen Selbstbestimmungswillen ausgedrückt und seine Auffassung, daß die Frente Polisario die einzige Kraft ist, die diesen Willen repräsentiert.

Die UNO und die OAU haben einen Friedensplan vorgelegt, der auf folgenden Punkten basiert: Waffenstillstand, Rückzug der Besatzungstruppen und der marokkanischen Verwaltung, freie, allgemeine und gerechte Wahlen. Die OAU hat ein Komitee beauftragt, das diesen Wahlprozeß durchführen soll. Sowohl OAU wie UNO sind überzeugt, daß nur Verhandlungen zwischen beiden Kriegsparteien etwas bewirken können. Wir haben nie aufgehört zu sagen, daß wir bereit sind, mit Marokko direkt zu verhandeln, um zu einem Waffenstillstand und damit zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Wir haben nichts dagegen, daß unser Volk seinen Willen erneut ausdrückt, aber die Aufnahme der DARS in die OAU hat nichts zu tun mit der Organisierung des Referendums.



Die Außenminister von Mauretanien, Angola, Libyen und der Vertreter der Arabischen Liga in Addis Abeba: Sie befürworten die Aufnahme der DARS in die OAU. An dieser Frage droht sich die Organisation für afrikanische Einheit zu spalten.

Proklamation der Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara

Im Namen des saharauischen Volkes und seinem Willen entsprechend ist die Fahne der DARS über Saguiat el Hamra und Rio de Oro gehißt worden. Die Gründung eines afrikanischen Staates wurde damit verkündet, dessen Rechtmäßigkeit in der Geschichte unseres Volkes und seiner Kultur, die auf den ganzen Maghreb ausgestrahlt hat, begründet ist. Ein Staat, dessen Kraft aus dem Glauben dieses Volkes an sein Recht auf ein Leben in Würde, auf die wirkliche Freiheit kommt und dessen

als Garantie für den Frieden und die' Sicherheit auf afrikanischer und internationaler Ebene.

Wir machen die UNO, die OAU sowie die Arabische Liga aufmerksam auf die geschichtliche Verantwortung, die sie gegenüber einem friedlichen Volk haben, das Opfer eines wirklichen Völkermords und des Versuchs, es auszurotten ist.

Gleichermaßen erinnern wir alle Völker der Welt an ihre Verantwortung und Pflicht, dieses angegriffene



Die Außenminister von Mauretanien, Angola, Libyen und der Vertreter der Arabischen Liga in Addis Abeba: Sie befürworten die Aufnahme der DARS in die OAU. An dieser Frage droht sich die Organisation für afrikanische Einheit zu spalten.

Proklamation der Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara

Im Namen des saharauischen Volkes und seinem Willen entsprechend ist die Fahne der DARS über Saguiat el Hamra und Rio de Oro gehißt worden. Die Gründung eines afrikanischen Staates wurde damit verkündet, dessen Rechtmäßigkeit in der Geschichte unseres Volkes und seiner Kultur, die auf den ganzen Maghreb ausgestrahlt hat, begründet ist. Ein Staat, dessen Kraft aus dem Glauben dieses Volkes an sein Recht auf ein Leben in Würde, auf die wirkliche Freiheit kommt und dessen
stärkste Waffe die Entschlossenheit ist.

Damit wird gleichzeitig eine neue Etappe im Kampf unseres Volkes, das heute gegen den Kolonialismus der benachbarten Brudervölker kämpft, eröffnet, nachdem es mit seinem heroischen Kampf die Phase des Kolonialismus des fremden Feindes beendet hat.

Heute hat unser Volk beschlossen, einen wichtigen Abschnitt in der Errichtung unserer grundlegenden Institutionen bekanntzugeben, die eine unerläßliche Grundlage sind für die Vollendung dieser Etappe unseres ununterbrochenen Kampfes für die Freiheit, und um unserem Volk zu ermöglichen, eine wirklich demokratische Macht auszuüben, die ihre Kraft aus der revolutionären Legalität schöpft.

Dem Willen unseres Volkes entsprechend, hat die Führung der F.Polisario in voller Übereinstimmung mit dem Provisorischen Nationalrat von Sahara die Bildung einer Regierung beschlossen. Sie übernimmt die Verantwortung für die Kontinuität des Kampfes und hält die Fahne des Befreiungskampfes hoch bis zum Sieg und bis gewährleistet ist, daß unser Volk in Frieden und Sicherheit leben kann, und um dadurch ihm und den anderen arabischen und afrikanischen Brudervölkern den Weg der Einheit und Befreiung zu eröffnen.

Wir bekräftigen erneut unser Festhalten an allen Prinzipien der Charten der Vereinten Nationen und der OAU. Wir erwähnen insbesondere die Prinzipien des Schutzes der Menschenrechte, der territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen,

als Garantie für den Frieden und die' Sicherheit auf afrikanischer und internationaler Ebene.

Wir machen die UNO, die OAU sowie die Arabische Liga aufmerksam auf die geschichtliche Verantwortung, die sie gegenüber einem friedlichen Volk haben, das Opfer eines wirklichen Völkermords und des Versuchs, es auszurotten ist.

Gleichermaßen erinnern wir alle Völker der Welt an ihre Verantwortung und Pflicht, dieses angegriffene
Volk zu unterstützen und das imperialistische Komplott, dessen Opfer es wurde, zum Scheitern zu bringen.

In diesem geschichtlichen Augenblick der Ausrufung der Regierung der DARS gleichzeitig in Algier, Tripolis, Tananarive, Conakry und Bujunbura, nachdem sie auf nationalem Territorium gebildet worden ist, bieten wir den Brudervölkern von Marokko und Mauretanien unsere Freundschaft an, um sie zu bitten, unseren Befreiungskampf zu unterstützen, und zu begreifen, daß die Zukunft den Völkern gehört. Wir appellieren an sie, unschuldiges Blut zu verschonen, indem sie die Beendigung eines Krieges fordern, der uns von ihrem Regime auferlegt wird, um fremden Interessen und persönlichen Ambitionen zu dienen.

Wir bringen allen Völkern und Staaten der Welt Freundschaft entgegen und bitten sie, unseren gerechten Kampf zu unterstützen und die DARS anzuerkennen. Wir bekräftigen unseren Wunsch nach Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung der nationalen Souveränität mit allen Staaten der Welt.

Wir sind entschlossen, unsern Kampf bis zum Sieg fortzusetzen, wie groß die Opfer auch sein mögen. Solange die Aggression anhält und unser Volk die Befreiung seines nationalen Territoriums nicht erreicht hat, wird dieses Land weder Frieden noch Stabilität kennen.

Amgala, 4. März 1976
Provisorischer Nationalrat von Sahara
F.Polisario

Schleichende Steuererhöhung

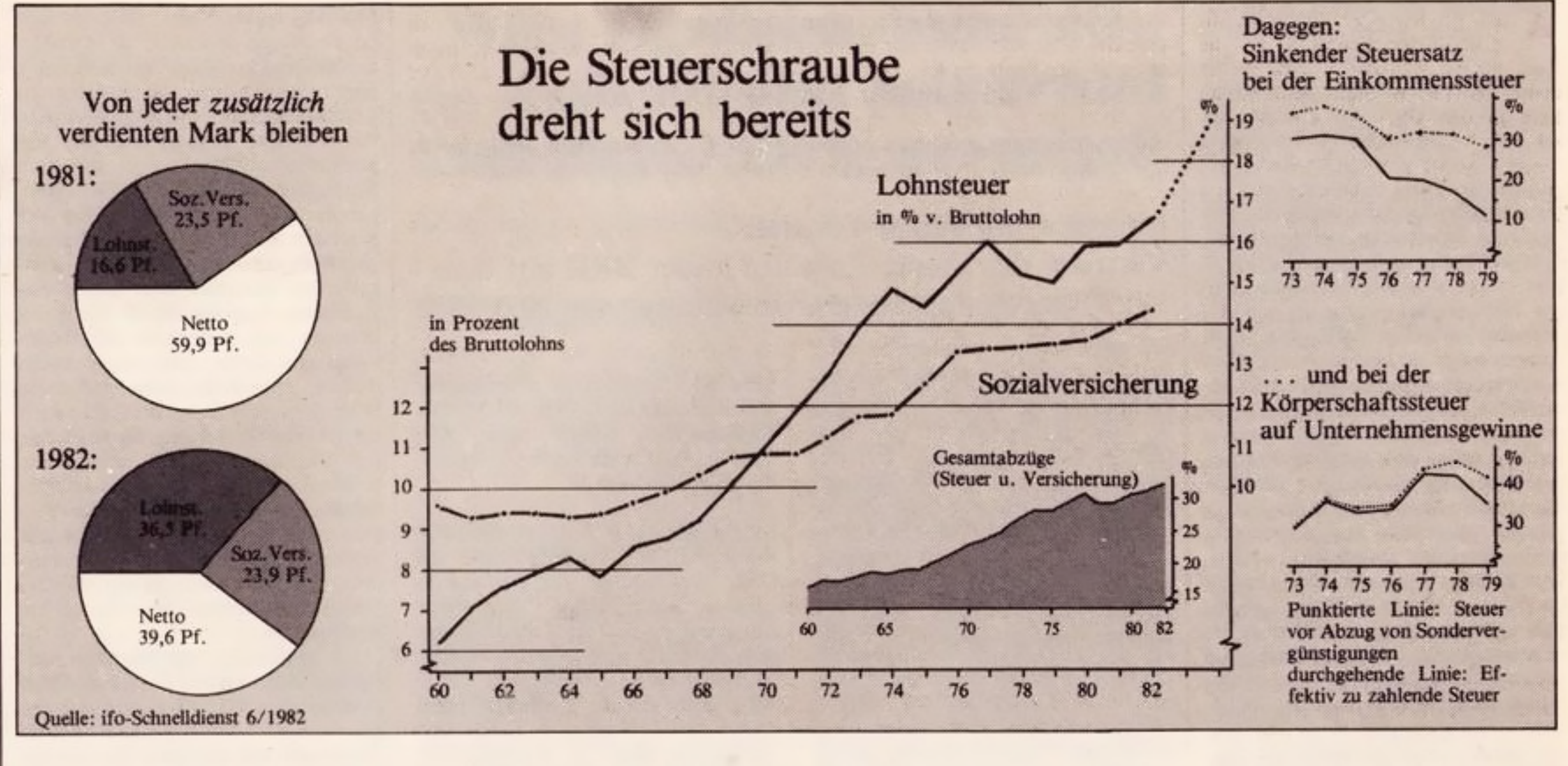
frb. Während sich die Regierung und die christliche Opposition noch über die Mehrwertsteuererhöhung streiten, freilich eigentlich bloß über den geeigneten Zeitpunkt und das Umfeld, findet in aller Stille eine viel größere Steuererhöhung bereits statt. Dieses Jahr nämlich schlägt die falsche Progression der Lohnsteuer wieder voll zu. Ohnehin schon zahlen jene Arbeiter, die jetzt 4,2% mehr Lohn kriegen, mehr Lohnsteuer, obwohl ihnen die Inflation nicht nur von der Lohnerhöhung nichts läßt, sondern auch noch den bisherigen Lohn real schmälert.

Doch dieses Jahr kommt es besonders dick. Von jeder Mark, die zusätzlich verdient wird, kassiert die Staatskasse (und die Kirche) im Durchschnitt 36,5 Pfennig, die Sozialversicherung nochmals 23,9 Pfennig. Knapp 40 Pfennig bleiben netto noch übrig.

Seit der ,,Jahrhundertreform" nimmt die Belastung durch die Lohnsteuer ständig zu, sie ist die tragende Säule der Staatseinnahmen. So werden heute bereits 32% vom Bruttolohn durch Lohnsteuer und Sozialversicherung abgezogen.

Eine ganz andere Entwicklung zeigt sich bei der Einkommenssteuer und bei der Körperschaftssteuer, die praktisch die Einkommenssteuer für Unternehmensgewinne ist. Hier wurde in den letzten Jahren eine solche Vielzahl von Vergünstigungen und Steuerabzugsbeträgen eingeführt, daß die effektive Belastung mit Einkommenssteuer 1979 auf 11,7% gesunken ist. Steuergutschriften bei der Dividendenzahlung schlagen ebenso zu Buche wie Investitionszulagen.

Dabei liegen neuere Zahlen als für 1979 nicht vor. Wie eine gesonderte Erhebung in Nordrhein-Westfalen ergeben hat, werden nämlich die gesetzlich eingeräumten Zahlungsfristen bei der Einkommenssteuer bis zu drei und mehr Jahren überschritten. Um rund 4,7 Mrd. DM werden dadurch die jährlichen Steuereinnahmen vermindert.



Quelle: ifo-Schnelldienst 6/1982

Die Woche im Rückblick

Die internationalen Ölkonzerne haben Nigeria als jenes Kettenglied erwählt, wo sie die OPEC am ehesten brechen zu können glauben. Eine ganze Reihe von ölexportierenden Ländern ist bereits in akute Zahlungsschwierigkeiten gekommen, weil sie nicht mehr die geplanten Mengen an Rohöl absetzen können. Die westlichen Mineralölkonzerne haben ein übriges dazu getan, indem sie letztes Jahr zunächst noch Öl auf Lager kauften, während ihr eigener Absatz bereits zurückging. Die OPEC blieb so zunächst im Unklaren über die wirkliche Nachfrage, während die Ölkonzerne sich nun zu einem Teil aus ihren Lagern versorgen. So werden die Absatzmöglichkeiten der ölproduzierenden Länder doppelt getroffen. Und Nigeria ist deshalb besonders gefährdet, weil es als eines der volkreichsten Ölländer die erwarteten Öleinnahmen für umfangreiche Entwicklungsprojekte verplant hat. Schon im Februar hatten die Ölkonzerne das Land mit einem Flüssiggasprojekt abblitzen lassen. Und nach der letzten OPEC-Konferenz kaufen sie Nigeria kurzerhand kaum noch Öl ab, so daß das Land seine Produktion binnen weniger Tage auf die Hälfte reduzieren mußte – mit der Hälfte der Einnahmen. Schreibt die ,,Financial Times": ,,Die wegen fehlender Verkäufe notwendige Kürzung der Produktion setzt die nigerianische Regierung erneut unter enormen Druck, die Verbindung zur OPEC abzubrechen und seinen Ölpreis zu senken." Saudi-Arabien hat daraufhin Nigeria zunächst finanzielle Unterstützung angeboten und nach der rasanten Verschärfung der Lage in der letzten Woche den Ölkonzernen seinerseits mit einem Lieferboykott gedroht, falls sie nicht mehr nigerianisches Öl abnehmen. Kuweit hat sich am 28.3. dieser Drohung angeschlossen. Die Ölkonzerne haben darauf bisher nur so reagiert, daß sie ihre völlige Unschuld bezüglich der Schwierigkeiten Nigerias behauptet haben.

Die Industrialisierung der Entwicklungsländer macht nur langsame Fortschritte. Dies geht aus einer Studie der Unctad hervor. Danach weisen zwar die meisten Industriezweige in den Entwicklungsländern deutlich höhere Wachstumsraten auf als die entsprechenden Industriezweige in den westlichen Industrieländern. Insgesamt aber ist der Anteil der Dritten Welt an der Weltproduktion von Industriegütern zwischen 1960 und 1980 nur von 6,2% auf 9,2% gestiegen. Bedeutende Veränderungen gab es ausgerechnet im Bergbau- und Rohstoffsektor. Hier erhöhten die Entwicklungsländer ihren Anteil an der Weltproduktion von 40,9% auf 67,5%.

Die Niederlande steigen aus dem westeuropäischen Gasgeschäft mit der Sowjetunion aus. Dies hat die Algemene Bank Nederland mitgeteilt, nachdem eine in monatelangen Verhandlungen ausghandelte Kreditvereinbarung mit der Sowjetunion zum 31.3. ungenutzt ausgelaufen ist. Der Kredit war bereitgestellt worden, um niederländische Materiallieferungen zum Bau der sowjetischen Gaspipeline zu finanzieren. Die niederländischen Unternehmen haben aber vergeblich auf Bestellungen aus Moskau gewartet. Ihre Regierung hatte die Beteiligung an dem Gasgeschäft von solchen Bestellungen abhängig gemacht. Angemerkt werden muß, daß die Niederlande selbst der größte Erdgaslieferant in Westeuropa sind.

bsc.Dortmund. Zur Zeit bilanzieren Vorstände und Aufsichtsräte der westdeutschen Stahlkonzerne ,,das schlechteste Stahljahr der letzten 30 Jahre". Thyssen beziffert den Verlust aus dem Stahlbereich großzügig auf 300 bis 400 Mio. DM, die bundeseigene Peine + Salzgitter AG weist in ihrer Bilanz einen Verlust von 173 Mio. DM aus dem Stahlbereich aus. Bei den Klöcknerwerken AG dürfte es sich in einer ähnlichen Größenordnung bewegen, da sie trotz Gewinnen aus der Verarbeitung und außerordentlichen Erträgen einen Konzernverlust von 86 Mio. DM melden. Da Hoesch und Krupp

Alte Schlotbarone in neuer Gemeinschaft

Hoesch-Hogoovens geplatzt, Hoesch-Krupp im Entstehen / Natürlich exportorientiert

dungen auf dem derzeitigen Hochzinsniveau gemacht werden mußten. Der negative Zinssaldo der fünf westdeutschen Stahlkonzerne wird sicherlich in 1981 die Milliardengrenze deutlich überschreiten.

Wenn dennoch seitens der Vorstände wieder ,,vorsichtiger Optimismus" verbreitet wird, liegt das vor allem an

Quartalsquote von 180000 Tonnen wurde übrigens mit Thyssen gegen eine entsprechende Menge Warmbreitband getauscht. Weiterhin soll in Laufe des Jahres in Dortmund der letzte Siemens-Martin-Ofen ausgehen plus einem kleinen Elektrostahlwerk, die zusammen eine Kapazität von rund 1,3 Mio. Jahrestonnen haben.

sen. Zur Zeit stockt die Bildung der Ruhrstahl AG wegen der Probleme um die ESTEL-Auflösung und die Eigentumsverhältnisse der zu gründenden Ruhrstahl AG.

Die ESTEL NV gründet sich auf den Grundvertrag und den Beherrschungsvertrag. Nach dem Grundlagenvertrag ist die ESTEL NV jeweils zu 50 Pro-

zwar, daß bei Fusionen der Aufsichtsrat der entsprechenden Muttergesellschaft entscheiden muß, aber Teilverkäufe liegen in den Kompetenz des Vorstandes. Darum wird der Hoesch-Vorstand im Sommer beschließen, einen Teil (mehr als 80 Prozent) an die neue Ruhrstahl AG zu verkaufen. Diese Lösung beinhaltet noch zwei Vorteile: erstens den formellen Vorwand, um ,,die schönen Töchter" – das heißt gewinnbringende Maschinenbau-Betriebe – draußen zu lassen, und zweitens erleichtert das formell die Möglichkeit, die Ruhrstahl AG schuldenfrei zu gründen, weil die Hoesch-Wer-

mensgewinne ist. Hier wurde in den letzten Jahren eine solche Vielzahl von Vergünstigungen und Steuerabzugsbeträgen eingeführt, daß die effektive Belastung mit Einkommenssteuer 1979 auf 11,7% gesunken ist. Steuergutschriften bei der Dividendenzahlung schlagen ebenso zu Buche wie Investitionszulagen.

Dabei liegen neuere Zahlen als für 1979 nicht vor. Wie eine gesonderte Erhebung in Nordrhein-Westfalen ergeben hat, werden nämlich die gesetzlich eingeräumten Zahlungsfristen bei der Einkommenssteuer bis zu drei und mehr Jahren überschritten. Um rund 4,7 Mrd. DM werden dadurch die jährlichen Steuereinnahmen vermindert.

von ölexportierenden Ländern ist bereits in akute Zahlungsschwierigkeiten gekommen, weil sie nicht mehr die geplanten Mengen an Rohöl absetzen können. Die westlichen Mineralölkonzerne haben ein übriges dazu getan, indem sie letztes Jahr zunächst noch Öl auf Lager kauften, während ihr eigener Absatz bereits zurückging. Die OPEC blieb so zunächst im Unklaren über die wirkliche Nachfrage, während die Ölkonzerne sich nun zu einem Teil aus ihren Lagern versorgen. So werden die Absatzmöglichkeiten der ölproduzierenden Länder doppelt getroffen. Und Nigeria ist deshalb besonders gefährdet, weil es als eines der volkreichsten Ölländer die erwarteten Öleinnahmen für umfangreiche Entwicklungsprojekte verplant hat. Schon im Februar hat-

ne Produktion binnen weniger Tage

Die Woche im Rückblick

auf die Hälfte reduzieren mußte – mit der Hälfte der Einnahmen. Schreibt die ,,Financial Times": ,,Die wegen fehlender Verkäufe notwendige Kürzung der Produktion setzt die nigerianische Regierung erneut unter enormen Druck, die Verbindung zur OPEC abzubrechen und seinen Ölpreis zu senken." Saudi-Arabien hat daraufhin Nigeria zunächst finanzielle Unterstützung angeboten und nach der rasanten

Drohung angeschlossen. Die Ölkonzerne haben darauf bisher nur so reagiert, daß sie ihre völlige Unschuld bezüglich der Schwierigkeiten Nigerias behauptet haben.

Die Industrialisierung der Entwicklungsländer macht nur langsame Fortschritte. Dies geht aus einer Studie der Unctad hervor. Danach weisen zwar die meisten Industriezweige in den Entwicklungsländern deutlich höhere Wachstumsraten auf als die entsprechenden Industriezweige in den westlichen Industrieländern. Insgesamt aber ist der Anteil der Dritten Welt an der Weltproduktion von Industriegütern zwischen 1960 und 1980 nur von 6,2% auf 9,2% gestiegen. Bedeutende Veränderungen gab es ausgerechnet im

Die Niederlande steigen aus dem westeuropäischen Gasgeschäft mit der Sowjetunion aus. Dies hat die Algemene Bank Nederland mitgeteilt, nachdem eine in monatelangen Verhandlungen ausghandelte Kreditvereinbarung mit der Sowjetunion zum 31.3. ungenutzt ausgelaufen ist. Der Kredit war bereitgestellt worden, um niederländische Materiallieferungen zum Bau der sowjetischen Gaspipeline zu finanzieren. Die niederländischen Unternehmen haben aber vergeblich auf Bestellungen aus Moskau gewartet. Ihre Regierung hatte die Beteiligung an dem Gasgeschäft von solchen Bestellungen abhängig gemacht. Angemerkt werden muß, daß die Niederlande selbst der größte Erdgaslieferant in Westeuropa sind.

Alte Schlotbarone in neuer Gemeinschaft

Hoesch-Hogoovens geplatzt, Hoesch-Krupp im Entstehen / Natürlich exportorientiert

bsc.Dortmund. Zur Zeit bilanzieren Vorstände und Aufsichtsräte der westdeutschen Stahlkonzerne ,,das schlechteste Stahljahr der letzten 30 Jahre". Thyssen beziffert den Verlust aus dem Stahlbereich großzügig auf 300 bis 400 Mio. DM, die bundeseigene Peine + Salzgitter AG weist in ihrer Bilanz einen Verlust von 173 Mio. DM aus dem Stahlbereich aus. Bei den Klöcknerwerken AG dürfte es sich in einer ähnlichen Größenordnung bewegen, da sie trotz Gewinnen aus der Verarbeitung und außerordentlichen Erträgen einen Konzernverlust von 86 Mio. DM melden. Da Hoesch und Krupp mit dem Kalenderjahr bilanzieren, liegen die entsprechenden Zahlen noch nicht vor. Bei Hoesch dürften die Verluste aus dem Stahlbereich in der Größenordnung von Thyssen liegen und bei Krupp etwas oberhalb von P + S und Klöckner.

Als Hauptursachen werden einheitlich angeführt:
- rückläufige Stahlproduktion;
- sehr niedrige Verkaufspreise;
- gestiegene Materialkosten;
- wachsender Zinsaufwand.

1981 wurden in der Bundesrepublik 41,9 Mio. Tonnen Rohstahl produziert. Das sind zwei Mio. Tonnen weniger als im Vorjahr. Im Boomjahr 1974 wurden in Westdeutschland 53,2 Mio. Tonnen Rohstahl produziert. Da im Zeitraum 1974 bis 1981 die Hütten- und Walzwerkskapazitäten noch erweitert wurden, lag der Auslastungsgrad zwischen 60 und 70 Prozent.

Als im Sommer 1980 das freiwillige Quoten- und Mindestpreis-Kartell Eurofer platzte, versuchten alle Stahlkonzerne mit Dumping-Preisen Marktanteile zu halten bzw. zu gewinnen. Bis zum Sommer 1981 lagen die Marktpreise für Walzstahlfertigerzeugnisse im Schnitt 30 Prozent unter den Preisen auf dem US-Markt.

Vor allem die Erzpreise, aber auch Schrott- und Energiekosten sind in zwei Jahren um rund 30 Prozent gestiegen. Da 1981 ja nicht das erste schlechte Stahljahr, sondern der vorläufige Höhepunkt der seit 1975 schwelenden Stahlkrise war, stieg die Verschuldung: die Diversifikations-Käufe seit 1975 wurden aus langfristigen Krediten getätigt, dazu kamen dann die laufenden Verluste, so daß zusätzlich Umschuldungen auf dem derzeitigen Hochzinsniveau gemacht werden mußten. Der negative Zinssaldo der fünf westdeutschen Stahlkonzerne wird sicherlich in 1981 die Milliardengrenze deutlich überschreiten.

Wenn dennoch seitens der Vorstände wieder ,,vorsichtiger Optimismus" verbreitet wird, liegt das vor allem an den seit Sommer 1981 steigenden Stahlpreisen und sinkenden Personalkosten. Seit dem 1.7.1981 wurden die Preise insgesamt 5 mal um zusammen im Durchschnitt 240 DM je to erhöht. Das sind etwa 30 Prozent Preiserhöhung. Die Personalkosten sanken infolge des Belegschaftsabbaus und real sinkender Löhne. Allein die Hoesch-Werke verringerten ihre Lohnkosten 1981 gegenüber dem Vorjahr um absolut 147 Mio. DM.

Das 1. Quartal 1982 brachte für alle Stahlkonzerne das Ende der Verlustzone. Alle erwarten für das laufende Jahr Gewinne aus dem Stahlbereich.

Sanierung durch höhere Preise, Kapazitätsabbau und Straffung

Nach den Plänen der Stahlkonzerne soll das Jahr 1982 folgende Kennzeichen haben:
- Verringerung der Kapazitäten vor allem im Hütten- und Walzwerksbereich mit weiterem Belegschaftsabbau und entsprechender Lohnkostensenkung;
- Modernisierung vor allem im Hüttenbereich zwecks Senkung der Materialkosten'
- die Hoesch-Krupp-Fusion zur Ruhrstahl AG, wodurch sich die beiden erstgenannten Maßnahmen potenziert anwenden lassen.

Mit der Explosion am Hochofen des Schalker Vereins in Gelsenkirchen kann Thyssen den Abgang des letzten Hochofens zwischen Duisburg und Dortmund einige Monate früher als geplant verbuchen. Im Januar wurde in Dortmund die Grobblechstraße mit einer Jahreskapazität von einer runden Million Tonnen stillgelegt. Die EG-Quartalsquote von 180000 Tonnen wurde übrigens mit Thyssen gegen eine entsprechende Menge Warmbreitband getauscht. Weiterhin soll in Laufe des Jahres in Dortmund der letzte Siemens-Martin-Ofen ausgehen plus einem kleinen Elektrostahlwerk, die zusammen eine Kapazität von rund 1,3 Mio. Jahrestonnen haben.

Dieses Jahr wird das Ende der Simens-Martin-Ära sein. Neben Hoesch legen Krupp und Klöckner ihre letzten SM-Werke still. Die letzten beiden bauen dafür moderne Oxygenstahlwerke mit verringerter Kapazität. Die Modernität besteht technologisch darin, daß der Energieaufwand je Tonne wesentlich niedriger ist und das Einsatzverhältnis von Roheisen und Schrott sehr flexibel ist, so daß je nach Marktpreisen für Erz und Schrott ein kostengünstiges Verhältnis gewählt werden kann. Weitere Energgieeinsparungen werden durch Straffung des Lay-Out der Stahlwerke angestrebt. In Dortmund soll das z.B. so aussehen, daß von der Sinteranlage, über Hochofen, Strangießanlage, Warmbreitbandstraße, Kaltwalzwerk, Durchlaufglühe, weitere Oberflächenveredelung ein Produktionsfluß erreicht wird, der praktisch auf der ersten Hitze des Hochofens basiert.

Die Ruhrstahl AG: potenzierter Kahlschlag

Mit der Ruhrstahl AG sollen vor allem Synergie-Effekte genutzt werden. Das heißt in den Bereichen Metallurgie, Profil- und Flachstahl, oberflächenbeschichtete Bleche und Freiform-Schmiede wird die Produktion jeweils auf weniger bzw. ein Werk konzentriert. Neben den metallurgischen Bereichen in Dortmund und Bochum sind davon vor allem kleinere Walzwerke im südwestfälischen und Siegener Raum betroffen, die zugunsten von Werken in Duisburg, Bochum und Dortmund stillgelegt werden sollen.

Das Investitionsprogramm beläuft sich auf 4,5 Mrd. DM zu heutigen Preisen. Zur Zeit stockt die Bildung der Ruhrstahl AG wegen der Probleme um die ESTEL-Auflösung und die Eigentumsverhältnisse der zu gründenden Ruhrstahl AG.

Die ESTEL NV gründet sich auf den Grundvertrag und den Beherrschungsvertrag. Nach dem Grundlagenvertrag ist die ESTEL NV jeweils zu 50 Prozent im Besitz der Hoesch AG und von Hogoovens, die beide arbeitnehmerlos sind. Die ESTEL NV besitzt zu 100 Prozent zwei Betriebsführungsgesellschaften die Hoesch Werke AG und die Hogoovens Stahlfabrikens. Der Beherrschungsvertrag beinhaltet im Kern, daß alle Gewinne der Betriebsführungsgesellschaften an ESTEL NV abgeführt werden müssen. Daraus folgt, daß alle größeren Investitionsentscheidungen vom ESTEL-Vorstand bzw. Aufsichtsrat getroffen wurden. Auf seiner Sitzung im Februar hat der Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG den Beherrschungsvertrag gekündigt mit der Begründung, daß die ESTEL NV die Verluste von rund 1,7 Mrd. DM aus 1979 und 1980 nicht übernommen hat. Schon zu Jahresbeginn waren die vereinbarten Vormaterial-Lieferungen von Holland nach Dortmund (im Vorjahr 400000 t) abbestellt worden.

Die Kündigung des Beherrschungsvertrages war nur möglich, weil die Deutsche Bank erklärt hatte, daß sie für alle Kredite von Hoesch bürge und eine notwendige weitere Kreditlinie sichere.

Der Auflösungsstreit konzentriert sich auf zwei Punkte: wie werden die aufgelaufenen ungedeckten Schulden von 2,8 Mrd. DM und wie die Produktionsquoten geteilt?

Nebenbei beweist das bürgerliche Recht erneut seine außerordentliche Anpassungsfähigkeit. Denn ,,eigentlich" bedürfte eine Hoesch-Krupp-Fusion der Zustimmung des ESTEL-Aufsichtsrates, der paritätisch besetzt ist, so daß Hogoovens eigentlich die Fusion blockieren kann.

Das deutsche Aktienrecht bestimmt zwar, daß bei Fusionen der Aufsichtsrat der entsprechenden Muttergesellschaft entscheiden muß, aber Teilverkäufe liegen in den Kompetenz des Vorstandes. Darum wird der Hoesch-Vorstand im Sommer beschließen, einen Teil (mehr als 80 Prozent) an die neue Ruhrstahl AG zu verkaufen. Diese Lösung beinhaltet noch zwei Vorteile: erstens den formellen Vorwand, um ,,die schönen Töchter" – das heißt gewinnbringende Maschinenbau-Betriebe – draußen zu lassen, und zweitens erleichtert das formell die Möglichkeit, die Ruhrstahl AG schuldenfrei zu gründen, weil die Hoesch-Werke formell bestehen bleiben.

Ein erheblicher Teil des Ruhrstahl-Investitionsprogramms soll bekanntlich mit staatlichen Mitteln bzw. Bürgschaften abgewickelt werden. Die Durchlaufglühe (aktueller Preis rund 300 Mio. DM) soll im Sommer in Dortmund in Bau gehen. Bundeskanzler Helmut Schmidt soll angewiesen haben, daß sie außerhalb des Stahlprogramms aus den Mitteln für das einstmals geplante Ersatzstahlwerk finanziert werden wird.

Fazit: neue Überkapazitäten und riskante Exportpolitik

Abgesehen vom Belegschaftskahlschlag, Lohnsenkungen und Arbeitsverdichtung (worüber noch im Einzelnen zu berichten sein wird), stimmen auch die übrigen Sanierungsmaßnahmen nicht optimistisch. Zwar werden Rohstahlkapazitäten abgebaut, aber im Walzwerksbereich steckt dahinter eine drastische Verringerung des Profilbereichs zugunsten von Flachstahl, wo weitere Überkapazitäten noch geschaffen werden. Darüberhinaus wird die Produktpalette insgesamt exportorientiert geordnet. Als Musterknaben gelten hier Mannesmann und die Dillinger Hütte, die als einzige Stahlproduzenten beträchtliche Dividenden ausschütteten im ,,schlechtesten Stahljahr der letzten 30 Jahre". Mannesmann lebt zum großen Teil vom Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion. Die Dillinger AG lastet ihre Grobblechstraße – wie ein offenes Geheimnis besagt – mit den Panzerblechen für den russischen T 84 aus. Eine solche Stahlpolitik scheint doch mit einigen Risiken behaftet zu sein.

Zur wirtschaftlichen Lage im Frühjahr 1982

Kapitalistische Krise ohne Ende

Wie zu Beginn eines jeden Quartals geben wir auch in dieser Nummer eine geraffte Zusammenfassung der wichtigsten wirtschaftlichen Daten. Wir stützen uns dabei auf die Veröffentlichungen der einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Von Friedemann Bleicher

Auch der letzte Schrei kapitalistischen Krisenmanagements, die Reaganomics, nähert sich selbst immer mehr der Pleite. Statt Aufschwung kam in den USA der erneute Abschwung. So schreibt etwa das dem Siemens-Konzern verbundene Ifo-Institut in München: ,,Das Ausmaß der Rezession dürfte vor allem für diejenigen überraschend sein, die leichtfertig an den raschen Erfolg des neoklassischen, angebotsorientierten Konzepts der neuen Regierung geglaubt hatten.''

Der Krach im eigenen Lager kann da nicht ausbleiben. Anfang März hat mit dem ,,Business Roundtable'', ein Kreis erlauchtester amerikanischer Industriemanager unter Vorsitz des Exxon-Chefs Clifton Garvin zu New York, erstmals die Industrie nach einer Änderung von Reagans Wirtschaftspolitik gerufen. Die Steuersenkungen, Kernstück der neuen Politik, sollten nicht im geplanten Ausmaß vorgenommen werden, um das klaffende Haushaltsloch zu verkleinern.

Ausweglos also scheint die weltwirtschaftliche Situation zu Beginn des Jahres 1982. Die USA sind erneut in eine schwere Krise geraten, in den westeuropäischen Ländern dauert die Stagnation an, in Japan ist die Lage auch bloß vergleichsweise gut. Das Wachstum des Sozialprodukts wird für diese Länder zusammengenommen nur etwa ein Prozent betragen, und selbst diesen bescheidenen Zuwachs und mehr werden sich die Kapitalisten aneignen.

Als neues Element der Weltkrise kommt hinzu, daß die seit langem schwelende Krise in den Ländern des RGW nunmehr offen hervorbricht. Zu einem Teil war sie ökonomisch durch hohe Westverschuldung kaschiert worden, und es ist kein Wunder, daß der Zusammenbruch jetzt dort am einschneidendsten ist, wo die Verschuldung am höchsten war. Der polnische Staatsbankrott hat auch in dieser Hinsicht bloßgelegt, was schon lange am Gären war. Die westlichen Industrieländer sind von dieser Entwicklung vor allem durch das hohe Engagement ihrer Banken und die Handelsbeziehungen einiger Großkonzerne getroffen.

Und schließlich werden auch die Entwicklungsländer tiefer denn je in den Strudel der von den Metropolen ausgehenden Krise gezogen. Nach wie vor ist gerade ihre Industrie und sind gerade ihre Entwicklungsvorhaben von der Finanzierung durch Rohstoffexporte abhängig. Und aufgrund der Krise in den Industrieländern sinken die Erlöse aus den Rohstoffverkäufen sowohl wegen des geringen Absatzes wie auch wegen der sinkenden Rohstoffpreise. Kennzeichnend hierfür steht, daß die ölexportierenden Länder erstmals ihre Preise zurücknehmen mußten und weniger Öl absetzen können, als sie in ihren ganzen Finanzplanungen unterstellt hatten. Einige befinden sich bereits in ernsthaften Zahlungs-

Als neues Element der Weltkrise kommt hinzu, daß die seit langem schwelende Krise in den Ländern des RGW nunmehr offen hervorbricht. Zu einem Teil war sie ökonomisch durch hohe Westverschuldung kaschiert worden, und es ist kein Wunder, daß der Zusammenbruch jetzt dort am einschneidendsten ist, wo die Verschuldung am höchsten war. Der polnische Staatsbankrott hat auch in dieser Hinsicht bloßgelegt, was schon lange am Gären war. Die westlichen Industrieländer sind von dieser Entwicklung vor allem durch das hohe Engagement ihrer Banken und die Handelsbeziehungen einiger Großkonzerne getroffen.

Und schließlich werden auch die Entwicklungsländer tiefer denn je in den Strudel der von den Metropolen ausgehenden Krise gezogen. Nach wie vor ist gerade ihre Industrie und sind gerade ihre Entwicklungsvorhaben von der Finanzierung durch Rohstoffexporte abhängig. Und aufgrund der Krise in den Industrieländern sinken die Erlöse aus den Rohstoffverkäufen sowohl wegen des geringen Absatzes wie auch wegen der sinkenden Rohstoffpreise. Kennzeichnend hierfür steht, daß die ölexportierenden Länder erstmals ihre Preise zurücknehmen mußten und weniger Öl absetzen können, als sie in ihren ganzen Finanzplanungen unterstellt hatten. Einige befinden sich bereits in ernsthaften Zahlungs-

schwierigkeiten.

Und an keinem dieser Punkte ist eine Wende in Sicht. In den **Vereinigten Staaten von Amerika** steht nunmehr fest, daß sich das Land in der schwersten Krise der Nachkriegszeit befindet. Im Januar ist die Industrieproduktion nochmals um 8% gesunken, die Sachkapazitäten waren noch zu 70% ausgelastet. Damit ist die Erholungsphase nach der Krise Anfang 1980 mit nur zwölf Monaten Dauer die kürzeste der Nachkriegszeit. Noch nie zuvor ist eine Krise so rasch auf die vorige gefolgt, bei gleichzeitig andauernder hoher Arbeitslosigkeit, kaum nachlassender Inflation, einem astronomischen Haushaltsdefizit und fortdauernd hohen Zinsen.

Tatsächlich hat sich die Reagansche Politik mittlerweile selbst als Krisenverschärfer ersten Ranges entpuppt. Dazu muß man sich die Auswirkungen des hohen Zinsniveaus und dessen Ursachen vor Augen halten.

Die hohen Zinsen halten die Unternehmen von kreditfinanzierten Einkäufen ab und schmälern ihren Gewinn, ohne den sie sich nicht rühren. Immerhin sind die Netto-Zinszahlungen der privaten Unternehmen in den letzten drei Jahren von 120 auf 220 Mrd. $, also um mehr als 80% angestiegen, während die Unternehmensgewinne stagnierten.

Nun war die Behauptung Reagans, durch Steuersenkungen, die ja besonders den Besitz betreffen, würden den Unternehmen die Mittel zugeführt, die sie zu Neuinvestitionen veranlassen werden. Ausgehend von diesen Investitionen sollte der eine Kapitalist dem anderen wieder mehr und mehr abkaufen, eine allgemeine Blüte war versprochen, in der dann mit der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskraft auch für die Arbeiter wieder etwas abfallen sollte. Schon damals mußte klar sein, daß diese Strategie auf bloßer Spekulation beruhte. Heute darf dies in wissenschaftlichen Publikationen auch ausgesprochen werden.

So schreibt das Ifo-Institut: ,,Dem stand schon damals die Erfahrung entgegen, daß sich bei so unsicheren konjunkturellen Aussichten realistisch kalkulierende Unternehmener durch steuerliche Anreize nicht zu Investitionen verführen lassen (dürfen), die in dieser Situation unabsehbare Risiken bergen – bis hin zur Gefährdung der Unternehmen durch Fehlinvestitionen und Überschuldung, insbesondere bei exorbitanten Zinskosten.''

Weshalb auch hätten die Unternehmen investieren sollen, da doch bereits zu Beginn der Steuersenkung ein Viertel ihres Maschinenparks unbeschäftigt war. Zumal eben die Zinsen hoch blieben, diese aber gezahlt werden müssen, auch wenn der erhoffte Profit auf die Neuinvestitionen ausbleibt.

Wobei noch zu ergänzen ist, daß die hohen Zinsen auch die Nachfrage im Wohnungsbau, bei Automobilen oder teuren Haushaltsreinrichtungen, die zu einem erheblichen Teil auf Kredit gekauft werden, dämpfen.

Und nun schließt sich der Teufelskreis ein Stückchen weiter. Denn die Steuersenkungen rissen ja ein Loch in den Staatshaushalt. Dieses sollte – neben den Kürzungen im Sozialetat – dadurch finanziert werden, daß die dank der unterstellten Wirtschaftsblüte wieder gestiegenen Gewinne und Einkommen trotz dem niedrigeren Steuer*satz* der Summe nach zusätzliche Steuereinnahmen abwerfen sollten.

Bekanntlich hat sich statt der Blüte eine neuerliche Krise eingefunden, die zu versteuernden Gewinne und Einkommen sind nicht gestiegen. Die Staatseinnahmen sind damit noch wei-

Wie zu Beginn eines jeden Quartals geben wir auch in dieser Nummer eine geraffte Zusammenfassung der wichtigsten wirtschaftlichen Daten. Wir stützen uns dabei auf die Veröffentlichungen der einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Von Friedemann Bleicher

war. Zumal eben die Zinsen hoch blieben, diese aber gezahlt werden müssen, auch wenn der erhoffte Profit auf die Neuinvestitionen ausbleibt.

Wobei noch zu ergänzen ist, daß die hohen Zinsen auch die Nachfrage im Wohnungsbau, bei Automobilen oder teuren Haushaltsreinrichtungen, die zu einem erheblichen Teil auf Kredit gekauft werden, dämpfen.

Und nun schließt sich der Teufelskreis ein Stückchen weiter. Denn die Steuersenkungen rissen ja ein Loch in den Staatshaushalt. Dieses sollte – neben den Kürzungen im Sozialetat – dadurch finanziert werden, daß die dank der unterstellten Wirtschaftsblüte wieder gestiegenen Gewinne und Einkommen trotz dem niedrigeren Steuer*satz* der Summe nach zusätzliche Steuereinnahmen abwerfen sollten.

Bekanntlich hat sich statt der Blüte eine neuerliche Krise eingefunden, die zu versteuernden Gewinne und Einkommen sind nicht gestiegen. Die Staatseinnahmen sind damit noch wei-

ter über die unmittelbaren Auswirkungen der Steuersenkungen hinaus gesunken. Nur so ist die einmalige Explosion des Haushaltsdefizits zu erklären.

Und damit schließt sich der Kreis. Denn dieses Loch im Haushalt, das etwa das dreifache der Planansätze betragen wird, muß jetzt durch Aufnahme von Staatskrediten finanziert werden. Morgan Guaranty, eine amerikanische Großbank, rechnet für 1982 mit einem staatlichen Kreditbedarf von 190 Mrd. $ gegenüber 115 Mrd. $ der Unternehmen. Es ist klar, daß eine solch massive Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte ihrerseits das Zinsniveau nach oben treibt.

Zwar ist es falsch, hohe Zinsen für den Ausbruch der Krise verantwortlich zu machen, weil diese bloß auf die Stockung der Produktion *reagieren*. Und mit niedrigeren Zinsen läßt sich kein Kapitalist zu Investitionen bewegen, wenn ihm kein Profit winkt. Andererseits aber sind niedrige Zinsen eine *Voraussetzung* dafür, daß die Unternehmen, nachdem das überschüssige Kapital entwertet ist, wieder ins Zeug gehen. Kommen sie nicht an billige Kredite, so ist eine neue Krise unausweichlich. Und eben dies ist offenbar in den USA geschehen und überträgt sich mit Abstrichen über den Zusammenhang des Weltmarkts auch auf die anderen Länder.

In **Großbritannien** hat sich die Industrieproduktion von Mitte 1979 bis August 1981 um insgesamt 14% verringert. Seither scheint die Produktion nicht mehr weiter gesunken zu sein, aber auch eine Erholung ist nicht in Sicht. So wird auch die Zahl der Arbeitslosen, die im Januar 3 Millionen erreicht hat, nicht zurückgehen. In aller Offenheit kündigte denn auch der Minister für parlamentarische Angelegenheiten kürzlich seinen Landsleuten an, ihr Lebensstandard werde in den kommenden Jahren weiter sinken.

Frankreich unterscheidet sich von allen anderen Ländern dadurch, daß die Sozialistische Regierung es hier mit einer Politik nach dem Muster ,,Keynes'' versucht. Zusätzliche staatliche Ausgaben, unterstützt durch eine expansive Investitionspolitik der verstaatlichten Unternehmen, sollen zusätzliche Nachfrage schaffen und von dieser Seite die Krise überwinden. Allerdings bleibt damit auch die Inflation hoch, die Arbeitslosigkeit folgt ausländischem Vorbild und die Regierung hält sich bei der Erfüllung ihrer Versprechen gegenüber den Gewerkschaften immer mehr zurück.

In **Westdeutschland** berichten die Wirtschaftsinstitute von einer ,,merklichen Verschlechterung des Geschäftsklimas zu Jahresbeginn''. Die Investitionsplanungen sind noch zurückhaltender als Anfang 1981, und von den geplanten Investitionen dienen 53% vornehmlich der Rationalisierung, 28% der Ersatzbeschaffung und bloß 19% vor allem der Kapazitätserweiterung. Letztere Sorte Investitionen hatte letztes Jahr noch einen Anteil von 34%.

Maßgeblich für die vornehme Zurückhaltung der Kapitalisten ist ihre Abhängigkeit von den Launen des Weltmarkts. Schon im letzten Jahr hat sie bloß der Export über die Runden gerettet. (Siehe dazu die Schaubilder) Ein steigender Dollarkurs ist den westeuropäischen Exporteuren im letzten Jahr segensreich entgegengekommen. Ihre Waren sind dadurch gegenüber dem Dollarbereich billiger geworden, wobei die westdeutschen am besten abgeschnitten haben. Im letzten Vierteljahr 1981 verbuchten sie einen wahren Exportrekord.

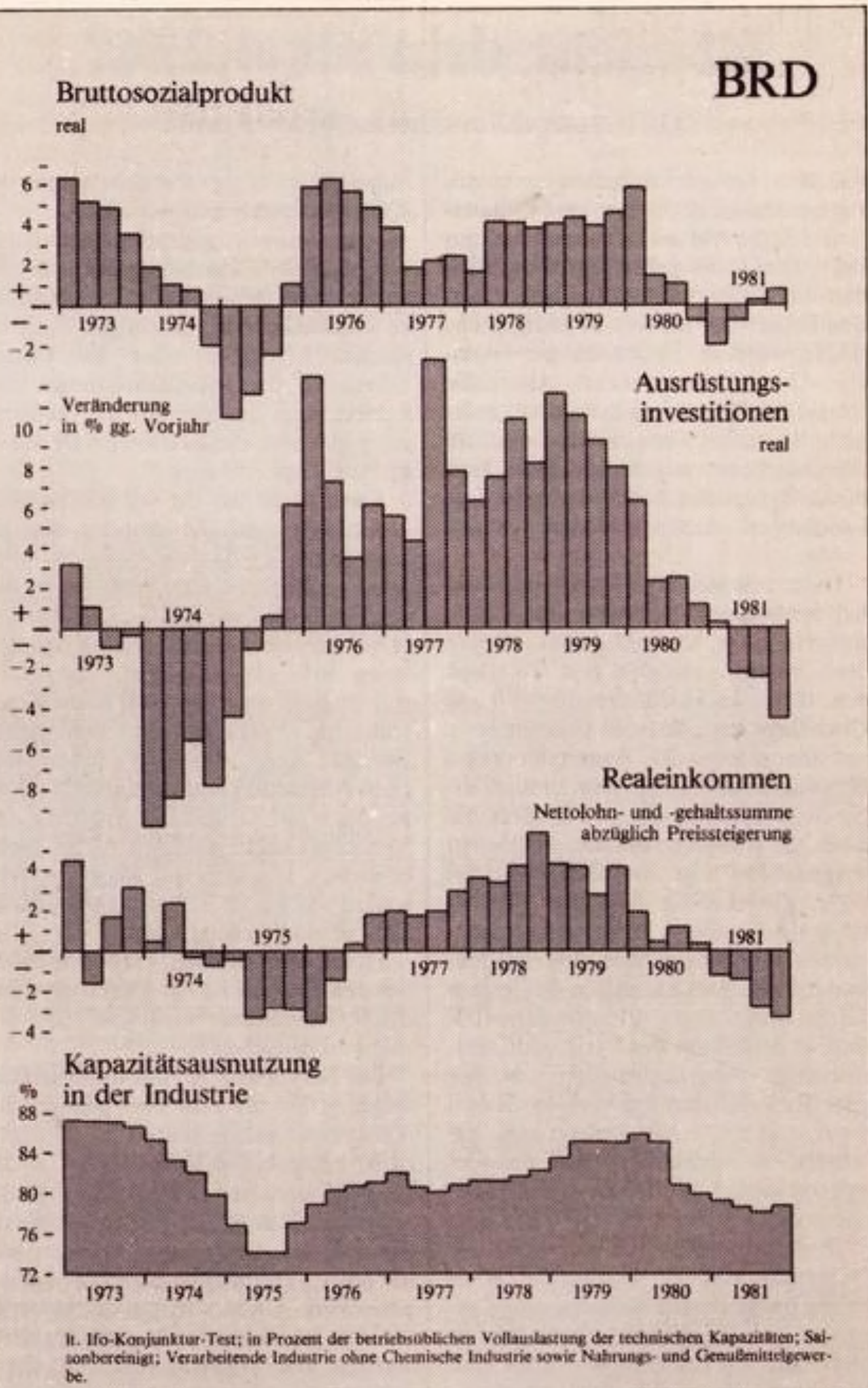
chen Verschlechterung des Geschäftsklimas zu Jahresbeginn''. Die Investitionsplanungen sind noch zurückhaltender als Anfang 1981, und von den geplanten Investitionen dienen 53% vornehmlich der Rationalisierung, 28% der Ersatzbeschaffung und bloß 19% vor allem der Kapazitätserweiterung. Letztere Sorte Investitionen hatte letztes Jahr noch einen Anteil von 34%.

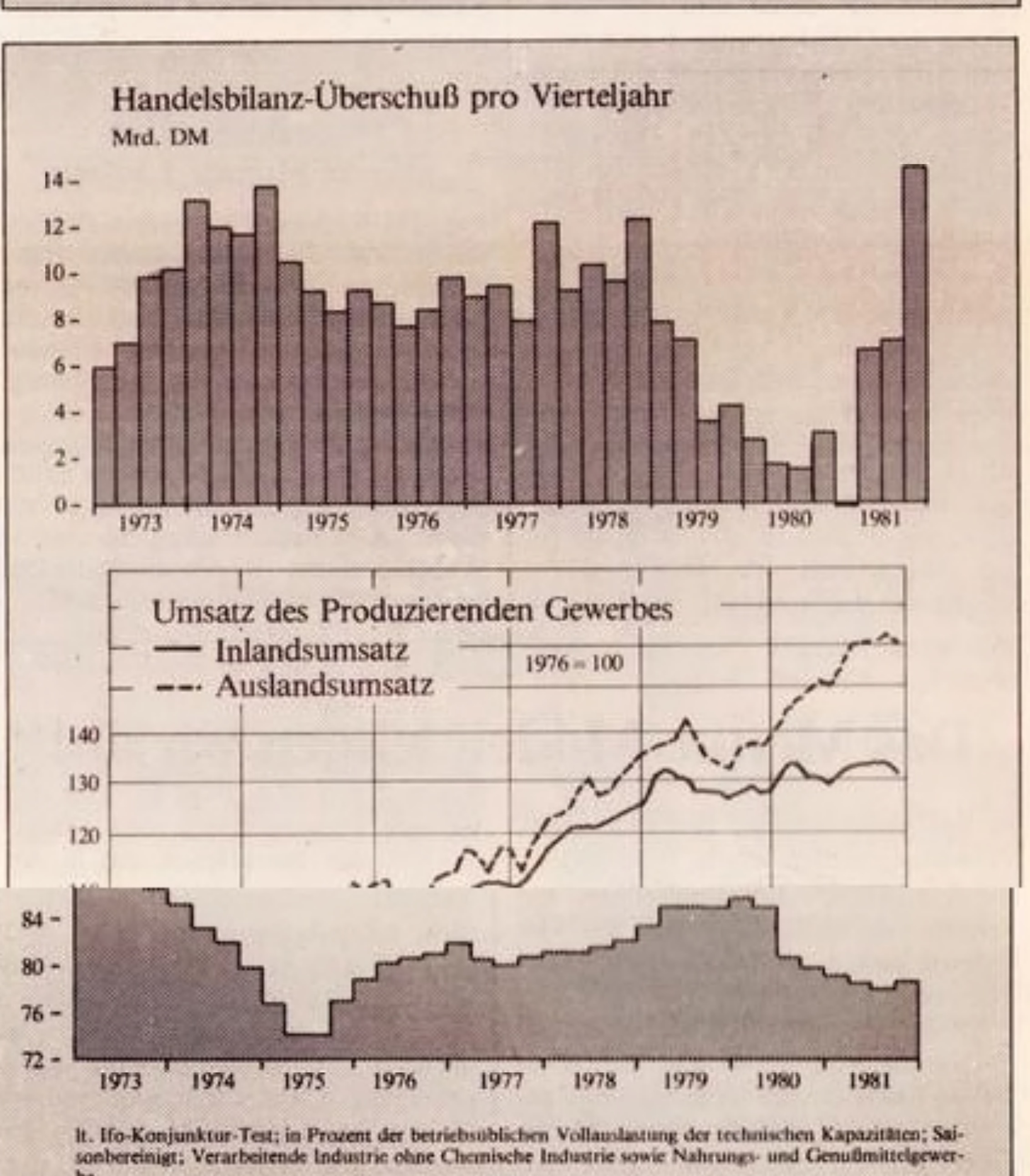
Maßgeblich für die vornehme Zurückhaltung der Kapitalisten ist ihre Abhängigkeit von den Launen des Weltmarkts. Schon im letzten Jahr hat sie bloß der Export über die Runden gerettet. (Siehe dazu die Schaubilder) Ein steigender Dollarkurs ist den westeuropäischen Exporteuren im letzten Jahr segensreich entgegengekommen. Ihre Waren sind dadurch gegenüber dem Dollarbereich billiger geworden, wobei die westdeutschen am besten abgeschnitten haben. Im letzten Vierteljahr 1981 verbuchten sie einen wahren Exportrekord.

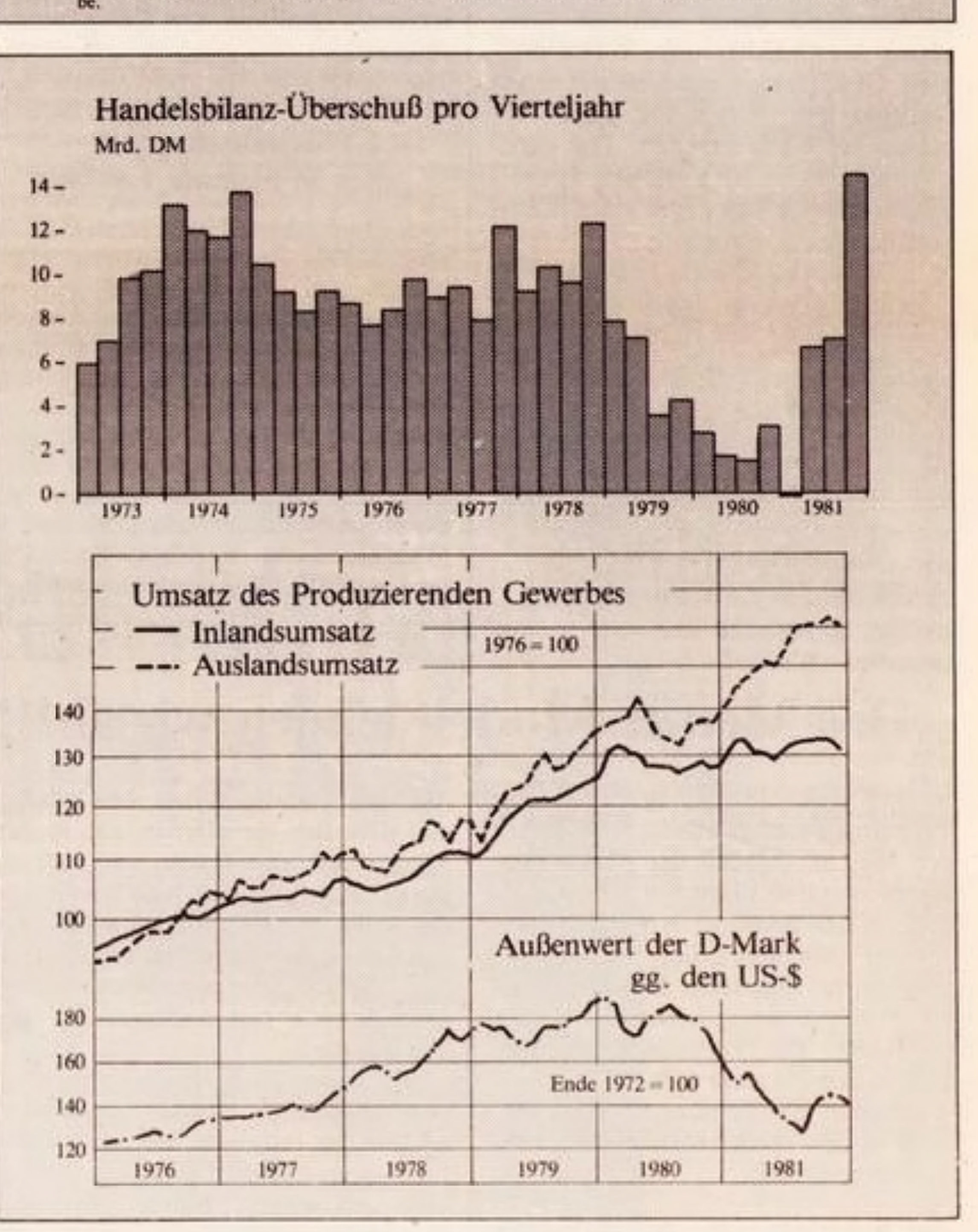
Die höchsten Steigerungsraten wiesen die Exporte in die USA und in die OPEC-Länder auf. Gerade diese Absatzmärkte aber sind jetzt besonders gefährdet.

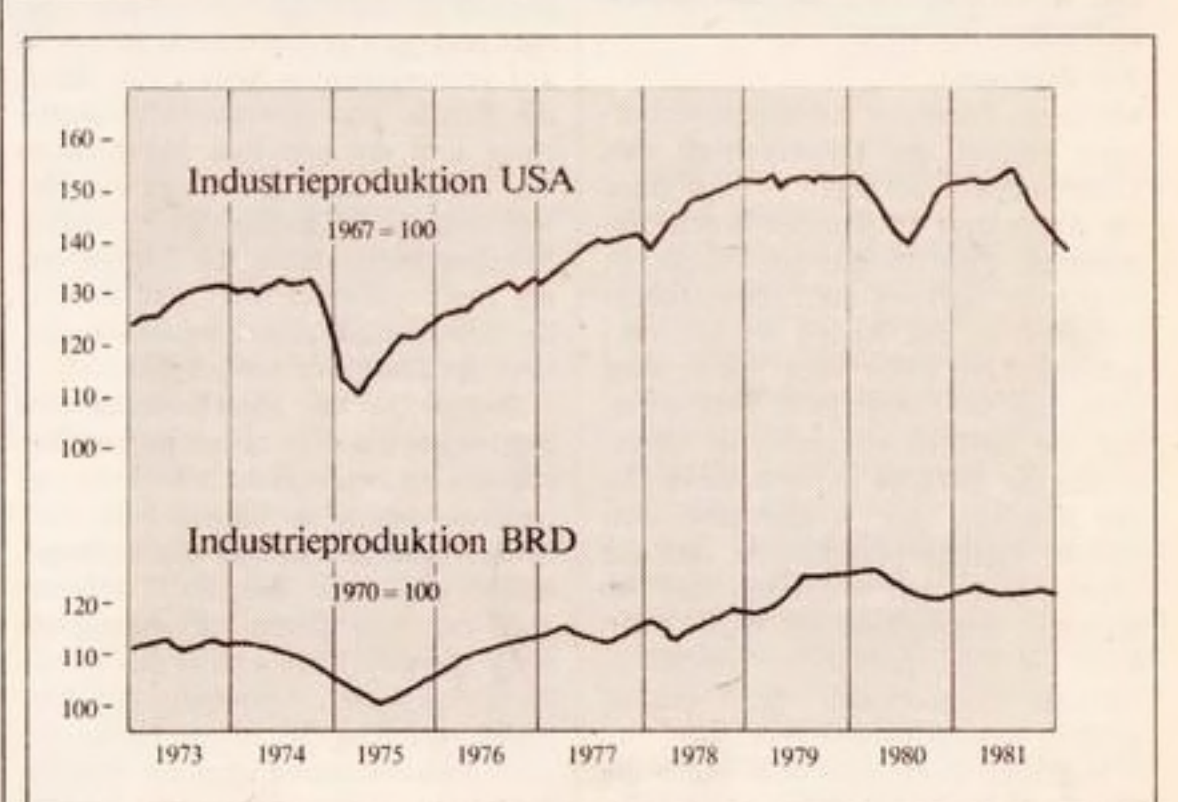
Außerdem wurden durch die Ausrichtung auf den Export die schon bestehenden Disproportionen zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft noch verschärft. Die Investitionsgüter herstellende Industrie, die Hauptträger des Exportbooms war, wurde weiter gegenüber den anderen Bereichen, insbesondere gegenüber der Konsumgüterindustrie, aufgebläht. Sie wird daher in Zukunft noch mehr vom Weltmarkt abhängig sein. Der innere Markt kann ihre Produkte nicht abnehmen.

Nirgendwo hat es die Arbeiterbewegung bisher verstanden, ein wirksames Konzept zur Bekämpfung der Krise und der durch die Krise verschärften vielfältigen gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln. Überall mußten Einbußen des Reallohns hingenommen werden. Dafür stehen die Lohnverzichtserklärungen bei Ford und General Motors in den USA, steht der ,,Durchbruch'', den die britische Regierung bei den staatlichen Unternehmen erzielt hat, stehen die staatlichen Lohnsenkungsverordnungen in den Niederlanden und Dänemark, stehen die Sondervollmachten für die Regierung in Belgien, steht der Angriff auf die scala mobile in Italien ebenso wie die demgegenüber noch harmlosen westdeutschen Tarifabschlüsse, die die Reallohnkürzung weitertreiben. Allein auf dem Felde des Lohnkampfes läßt sich auch nichts mehr erreichen.









Quellenhinweis: Die Angaben über die Entwicklung der Bruttosozialprodukts, Ausrüstungsinvestitionen und der Realeinkommen basieren auf den vierteljährlichen Berichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in dessen Wochenberichten. Die Angaben zur Handelsbilanz entstammen Angaben der Bundesbank, ebenso die Angaben zum Umsatz des Produzierenden Gewerbes, zur Entwicklung des D-Mark-Kurses und der westdeutschen Industrieproduktion.

Ist mehr drin als 4,2%?

Tarifkampf Versicherung, 2. Runde

Am 26.3. fand in München die zweite Verhandlungsrunde über den Gehaltstarif für die Versicherungsangestellten statt. Die Arbeitgeber boten eine Gehaltserhöhung von 4,0% und einen Tag Urlaub für die 34–41jährigen an. (Dann wäre ab 34 Jahren der 6-Wochen-Urlaub verwirklicht. Alternativ wurde eine Erhöhung der Schichtzulage oder mehr Freischichten für die Schichtarbeiter angeboten. HBV und DAG lehnten das Angebot ab, die Verhandlungen wurden auf den 6. April vertagt.

Unter den Versicherungsangestellten hat in den letzten Jahren eine starke Polarisierung stattgefunden. Heute üben bereits gut 30% eine Tätigkeit aus, die einen Hochschulabschluß zur Grundlage hat. Auf der anderen Seite hat knapp jeder 20. Angestellte keine Berufsausbildung, bei den Frauen sogar jede 13. Das sind 10% mehr als noch vor 6 Jahren, bei den weiblichen Angestellten liegt die Steigerung bei 20%. Gleichzeitig liegt der Durchschnittslohn der Versicherungsangestellten unter dem aller Angestellten, und der Abstand hat sich in den letzten Jahren vergrößert. Aufgabe der HBV muß es deshalb in der Tarifrunde sein, einerseits Abgruppierungen infolge von Rationalisierungen einen Riegel vorzuschieben, und andererseits zumindest zu verhindern, daß der Gehaltsrückstand zu den anderen Branchen noch größer wird.

Deshalb hat die HBV u.a. eine Tariferhöhung von 7,5% und die Streichung der untersten Gehaltsgruppe gefordert. Die Kapitalisten haben bei den bisherigen Verhandlungen erklärt, daß sie keinesfalls bereit sind, der Streichung der Gehaltsgruppe 1 zuzustimmen. Gleichzeitig wollten sie mit ihrem Angebot den Boden für einen Abschluß bei 4,2% bereiten. Die Tarifkommission der HBV hat sich mit folgender Begründung gegen einen 4,2%-Abschluß ausgesprochen:

- „Die wirtschaftliche Lage des Versicherungsgewerbes nach dem guten Geschäftsjahr 1981 macht keinerlei Notopfer der Versicherungsangestellten notwendig.
- Um für die Versicherungsangestellten in den Tarifgruppen 4 bis 7 auch nur dieselben DM-Beträge zu erreichen, wie sie sich für die entsprechenden Angestellten der Metallindustrie infolge des 4,2%-Abschlusses ergeben haben, wäre in den Versicherungen ein 4,6%-Abschluß erforderlich.
- Das Versicherungsgewerbe muß auf Grund seiner Finanzkraft auch für seine Beschäftigten mehr leisten als andere Branchen. Wenn in einigen Tarifbereichen öffentlich über die Unterschreitung des Metallabschlusses diskutiert wird, dann gehört im Versicherungsgewerbe deutlich mehr als 4,2% auf die Tagesordnung."

Kann mehr als ein 4,2%-Abschluß erreicht werden? Die Meinung dazu ist auch in der Tarifkommission der HBV nicht einheitlich. Ein Problem ist die relative Stärke der DAG. 1981 hat die DAG z.B. bei den Banken mit den Arbeitgebern abgeschlossen, die HBV war im tariflosen Zustand. Kann dieses Jahr bei Versicherungen verhindert werden? Auch wenn HBV einem solchen Abschluß nicht zustimmt, könnte sie dann auf Grund der Spaltung der Versicherungsangestellten nichts mehr erreichen. Die Mehrheit gegen den Abschluß war am 26.3. in der DAG-Tarifkommission äußerst knapp.

Durch den raschen 4,2%-Abschluß bei den Banken ist bei Vielen der Eindruck entstanden, mehr als 4,2% sei nicht zu erreichen.

Die HBV kann sich nur durchsetzen, wenn es ihr bis zum 6.4. gelingt, die Versicherungsangestellten weitaus mehr zu mobilisieren als bisher. Dazu sind Debatten in den Betrieben und auf Betriebsversammlungen erforderlich. Auf dieser Grundlage müßten am nächsten Verhandlungstermin Aktionen von Unterschriftensammlungen bis hin zu Warnstreiks durchgeführt werden. Die Vorbereitungen für diese Aktionen sind von der Gewerkschaft eingeleitet.

4,2%-Stahlabschluß – aber 14 Monate Laufzeit

kvz. Die IG Metall hat einem Tarifabschluß für die Stahlindustrie zugestimmt, der eine Lohnerhöhung um 4,2% vorsieht aber eine Laufzeit vom 1.2.82 bis 31.3.83. Das sind 14 Monate. Umgerechnet auf ein Jahr beträgt der Abschluß 3,6%. Um den Ecklohn an den Metallecklohn wieder anzugleichen, soll ab 1.2.83 eine weitere Erhöhung von 6 Pfg/Stunde erfolgen. Mit diesem Abschluß ist selbst das interne Wunschziel der IG-Metall-Bezirksleitung von 4% nicht erreicht worden.

Alternative Tarifpolitik

Statt Prozente um Arbeitsplätze?

Die beschäftigungspolitische Initiative der IG Chemie

Die traditionelle Tarifpolitik ist gescheitert: Im dritten Jahr Reallohnverlust, zwei Lohnabschlüsse, bei denen schon beim Abschluß klar war, daß der Reallohn damit nicht gehalten werden kann. Dies und die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen, die die Tarifkämpfe erschweren, haben den Ruf nach einer Alternative lauter werden lassen. Die Spannbreite der debattierten Modelle reicht von „den Kampf um den Reallohn radikaler führen" bis zu Überlegungen, den Kampf weg vom Lohn auf die Bedingungen der Arbeit zu konzentrieren. So sollen dabei die günstigen Voraussetzungen für die Auseinandersetzung um den Lohn: knappe Arbeitskraft, hohe Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskraft, wieder hergestellt werden.

Angesichts einer Zukunftsperspektive, die eher ein weiteres Stagnieren oder eine noch schärfere Krise nach kurzer Verbesserung verspricht, sind solche Überlegungen nicht einfach. In der KVZ sollen in einer Reihe solcher alternativer Überlegungen und Modelle vorgestellt, untersucht und neue Gesichtspunkte entwickelt werden. Nützlich wären dazu Diskussionsbeiträge. Diesmal beginnen wir mit dem Tarifrenten-Modell der IG Chemie.

Am 15.3. verabschiedeten alle Tarifkommissionen der IG Chemie in einer gemeinsamen Sitzung in Mainz die „Beschäftigungspolitische Initiative" für die diesjährige Tarifrunde. Dies Konzept ist sehr umstritten. 11 der 12 regionalen Tarifkommissionen hatten vorher fast einstimmig, mit einer oder zwei Gegenstimmen zugestimmt. In der 12. gab es eine Pattsituation. „Die Basis trägt das Vorstandskonzept mit!", feierte das „Handelsblatt" dies Ergebnis. Doch gerade von der hört man auch scharfe Ablehnung (KVZ 9/1982, KVZ 11/1982 und unten auf dieser Seite).

Dieser Widerspruch läßt sich sicher zum großen Teil durch die Säuberungen in der IG Chemie und durch den massiven Druck des Hauptvorstandes erklären. Allerdings erklärt dies noch nicht, warum einzelne Großbetriebe, wie Bayer zum Beispiel, diesem Konzept zustimmen, andere es, wie die BASF, ablehnen.

Wesentliche Punkte des Modells der IG Chemie sind:

– Es wird keine Höhe der Lohnforderung festgelegt. „Statt Prozente geht es in der nächsten Tarifrunde um Arbeitsplätze", so H. Mettke, zuständiges Vorstandmitglied der IG Chemie. Deshalb

– alle 58jährigen Arbeitnehmer können freiwillig ausscheiden. Mit Hilfe eines noch zu schaffenden Fonds sollen sie für ein Jahr lang 75% des bisherigen Bruttoentgeltes als „Tarifrente", zuzüglich der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung (=17,2%), erhalten. Der Kapitalist soll weiter die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung tragen.

– Nach diesem Jahr wird den „Tarifrentnern" gekündigt. Jetzt sollen die Kapitalisten nach den neuen gesetzlichen Regelungen 68% des Nettoeinkommens zahlen (in gleicher Höhe wie das Arbeitslosengeld). Aus dem schon seit 1975 bestehenden „Unterstützungsfonds für die chemische Industrie" kommt dazu ein weiterer Zuschuß, so daß dadurch das bisherige Nettoeinkommen erreicht wird. Ab dem 60. Lebensjahr soll das „vorgezogene Altersruhegeld" beantragt werden.

– Der Fonds zur Zahlung der 58er-Tarifrente soll aus einem Teilbetrag der diesjährigen Lohnerhöhung gebildet werden.

– Damit dadurch nicht die Belegschaften abgebaut werden, soll nur gezahlt werden, wenn Neueinstellungen gemacht werden, und es wird eine Neueinstellungsgarantie von den Chemiekapitalisten gefordert.

– Die Überstunden sollen durch Freizeit abgegolten werden.

Mit diesen Maßnahmen soll die Beschäftigtenzahl der Chemischen Industrie für 4 Jahre garantiert werden. (Der genaue Beschluß ist in der neben-



„Das Mettke-Modell lehnen wir ab!"
In den verschiedenen Betrieben und ... Verluste voraussichtlich weit weniger
Ohne da weit ausschweifen zu müssen, ist klar, daß die Unternehmen weder in der Sache, noch bei der geforderten Beibehaltung des derzeitigen
vorzuschieben, und andererseits zumindest zu verhindern, daß der Gehaltsrückstand zu den anderen Branchen noch größer wird.
Deshalb hat die HBV u.a. eine Tariferhöhung von 7,5% und die Streichung der untersten Gehaltsgruppe gefordert. Die Kapitalisten haben bei den bisherigen Verhandlungen erklärt, daß sie keinesfalls bereit sind, der Streichung der Gehaltsgruppe 1 zuzustimmen. Gleichzeitig wollten sie mit ihrem Angebot den Boden für einen Abschluß bei 4,2% bereiten. Die Tarifkommission der HBV hat sich mit folgender Begründung gegen einen 4,2%-Abschluß ausgesprochen:
„Die wirtschaftliche Lage des Versicherungsgewerbes nach dem guten Geschäftsjahr 1981 macht keinerlei Notopfer der Versicherungsangestellten notwendig.
Um für die Versicherungsangestellten in den Tarifgruppen 4 bis 7 auch nur dieselben DM-Beträge zu erreichen, wie sie sich für die entsprechenden Angestellten der Metallindustrie infolge des 4,2%-Abschlusses ergeben
Versicherungsangestellten weitaus mehr zu mobilisieren als bisher. Dazu sind Debatten in den Betrieben und auf Betriebsversammlungen erforderlich. Auf dieser Grundlage müßten am nächsten Verhandlungstermin Aktionen von Unterschriftensammlungen bis hin zu Warnstreiks durchgeführt werden. Die Vorbereitungen für diese Aktionen sind von der Gewerkschaft eingeleitet.
4,2%-Stahlabschluß – aber 14 Monate Laufzeit
kvz. Die IG Metall hat einem Tarifabschluß für die Stahlindustrie zugestimmt, der eine Lohnerhöhung um 4,2% vorsieht aber eine Laufzeit vom 1.2.82 bis 31.3.83. Das sind 14 Monate. Umgerechnet auf ein Jahr beträgt der Abschluß 3,6%. Um den Ecklohn an den Metallecklohn wieder anzugleichen, soll ab 1.2.83 eine weitere Erhöhung von 6 Pfg/Stunde erfolgen. Mit diesem Abschluß ist selbst das interne Wunschziel der IG-Metall-Bezirksleitung von 4% nicht erreicht worden.
der 12 regionalen Tarifkommissionen hatten vorher fast einstimmig, mit einer oder zwei Gegenstimmen zugestimmt. In der 12. gab es eine Pattsituation. „Die Basis trägt das Vorstandskonzept mit!", feierte das „Handelsblatt" dies Ergebnis. Doch gerade von der hört man auch scharfe Ablehnung (KVZ 9/1982, KVZ 11/1982 und unten auf dieser Seite).
Dieser Widerspruch läßt sich sicher zum großen Teil durch die Säuberungen in der IG Chemie und durch den massiven Druck des Hauptvorstandes erklären. Allerdings erklärt dies noch nicht, warum einzelne Großbetriebe, wie Bayer zum Beispiel, diesem Konzept zustimmen, andere es, wie die BASF, ablehnen.
Wesentliche Punkte des Modells der IG Chemie sind:
– Es wird keine Höhe der Lohnforderung festgelegt. „Statt Prozente geht es in der nächsten Tarifrunde um Arbeitsplätze", so H. Mettke, zuständiges Vorstandmitglied der IG Chemie. Deshalb
Sozialversicherung (=17,2%), erhalten. Der Kapitalist soll weiter die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung tragen.
– Nach diesem Jahr wird den „Tarifrentnern" gekündigt. Jetzt sollen die Kapitalisten nach den neuen gesetzlichen Regelungen 68% des Nettoeinkommens zahlen (in gleicher Höhe wie das Arbeitslosengeld). Aus dem schon seit 1975 bestehenden „Unterstützungsfonds für die chemische Industrie" kommt dazu ein weiterer Zuschuß, so daß dadurch das bisherige
Tarifrente soll aus einem Teilbetrag der diesjährigen Lohnerhöhung gebildet werden.
– Damit dadurch nicht die Belegschaften abgebaut werden, soll nur gezahlt werden, wenn Neueinstellungen gemacht werden, und es wird eine Neueinstellungsgarantie von den Chemiekapitalisten gefordert.
– Die Überstunden sollen durch Freizeit abgegolten werden.
Mit diesen Maßnahmen soll die Beschäftigtenzahl der Chemischen Industrie für 4 Jahre garantiert werden. (Der genaue Beschluß ist in der neben-



Düsseldorf, 27. März: An der Kundgebung des DGB-Landesverbandes NRW gegen die beabsichtigte Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitslosen beteiligten sich mehr als 5000 Gewerkschafter.

„Das Mettke-Modell lehnen wir ab!"

In den verschiedenen Betrieben und Verwaltungsstellen wurde, trotz knapper Zeit, das Modell des IG Chemie-Hauptvorstands diskutiert. Oft war allerdings eine Beratung in den Betrieben vor der Beschlußfassung nicht mehr möglich. Im folgenden dokumentieren wir Material der Auseinandersetzung bei BASF. Die Vertrauensleute dort lehnten den Plan mit 155:135 Stimmen in geheimer Abstimmung ab. (Das Material ist der Vertrauensleute-Information entnommen.)

Zur Bewertung der „beschäftigungspolitischen Initiative"

Zur Tarifrente:

Mit dieser Form der Arbeitszeitverkürzung kommt die Gewerkschaft den Unternehmern entgegen – mal dazu die Alternative 35-Stunden-Woche genommen. Die 35-Stunden-Woche ist zwar trotz Senkung der Lebensarbeitszeit auch in den Reden der Gewerkschaftsspitzen nicht vom Tisch; aber selbst das WSI vom DGB befürchtet, daß die tariflich vorgezogene Altersgrenze die 1983/84 anstehende tarifliche Regelung der Wochenarbeitszeit mit der Gefahr präjudiziere, daß die Wochenarbeitszeit weiterhin auf 40 Stunden festgeschrieben bleibt, obwohl die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nachweislich den weitaus größten Beschäftigteneffekt hätte.

Natürlich kann man wohl gegen die Senkung des Rentenalters nicht sein. Aber das ist zu messen am erklärten Anspruch des HV, einen Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Im Extremfall käme es hierüber zu 7000 Neueinstellungen – was aber zu hoch angesetzt ist, einmal weil wegen der entstehenden finanziellen Verluste voraussichtlich weit weniger als 70% der Betraffenen das in Anspruch nehmen würden; und zum anderen natürlich nicht jede freiwerdende Stelle wieder besetzt wird. (Wir kommen gleich darauf zu sprechen, ob hier über die geforderte Wiedereinstellungsgarantie dem nachgeholfen werden könnte).

Wir haben im letzten Info zur Rentenentwicklung einiges geschrieben und wollen deswegen hier nicht näher noch einmal darauf eingehen. Nur so viel, daß in den letzten Jahren das Renteneintrittsalter fortlaufend zurückgegangen ist (siehe auch Schaubild auf vorhergehender Seite), v.a. durch die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente und die gezielten Maßnahmen der Unternehmen, z.B. über die 59er Regelung die Belegschaft zu verjüngen. Möglicherweise hätte die Einführung der Tarifrente den Effekt, daß die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsrenten zugunsten der Tarifrente zurückgeht.

Bezüglich der Herabsetzung des Rentenalters war ja bisher in der Chemie nur an bestimmte „Problemgruppen" gedacht – so v.a. die Schichtarbeiter. Denkbar ist, daß das Verhandlungsergebnis in Punkto Tarifrente auch nur von diesen „Problemgruppen" spricht. (Vielleicht ist das mit ein Punkt gewesen, weswegen die Verhandlungen der BR in der Anilin mit der Geschäftsleitung über ein Schichtprogramm „ins Stocken" geraten sind.).

Der HV geht zu Recht davon aus, daß mit dem Ausscheiden der 58er nicht automatisch Neueinstellungen vorgenommen werden. Er fordert deswegen eine Garantie, daß Neueinstellungen vorgenommen werden.

Ohne da weit ausschweifen zu müssen, ist klar, daß die Unternehmen weder in der Sache, noch bei der geforderten Beibehaltung des derzeitigen Belegschaftsstandes bereit sind, Garantien abzugeben. Der Arbeitsring Chemie hat in seiner Stellungnahme zur HV-„Initiative" hier klargestellt, daß es vollends ausgeschlossen ist, „daß in unserem marktwirtschaftlichen System von einem Industriezweig eine Beschäftigungsgarantie abgegeben werden könnte, wie die Gewerkschaft dies anstrebt".

Sowas könnte nur im Kampf (für eine bestimmte Zeit) durchgesetzt werden. Aber – siehe Mettke. Mettke hat deswegen auch auf der Pressekonferenz schon klar gestellt, daß die Garantie-Forderung nicht so ernst gemeint sei: der HV erwarte keine Garantie, sondern die Unternehmen sollten eine diesbezügliche Erklärung „ihres guten Willens" abgeben. D.h. da, wo es bei den Forderungen zur Sicherung der Arbeitsplätze bzw. dem Abbau der Arbeitslosigkeit interessamt wird, wird schon gleich zum Rückzug geblasen.

In diesem Zusammenhang sind Probleme bei uns aufgetaucht, die noch weiter diskutiert werden müssen: wie / durch wen / wo kann denn eine Kontrolle über die Beschäftigtenbewegung ansetzen; es gibt die Position, daß die Forderung nach einer Beschäftigtengarantie im Kapitalismus Utopie sei. Was aber ist denn eine Wochenarbeitszeitverkürzung / Reintegration der Arbeitslosen über die Verteilung der Arbeit auf alle, die arbeiten können, bzw. wenn ein Betrieb / eine Abteilung dicht gemacht werden soll und dann gefordert wird: keine Entlassungen? Auf diese und noch andere Fragen in diesem Zusammenhang werden wir noch zurückkommen (müssen).

Diskussionsbeitrag des W. Zech auf der VL-VV der BASF am 2.3.82

Als ich dieser Tage die Schriften über die beschäftigungspolitische Initiative gelesen hatte, glaubte ich, es sei ein Faschingsscherz. Aber im Ernst: Ein Kollege fragte, ob ich sicher sei, daß dies ein Vorschlag der Gewerkschaft ist.

Es ist durchaus ehrenwert, wenn sich eine Gewerkschaft Gedanken um die arbeitslos gewordenen Kollegen macht – und morgen kann jeder von uns davon betroffen sein. Aber es kommt darauf an, in welcher Richtung man sich Gedanken macht und von was man ausgeht. Wer aber behauptet, daß es in der jetzigen Zeit unehrenhaft sei, über Reallohnsicherung nachzudenken, dem muß ich antworten, daß das der Gipfel der Infamie ist. Wer das sagt, sollte sich doch gleich als Mitglied beim Unternehmerverband einschreiben lassen.

Kein Unternehmer wird sich durch Vertrag in sein Direktionsrecht von anderen hineinreden lassen, denn das verstieße gegen deren heilige Kuh, genannt freie Marktwirtschaft. (...)

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sollte so schnell als möglich angestrebt werden. Sogar Willi Brandt setzte diese Forderung auf der letzten AfA-Konferenz an die erste Stelle der Prioritätenliste, weil so Arbeitsplätze entstehen. Das tut den Unternehmern weh, und wir als Gewerkschaften sollten ein entsprechend intensives Trommelfeuer in der Öffentlichkeit in Szene setzen.

Und wenn wir das wirklich wollen, dann werden uns unsere Kollegen auch folgen. Und unter „wir" meine ich nicht zuletzt unsere Hauptamtlichen in den Gewerkschaft-Hauptvorständen. Nicht immer den Kollegen im Betrieb den „schwarzen Peter" allein zuschanzen.

Ich schlage vor, den Mettke-Plan abzulehnen, ungeachtet dessen, daß die gemeinsamen Tarifkommissionen diesem Modell am 15.3. endgültig zustimmen – jedenfalls mit Mehrheit. Außer Rheinland-Pfalz – und das ehrt unsere Tarifkommissionsmitglieder – haben alle anderen bereits zugestimmt, ohne darüber mit ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten gesprochen zu haben. Und ich weiß, daß auch der Vorsitzende unserer Verwaltungsstelle, der Kollege Roland Koch, gegen das Mettke-Modell im Hauptvorstand gesprochen hat, wenn er sich auch in der Abstimmung Stimmenthaltung geübt hat. Hier wäre auch einmal über innergewerkschaftliche Demokratie zu diskutieren.

Ich habe mit zahlreichen Kollegen und Vertrauensleuten eine Tarifforderung entwickelt, die alle Arbeitnehmergruppen angemessen berücksichtigt und die vor allem auch eine Verzahnung des Arbeiter- mit dem Angestelltenbereich bei einem kommenden Entgelttarifvertrag nicht erschwert. Die Tarifforderung lautet: 140 DM + 3% für alle Lohn- und Gehaltsgruppen.



stehend abgedruckten Entschließung zu ersehen.)

H. Mettke sah in diesem Katalog eine „neue Qualität der Tarifpolitik", weil man „der Herausforderung der 2 Millionen Arbeitslosen nicht mit Diskussionen begegnen kann" und weil die „Arbeitgeber nun zeigen müssen, wie ernst sie die Arbeitslosigkeit nehmen und nicht nur in Sonntagsreden".

Das zeigten diese auch unverhohlen. „So sehr zu begrüßen ist, daß die Gewerkschaften die Situation am Arbeitsmarkt in ihre tarifpolitischen Überlegungen einbezieht, so sehr steht fest, daß das vorgelegte Modell nicht praktikabel und finanzierbar ist", schlug Molitor, Hauptgeschäftsführer der Chemiekapitalisten, schnöde die Freundschaftshand der IG Chemie zurück. Bei den ersten Verhandlungen am 22.3. kam denn auch noch nichts zustande.

Auswirkungen des Tarifrenten-Modells der IG Chemie

Die Tarifrente ist eine Zahlung für nicht zu erbringende Leistungen, aber auch abgabenpflichtig. Zwar müssen die einzelnen Kapitalisten den jeweiligen „Arbeitgeberanteil" tragen. Der Arbeitnehmeranteil der Sozialabgaben wird vom Fonds getragen. Die Steuerbelastung auf die Tarifrente ist so, daß der Nettobetrag etwa gleich dem früheren Nettoeinkommen ist.

Die Altersgruppe der 58 – 63jährigen ist in der chemischen Industrie stärker als im gesellschaftlichen Durchschnitt

Millionen Arbeitslosen nicht mit Diskussionen begegnen kann" und weil die „Arbeitgeber nun zeigen müssen, wie ernst sie die Arbeitslosigkeit nehmen und nicht nur in Sonntagsreden".

Das zeigten diese auch unverhohlen. „So sehr zu begrüßen ist, daß die Gewerkschaften die Situation am Arbeitsmarkt in ihre tarifpolitischen Überlegungen einbezieht, so sehr steht fest, daß das vorgelegte Modell nicht praktikabel und finanzierbar ist", schlug Molitor, Hauptgeschäftsführer der Chemiekapitalisten, schnöde die Freundschaftshand der IG Chemie zurück. Bei den ersten Verhandlungen am 22.3. kam denn auch noch nichts zustande.

Auswirkungen des Tarifrenten-Modells der IG Chemie

Die Tarifrente ist eine Zahlung für nicht zu erbringende Leistungen, aber auch abgabenpflichtig. Zwar müssen die einzelnen Kapitalisten den jeweiligen „Arbeitgeberanteil" tragen. Der Arbeitnehmeranteil der Sozialabgaben wird vom Fonds getragen. Die Steuerbelastung auf die Tarifrente ist so, daß der Nettobetrag etwa gleich dem früheren Nettoeinkommen ist.

Die Altersgruppe der 58 – 63jährigen ist in der chemischen Industrie stärker als im gesellschaftlichen Durchschnitt

vertreten. 2,62% aller sozialversicherten beschäftigten Arbeitnehmer sind 58 und 59 Jahre alt. In der Chemieindustrie sind es dagegen 3,18%. Auch die 60 – 63jährigen sind in der Chemie mit 1,78% noch stärker vertreten als im gesellschaftlichen Durchschnitt mit 1,63%.

Wenn man so will, besteht also auch ein Nachholbedarf. Einerseits bei den Beschäftigten, weshalb das Tarifrenten-Modell auch Zustimmung bekommt – andererseits bei den Kapitalisten, um die alte, verschlissene Arbeitskraft aus den Fabriken herauszubekommen. Im Gegensatz zu den Tarifrentnern, kommt dies für die Kapitalisten vergleichsweise billig. Für die 58jährigen müßten sie nur den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung tragen, für die 59jährigen 68% des Nettolohns – was nach den Plänen der Bundesregierung sogar zur Hälfte wieder von der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden soll. Wollten sie diese Arbeitskraft über das normale Verfahren herausbekommen, müßten sie pro Beschäftigungsjahr bis zu 1 Monatslohn zahlen, was in den meisten Fällen mehr als das Doppelte sein dürfte.

Nach der Arbeitslosenstatistik suchen 28442 im Bereich „Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter" Arbeit. Die „bereichsbezogene" Arbeitslosigkeit liegt mit 3,6% unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Trotzdem, weil die Arbeitslosigkeit traditionell gering war, ist dies eher ein Grund, weshalb die Senkung der Arbeitslosigkeit hier eine besondere Rolle spielt.

Grundlegend und folgenschwer ist die Annahme, im Lohnkampf gelte es einen feststehenden Lohnfonds nur noch zu verteilen. In der Argumentation der Gewerkschaft ist immer von der „Gesamtmasse" der Lohnerhöhung die Rede. Folgerichtig wird auch keine Lohnforderung mehr aufgestellt. Nun ist der Lohnfonds aber keine feste Größe. Der Lohnkampf ist der Streit um die Grenze zwischen variablem Kapital und Mehrwert, zwischen Lohn und Profit. Im Streik sollen die Kapitalisten gezwungen werden, mehr zu zahlen, als sie für den Lohnfonds bereitstellen wollen. Umgekehrt mußten die Metallarbeiter in diesem Jahr erleben, daß die Kapitalisten, die ursprünglich um 4,5% abschließen wollten, die IG Metall noch auf 4,2% herabdrückten.

„Es geht uns darum, einen tiefen Einbruch abzufangen", begründete Mettke diese Taktik. Nur, dagegen ist eine solche Taktik keinesfalls gerichtet. Vielmehr ist die Theorie des fixen Lohnfonds der beste Wegweiser zum stetigen Weg in die Tiefe.

Zusätzlich sind der IG Chemie bei ihren Überlegungen zur Verteilung der „Gesamtmasse" noch weitere Fehler unterlaufen, die, läßt man sich auf die Verteilungs-Argumentation ein, die Chemiebeschäftigten weiteres kosten werden. Die IG Chemie berechnet die Kosten für ihr Tarifmodell auf 250 Mio. DM. Allerdings wurde auf der gemeinsamen Sitzung noch „nachgebessert", um die Zustimmung der Tarifkommissionen zu bekommen. Die Kosten werden um weitere 70 Mio. DM ansteigen. Reichte ursprünglich der Unterstützungsfonds für die 4jährige Laufzeit des Vorschlags, so ist er jetzt

keine Lohnforderung mehr aufgestellt. Nun ist der Lohnfonds aber keine feste Größe. Der Lohnkampf ist der Streit um die Grenze zwischen variablem Kapital und Mehrwert, zwischen Lohn und Profit. Im Streik sollen die Kapitalisten gezwungen werden, mehr zu zahlen, als sie für den Lohnfonds bereitstellen wollen. Umgekehrt mußten die Metallarbeiter in diesem Jahr erleben, daß die Kapitalisten, die ursprünglich um 4,5% abschließen wollten, die IG Metall noch auf 4,2% herabdrückten.

„Es geht uns darum, einen tiefen Einbruch abzufangen", begründete Mettke diese Taktik. Nur, dagegen ist eine solche Taktik keinesfalls gerichtet. Vielmehr ist die Theorie des fixen Lohnfonds der beste Wegweiser zum stetigen Weg in die Tiefe.

Zusätzlich sind der IG Chemie bei ihren Überlegungen zur Verteilung der „Gesamtmasse" noch weitere Fehler unterlaufen, die, läßt man sich auf die Verteilungs-Argumentation ein, die Chemiebeschäftigten weiteres kosten werden. Die IG Chemie berechnet die Kosten für ihr Tarifmodell auf 250 Mio. DM. Allerdings wurde auf der gemeinsamen Sitzung noch „nachgebessert", um die Zustimmung der Tarifkommissionen zu bekommen. Die Kosten werden um weitere 70 Mio. DM ansteigen. Reichte ursprünglich der Unterstützungsfonds für die 4jährige Laufzeit des Vorschlags, so ist er jetzt

schon nach einem Jahr erschöpft. Die Kosten erhöhen sich also auf 320 Mio. DM, denn tatsächlich fehlen im bestehenden Fonds 76 Mio. DM, die die Kapitalisten vertragsgemäß seit 1975 dort hätten einbezahlen müssen. So fallen auch im ersten Jahr die 320 Mio. DM an.

320 Mio. DM sind also nicht 1,07% der Bruttolohnsumme wie die 250 Mio. DM, sondern 1,39%. Aus den 1,07% hatte die IG Chemie einen 1%igen Lohnverzicht in Form einer dreimonatigen Lohnpause abgeleitet. Soll nun auf 1,4% verzichtet werden?

Getreu der Überlegung nach Verteilung der „Gesamtmasse der Lohnerhöhung" werden allerdings die Kosten nicht auf die *Brutto*lohnsumme zu beziehen sein, sondern auf die *tariflich* beeinflußbaren Bestandteile. Das sind 17 bis 18 Mrd. DM. Ohne Kampf wird die von Metall vorgegebene 4,2%-Marke nicht überschritten werden. Das wäre ein Lohnerhöhungsvolumen von 750 Mio. DM. 250 Mio. DM abgezweigt in den neuen Fonds gäbe eine Restlohnerhöhung von 2,9%. 320 Mio. DM abgezweigt, brächten nur noch 2,4% So würde aus einer Lohnpause von 3 Monaten eine von 5 Monaten.

Gezahlt werden soll nur, wenn für die Ausscheidenden Neueinstellungen vorgenommen werden. Überwachen sollen dies die Betriebsräte. Aber sind nicht die Betriebsräte mit dem Argument „Gefährdung des Betriebs durch nicht bezahlbare Neueinstellungen" erpreßbar?

Die Chemiekapitalisten sollen für 4 Jahre eine Beschäftigungszahlgarantie geben. Wer tritt für die Fälle ein, in denen ein Kapitalist pleite geht? Alle Chemiekapitalisten oder der Konkurrent? Wer überwacht und wer bestimmt dies denn?

Die Neueinstellungsgarantie soll auch erfüllt sein durch neu geschaffene Ausbildungsplätze oder durch verstärkte Lehrlingsübernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und, das wird die Kapitalisten besonders freuen, wenn weniger entlassen werden, als geplant war.

Und dies ist erst der Ausgangspunkt für die Verhandlungen! Zum Schluß, wenn's gestattet ist, etwas Gutes am Vorschlag: die Überstunden sollen nur noch durch Freizeit abgegolten werden. Diese Maßnahme wäre arbeitsmarkteffektiv. 17000 Arbeitsplätzen entsprechen die in der Chemie geleisteten Überstunden. Allerdings spielt diese Forderung schon jetzt in der Auseinandersetzung keine Rolle mehr.

Die Zustimmung, die dies Modell unter den Arbeitern und Angestellten genießt, liegt nicht an dem Inhalt des Modells, sondern rührt von der Untätigkeit der Regierung her, die dringend notwendige Senkung des Rentenalters gesetzlich zu regeln. Jeder, auch jünge-

Ausbildungsplätze oder durch verstärkte Lehrlingsübernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und, das wird die Kapitalisten besonders freuen, wenn weniger entlassen werden, als geplant war.

Und dies ist erst der Ausgangspunkt für die Verhandlungen! Zum Schluß, wenn's gestattet ist, etwas Gutes am Vorschlag: die Überstunden sollen nur noch durch Freizeit abgegolten werden. Diese Maßnahme wäre arbeitsmarkteffektiv. 17000 Arbeitsplätzen entsprechen die in der Chemie geleisteten Überstunden. Allerdings spielt diese Forderung schon jetzt in der Auseinandersetzung keine Rolle mehr.

Die Zustimmung, die dies Modell unter den Arbeitern und Angestellten genießt, liegt nicht an dem Inhalt des Modells, sondern rührt von der Untätigkeit der Regierung her, die dringend notwendige Senkung des Rentenalters gesetzlich zu regeln. Jeder, auch jünge-

re Arbeiter wissen, daß die Arbeitskraft der älteren Arbeiter über 55 verschlissen ist. Daher auch bei ihnen Zustimmung zu diesen Modellen der Tarifrenten. Doch der geringe Nutzen dieses Chemie-Modells wird mit hohen Kosten für die Beschäftigten erkauft. Der Beifall aller Bundestagsparteien soll dies verwischen.

Dabei sind die gesamten Tarifmodelle im letzten Herbst von der Bundesregierung mit den Gewerkschaften abgesprochen. Statt einer gesetzlichen Vorziehung des Renteneintrittsalters sollen nur gesetzliche Rahmenregelungen für die Tarifrenten geschaffen werden. Dies ist dann „kostenneutral" für den Bundeshaushalt, aber legt die Kosten direkt auf die Arbeiter um. Es soll der Regierung erlauben, vor den Bundestagswahlen nochmal mit dem Reformfähnlein zu schwenken.

Scheitern kann dies Konzept noch, weil vielleicht den Kapitalisten trotzdem die gegenwärtig aufzubringenden Kosten zu hoch sind. *geh.*

Die beschäftigungspolitische Initiative der IG Chemie

Entschließung zur Sitzung der Tarifkommission der chemischen Industrie am 15. März 1982 in Mainz

Die Tarifkommissionen der chemischen Industrie legen aufgrund der in den vergangenen Wochen geführten Diskussionen in der Organisation und den Beschlüssen der bezirklichen Tarifkommissionen folgende Grundsätze zu der vom Hauptvorstand und den Bezirksleitern empfohlenen beschäftigungspolitischen Initiative fest:

1. Alle 58jährigen Arbeitnehmer erhalten das Angebot, auf freiwilliger Basis für ein Jahr von der Arbeit freigestellt zu werden. Das Arbeitsverhältnis bleibt erhalten.
Sie erhalten:
75% des bisherigen Bruttoarbeitsentgeltes zuzüglich der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung, die der Arbeitgeber aus einem noch zu finanzierenden Fonds erstattet bekommt.
Der Arbeitgeber trägt die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.
Die Tarifrente ist Arbeitsentgelt und daher zu versteuern.

2. An dieses Jahr anschließend oder auf freiwilliger Basis nach dem vollendeten 59. Lebensjahr wird das Arbeitsverhältnis gelöst. Für diese Arbeitnehmer muß sichergestellt sein, daß die Auflösung des Arbeitsvertrages durch den Arbeitgeber erfolgt.

3. Der Arbeitgeber erstattet nach den neuen gesetzlichen Regelungen der Arbeitsverwaltung 68% des Nettoeinkommens. Berechnungsgrundlage ist hierbei die Tarifrente bzw. der Vorjahresverdienst.

4. Die Betroffenen erhalten einen weiteren Zuschuß, den der Arbeitnehmer zusätzlich aus dem Unterstützungsfonds der chemischen Industrie (ein 1975 abgeschlossener Tarifvertrag für arbeitslose Chemie-Arbeitnehmer garantiert diese Leistungen) bekommt.

Die Höhe dieses Zuschusses muß seinen letzten Nettoverdienst gewährleisten. Aus diesem Grunde müssen die Leistungen des Unterstützungsfonds der chemischen Industrie verändert werden. Die hierzu erforderliche Zustimmung der Manteltarifkommission ist einzuholen.

Auflösung des Arbeitsvertrages durch den Arbeitgeber erfolgt.

3. Der Arbeitgeber erstattet nach den neuen gesetzlichen Regelungen der Arbeitsverwaltung 68% des Nettoeinkommens. Berechnungsgrundlage ist hierbei die Tarifrente bzw. der Vorjahresverdienst.

4. Die Betroffenen erhalten einen weiteren Zuschuß, den der Arbeitnehmer zusätzlich aus dem Unterstützungsfonds der chemischen Industrie (ein 1975 abgeschlossener Tarifvertrag für arbeitslose Chemie-Arbeitnehmer garantiert diese Leistungen) bekommt.

Die Höhe dieses Zuschusses muß seinen letzten Nettoverdienst gewährleisten. Aus diesem Grunde müssen die Leistungen des Unterstützungsfonds der chemischen Industrie verändert werden. Die hierzu erforderliche Zustimmung der Manteltarifkommission ist einzuholen.

5. Die Finanzierung der Tarifrente erfolgt über einen Fonds, der u.a. aus einem Teilbetrag der diesjährigen Tariferhöhung gespeist wird.

6. Die Regelungen für 59jährige und ältere Arbeitnehmer finanzieren, nach den gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitgeber.

Die Erstattungen an den Arbeitgeber aus dem Fonds werden nur dann vorgenommen, wenn anstelle des Ausscheidens eine Neueinstellung erfolgt.

7. Mehrarbeit / Freischichten – Änderung der §§3 und 4 des MTV Chemie (Mehrarbeit), die beinhaltet, daß *alle Mehrarbeitsstunden in Freizeit abgegolten werden.*

Die Zuschläge gemäß §4 MTV Chemie sind wie bisher zu zahlen.

Die Bestimmung des § 3 Ziffer IV*) MTV-Chemie wird durch diese Forderung zur Verpflichtung gemacht.

8. Beschäftigungsgarantie – Im Zusammenhang mit der Neueinstellungsgarantie und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch die Neuregelung der Überstunden garantiert die chemische Industrie für die Dauer von 4 Jahren die derzeitige Beschäftigtenzahl.

9. Die Tarifkommissionen fordern die Mitglieder und die Vertrauensleute auf, in solidarischer Geschlossenheit die beschäftigungspolitische Initiative in der Tarifrunde 1982 zu unterstützen.

Handhabung der Neueinstellungsgarantie

Die Erstattungen an den Arbeitgeber aus dem Fonds werden nur dann vorgenommen, wenn anstelle des Ausscheidenden eine Neueinstellung erfolgt.

Das Ausscheiden eines 58jährigen oder älteren Arbeitnehmers garantiert einem anderen Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz.

Dies geschieht in der Regel durch Neueinstellung eines Arbeitnehmers.

Die Neueinstellungsgarantie wird ebenfalls in folgenden Fällen erfüllt:
– Zusätzliche Maßnahmen im Ausbildungsbereich, wie verstärkte Einstellung von Auszubildenden.
– Erhöhte Übernahme von Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.
– Verringerte Freisetzung von Arbeitnehmern bei Betriebsänderungen nach den §§111 ff. BetrVG.

Im Rahmen von Personalabbaumaßnahmen, bei denen keine Neueinstellung erfolgt, findet eine Erstattung im Sinne der Neueinstellungsgarantie nicht statt.

Kontrolle der Neueinstellungsgarantie

Der freiwillig Ausscheidende hat über die beabsichtigte Inanspruchnahme der Tarifrente den Arbeitgeber zu informieren. Der Arbeitgeber vollzieht die Freistellung und zahlt das nach dem Tarifvertrag fällige Entgelt an den Arbeitnehmer.

Im Rahmen einer noch zu bestimmenden Frist erbringt der Arbeitgeber gegenüber dem Betriebsrat den Nach-

– Erhöhte Übernahme von Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.
– Verringerte Freisetzung von Arbeitnehmern bei Betriebsänderungen nach den §§111 ff. BetrVG.

Im Rahmen von Personalabbaumaßnahmen, bei denen keine Neueinstellung erfolgt, findet eine Erstattung im Sinne der Neueinstellungsgarantie nicht statt.

Kontrolle der Neueinstellungsgarantie

Der freiwillig Ausscheidende hat über die beabsichtigte Inanspruchnahme der Tarifrente den Arbeitgeber zu informieren. Der Arbeitgeber vollzieht die Freistellung und zahlt das nach dem Tarifvertrag fällige Entgelt an den Arbeitnehmer.

Im Rahmen einer noch zu bestimmenden Frist erbringt der Arbeitgeber gegenüber dem Betriebsrat den Nach-

weis, daß die Neueinstellungsgarantie erfüllt worden ist.

Der Betriebsrat bestätigt durch seine Unterschrift, daß zwischen der Freisetzung und der Neueinstellung ein unmittelbarer Zusammenhang besteht.

Die Bestätigung durch den Betriebsrat begründet den Anspruch des Arbeitgebers auf Abgeltung der Leistungen gegenüber dem Fonds.

Der bestehende Unterstützungsverein der Chemischen Industrie wird zu diesem Zweck umgestaltet und erhält eine paritätische Besetzung der Mitgliederversammlung, des Vorstands und des Verwaltungsrates.

Nähere Verfahrensfragen entscheidet der paritätisch besetzte Verwaltungsrats des Fonds.

*) §3 IV MTV Chemie „Betriebliche Maßnahmen" – Mehrarbeit ist, soweit angängig, durch innerbetriebliche Umsetzung von Arbeitskräften oder Neueinstellungen nach Maßgabe der betrieblichen oder technischen Möglichkeiten zu vermeiden.



1975 = Streik und Besetzung gegen die Schließung bei der Zementfabrik Seibel in Erwitte. die IG Chemie unterstützte den Kampf der Arbeiter – aber der Kapitalist macht die Fabrik dicht.

IGM und arbeitslose Jugendliche in Aktion

Versammlungen und Kundgebungen vor Hamburger Großbetrieben / 5000 Jugendliche sind arbeitslos / Forderungskatalog aufgestellt

edd.Hamburg. Auf die Fragen, die durch die kapitalistische Wirtschaftskrise aufgeworfen werden, wollte die IG Metall-Jugend versuchen, neue Antworten zu geben. Entstanden war die Idee von gemeinsamen Aktionen jugendlicher Arbeitsloser und der Gewerkschaftsjugend auf einer Fachtagung des DGB gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Für die Gewerkschaftsbewegung neu, da eher ein distanziertes Verhältnis zu arbeitslosen Jugendlichen bestand, diese ja z.B. nicht mal Mitglied der Gewerkschaft werden können.

„Neue Beweglichkeit" im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit probte die IGM-Jugend Hamburg in den letzten Wochen unter dem Motto „Die Ursachen der Krise bekämpfen und nicht ihre Opfer". Während auf Jugend- und Ausbildungsversammlungen in den Hamburger Großbetrieben Howaldwerke Deutsche Werft (HDW), MAN und Blohm und Voss über die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit diskutiert wurde, führten jugendliche Arbeitslose eine Protestversammlung am Werkstor durch. Bei HDW wurde eine Resolution auf Auftrag der Vertrauenskörperleitung einstimmig beschlossen zur Unterstützung der Forderung der IGM-Jugend und der jungen Arbeitslosen:

„Kein Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Übernahme aller Auszubildenden nach der Ausbildung! Mindestens dreijährige qualifizierte Ausbildung für jeden Jugendlichen! Sofortige Einrichtung eines überbetrieblichen Ausbildungszentrums (finanziert durch die Unternehmer, von den Gewerkschaften maßgeblich kontrolliert)! Verteilung der Arbeit auf alle Hände: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!" Dieser Beschluß wurde von dem VK-Leiter Otto Kock, Vertretern des Betriebsrates und einer Delegation von ca. 50 Auszubildenden der Kundgebung am Werkstor überbracht.

Zum erstenmal führte die IGM auf Beschluß der Ortsverwaltung gemeinsame Aktionen mit jugendlichen Arbeitslosen durch. Die Belegschaft wurde vorher am Morgen durch ein Flugblatt des VK und des Ortsjugendausschusses über die Aktionen und ihre Forderungen unterrichtet. Diese neue Kampfform führte aber auch zu massivem Widerstand und Diskussionen in den eigenen Reihen. Während die



Vor der HDW: Arbeitslose und Auszubildende treffen sich und führen eine gemeinsame Kundgebung durch.

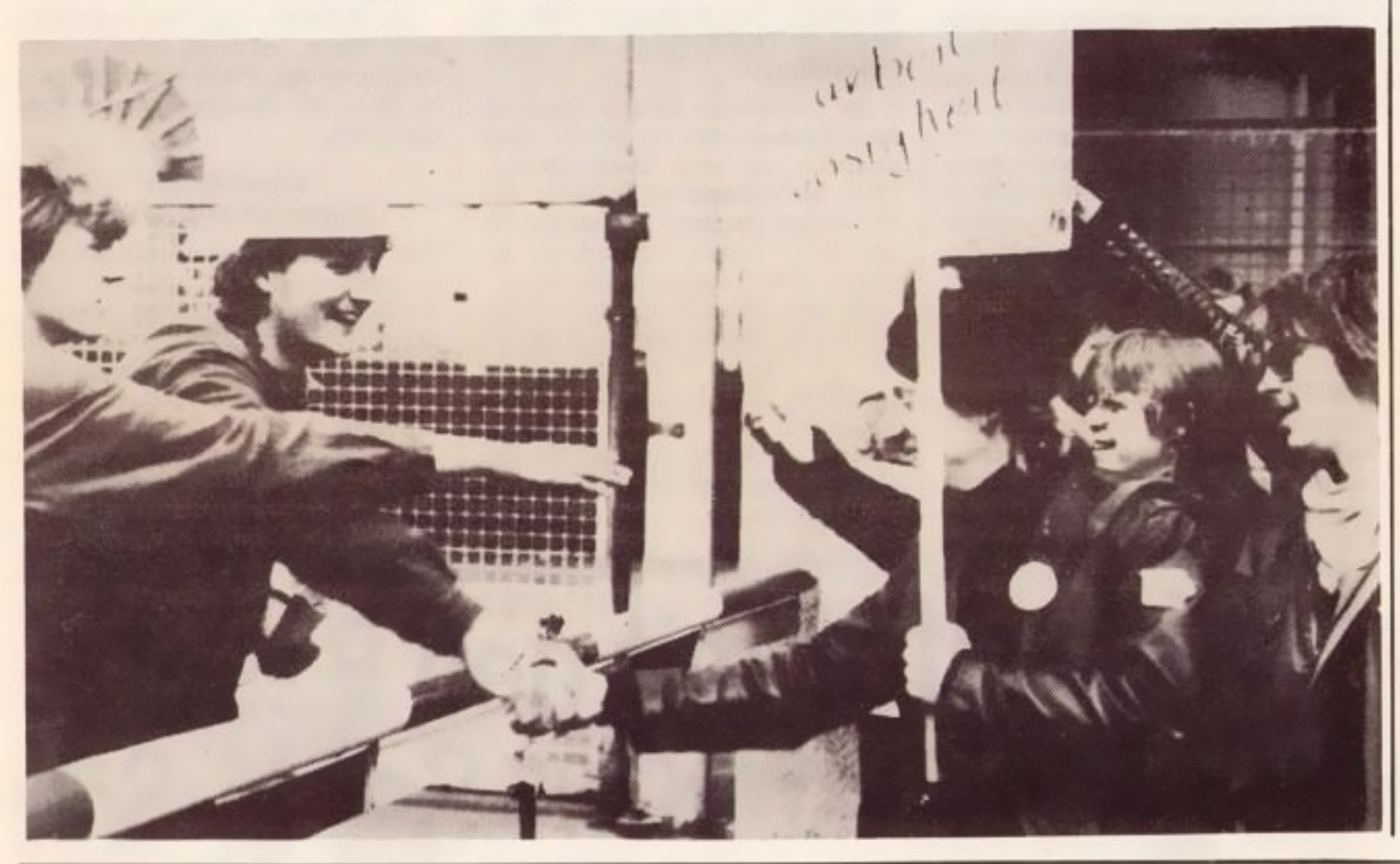
Ortsverwaltung für die Aktionen bei HDW, MAN und Blohm und Voss ihre Unterstützung beschlossen hatte, sollte nach der HDW-Aktion dann doch schon Schluß sein. Der Schwerpunktsekretär Petersen blies in der Öffentlichkeit die Aktionen vor MAN und Blohm und Voss ab. Die Begründung war doppeldeutig: Auf der einen Seite sagte er gegenüber der TAZ, „man müsse über Steigerungsformen nachdenken!", auf der anderen Seite wurde damit argumentiert, daß die Polizei die Versammlungen auflösen wolle, weil die 48-Stunden-Frist der Anmeldung nicht eingehalten worden sei (was bei derartigen Versammlungen junger Arbeitsloser nicht nur vor den Wahlen ein politisches, sondern auch ein juristisches Problem ist).

So wurde die Gemeinsamkeit gelockert. Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und Betriebsjugendgruppe der IGM verteilten dennoch am nächsten Tag ein Flugblatt mit den Forderungen der Aktion. Und als die Jugendlichen am MAN-Werkstor waren, kam ihnen eine Demonstration der gesamten Jugendversammlung der MAN entgegen. Betriebsratsvorsitzender Adi Janzen begrüßte die Jugendlichen, versicherte ihnen die Unterstützung der IGM im Betrieb und warnte vor Entwicklungen wie vor 1933, wo die Jugend auch keine Ausbildung und Zukunft hatte und hinterher in Schützengräben für die Profite der Millionäre verheizt wurde.

Der DGB-Jugendsekretär (die DGB-Jugend unterstützte nach dem Rückzieher der IGM die Aktionen weiter) bekam eine Anzeige von der Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Günstig war es also nicht, daß der IGM-Sekretär die weitere Unterstützung abgeblasen hatte. So kam es dann auch bei Blohm und Voss dazu, daß sich bei einer spontanen Demonstration von 150 Auszubildenden über das Werksgelände zum Haupttor, niemand von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper beteiligte. Und Petersen hatte als Vertreter der IGM auf der Auszubildenden-Versammlung angesichts 5000 jugendlicher Arbeitsloser in Hamburg auch keine starken Argumente dafür, daß die Unterstützung der Aktionen abgeblasen worden war.

Auf der Versammlung forderten die Auszubildenden den Ausbau einer Lehrwerkstatt, was u.a. 180 neue Ausbildungsplätze bedeuten würde. Wie bei allen neuen Dingen, gab es auch verschiedene Meinungen über die Bedeutung der Aktionen, die aber insgesamt viel Aufsehen in der Öffentlichkeit erregten. Übereinstimmung gab es auch darüber, daß es so kämpferische Jugendversammlungen lange nicht mehr gegeben habe. Bestätigt wurde der Gedanke, daß die Unternehmer die Ausbildung finanzieren sollen, während die gewerkschaftlichen Organe sie kontrollieren – das müsse mit der Geschlossenheit der gesamten Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt werden.

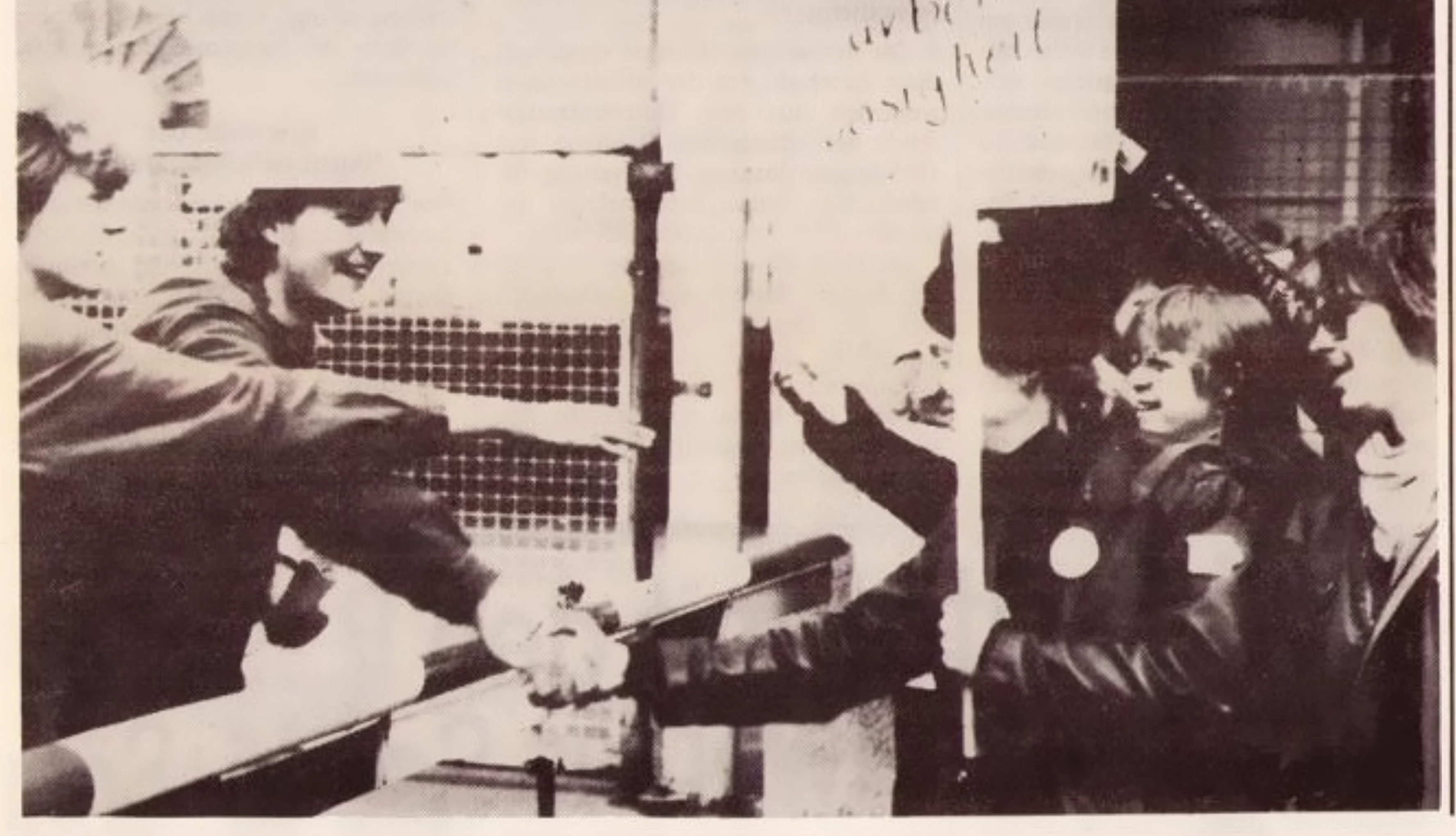
Die DGB-Jugend hat jetzt eine Demonstration für den 28. Mai, also kurz vor den Bürgerschaftswahlen, beschlossen. Die jugendlichen Arbeitslosen haben weiterhin die Möglichkeit, ihre Aktionen zusammen mit der Gewerkschaftsjugend zu organisieren und sich im DGB-Jugendclub Takelboden zutreffen.



diskutiert wurde, führten jugendliche Arbeitslose eine Protestversammlung am Werkstor durch. Bei HDW wurde eine Resolution auf Auftrag der Vertrauenskörperleitung einstimmig be-

schusses über die Aktionen und ihre Forderungen unterrichtet. Diese neue Kampfform führte aber auch zu massivem Widerstand und Diskussionen in den eigenen Reihen. Während die

doch schon Schluß sein. Der Schwerpunktsekretär Petersen blies in der Öffentlichkeit die Aktionen vor MAN und Blohm und Voss ab. Die Begründung war doppeldeutig: Auf der einen



lizei die Versammlungen auflösen wolle, weil die 48-Stunden-Frist der Anmeldung nicht eingehalten worden sei (was bei derartigen Versammlungen junger Arbeitsloser nicht nur vor den Wahlen ein politisches, sondern auch ein juristisches Problem ist).

So wurde die Gemeinsamkeit gelockert. Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und Betriebsjugendgruppe der IGM verteilten dennoch am nächsten Tag ein Flugblatt mit den Forderungen der Aktion. Und als die Jugendlichen am MAN-Werkstor waren, kam ihnen eine Demonstration der gesamten Jugendversammlung der MAN entgegen. Betriebsratsvorsitzender Adi Janzen begrüßte die Jugendlichen, versicherte ihnen die Unterstützung der IGM im Betrieb und warnte vor Entwicklungen wie vor 1933, wo die Jugend auch keine Ausbildung und Zukunft hatte und hinterher in Schützengräben für die Profite der Millionäre verheizt wurde.

Der DGB-Jugendsekretär (die DGB-Jugend unterstützte nach dem Rückzieher der IGM die Aktionen weiter) bekam eine Anzeige von der Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Günstig war es also nicht, daß der IGM-Sekretär die weitere Unterstützung abgeblasen hatte. So kam es dann auch bei Blohm und Voss da-

ensleutekörper beteiligte. Und Petersen hatte als Vertreter der IGM auf der Auszubildenden-Versammlung angesichts 5000 jugendlicher Arbeitsloser in Hamburg auch keine starken Argumente dafür, daß die Unterstützung der Aktionen abgeblasen worden war.

Auf der Versammlung forderten die Auszubildenden den Ausbau einer Lehrwerkstatt, was u.a. 180 neue Ausbildungsplätze bedeuten würde. Wie bei allen neuen Dingen, gab es auch verschiedene Meinungen über die Bedeutung der Aktionen, die aber insgesamt viel Aufsehen in der Öffentlichkeit erregten. Übereinstimmung gab es auch darüber, daß es so kämpferische Jugendversammlungen lange nicht mehr gegeben habe. Bestätigt wurde der Gedanke, daß die Unternehmer die Ausbildung finanzieren sollen, während die gewerkschaftlichen Organe sie kontrollieren – das müsse mit der Geschlossenheit der gesamten Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt werden.

Die DGB-Jugend hat jetzt eine Demonstration für den 28. Mai, also kurz vor den Bürgerschaftswahlen, beschlossen. Die jugendlichen Arbeitslosen haben weiterhin die Möglichkeit, ihre Aktionen zusammen mit der Gewerkschaftsjugend zu organisieren und sich im DGB-Jugendclub Takelboden zutreffen.

5000 VW-Arbeiter streikten gegen Preiserhöhungen

Vertrauenskörper führt Unterschriftensammlung durch / Vorstand soll auf Betriebsversammlung Stellung nehmen

wob.Kassel. Noch auf der Betriebsversammlung am vergangenen Montag forderten Betriebsrat, Vertrauensleute und IGM-Vertreter den Vorstand auf, jetzt Preisdisziplin zu üben. Sie wären jetzt an der Reihe, ihr Versprechen – niedrige Lohnerhöhungen = niedrige Preiserhöhungen – einzuhalten.

In Diskussionsbeiträgen von Arbeitern wurden folgende Rechnungen aufgemacht: eine VW-Werkswohnung stieg von Dezember 1980 bis jetzt im Miet- und Heizkostenpreis von 520 auf 665 DM um ca. 28% – dem stehen zwei Lohnerhöhungen gegenüber, die brutto 9,1% ausmachen und netto vielleicht 6,5%; ein VW-Polo kostete für einen Werksangehörigen vor einem Jahr 9500 DM (ca. 16% Rabatt) und heute 10500 DM (vor der Preiserhöhung, die ihn um weitere ca. 400 DM verteuert). Die diesjährige Lohnerhöhung, die im Durchschnitt netto im Jahr keine 800 DM erbringt, reicht also nicht mal für den Ausgleich des erhöhten Autopreises.

Zudem hatte VW den Arbeitern noch eine – in den letzten Jahren bezahlte – Sonderzahlung im Dezember von 400 bis 500 DM gestrichen.

Aufgrund der schlechten Lage auf dem Gebrauchtwagenmarkt sanken die Wiederverkaufswerte der Jahreswagen für die Werksangehörigen drastisch: Verluste von über 1000 DM zum Einkaufspreis sind üblich.

Doch VW wurde zur neuen Preiserhöhung (letzte Dezember 81 um 2,3%) ermutigt, weil VW immerhin 6% mehr PKW in den ersten beiden Monaten dieses Jahres verkaufte und der Anteil der Importmarken im selben Zeitraum um 5% auf 24% zurückging. VW meint, die Preiserhöhung sei am Markt durchsetzbar. Wenig bleibt von ihrem Scheinargument vor allen Lohnverhandlungen, daß Lohnzurückhaltung niedrige Preise bedeute, wenn man bedenkt, daß der Jetta und Audi 80 innerhalb von 12 Monaten in mehreren kleinen Preiserhöhungen um 13%, der Golf sogar um 15% verteuert wurde.

Als die Ankündigung der Preiserhöhung am letzten Donnerstag in der Presse stand, machte sich der Zorn über diese Verschaukelei seitens des Vorstandes breit und – organisiert vom Vertrauensleutekörper der IGM – legten um 12.30 ca. 5000 der ca. 7000 in Früh- und Normalschicht Arbeitenden die Arbeit nieder. Etwa 2000 zogen durch die Hallen zum Haupttor und forderten von der Geschäftsleitung eine Erklärung zur angekündigten Preiserhöhung. Die Werksleitung ließ sich nicht blicken und unter Protest dagegen zogen die Arbeiter nach einer halben Stunde durch die Hallen zurück zu ihren Arbeitsplätzen.

Als VW an der geplanten Preiserhöhung nach der Aktion weiter festhielt, leitete der Vertrauenskörper eine Unterschriftensammlung im ganzen Werk ein. Mit ihr wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung und die Stellungnahme von Vorstandsmitgliedern auf ihr beantragt. Dieser Schritt fand breite Unterstützung unter den Arbeitern.

Neben oder statt der Rücknahme der Preiserhöhung wird auch diskutiert, ob man als Lohnnachschlag die Nachzahlung der gestrichenen Einmalzahlung oder eine Erhöhung der Autorabatte für Jahreswagen fordern soll. Doch auch ein bewußter Absatzrückgang mit Durchschlag auf die Beschäftigung scheint VW bewußt einzukalkulieren, denn bei der Audi-Tochtergesellschaft wurden trotz eines Absatzeinbruches von 21,8% in den ersten beiden Monaten des Jahres die Preise noch mehr erhöht als bei den VW-Modellen. Ihre Profite können so – trotz Absatzrückgang – gehalten oder erhöht werden, während Entlassungen oder Kurzarbeit aus dem Absatzrückgang zu begründen wären. Sollte dies Spielen mit dem Entlassungsdruck das Geschütz sein, das der neue VW-Vorstandsvorsitzende Hahn auffährt, um den in den „Platowbriefen" (Wirtschaftsinformationsdienst) kritisierten „Wohlstandsladen" VW aufzuräumen?

Mahlein für Zusammenarbeit mit Protestbewegungen

Augsburg, 26.3.82. Vor einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins der IG Druck und Papier sprach sich deren Vorsitzender Leonhard Mahlein ausdrücklich für eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit außerparlamentarischen Protestbewegungen aus. Gleichzeitig kritisierte er diejenigen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung, die sich „schulmeisterlich oder selbstgefällig" gegenüber diesen Bewegungen verhielten. Hierzu hätten die Gewerkschaften keinen Grund, zumal in bestimmten Fragen, wie der Friedens- und Ökologiepolitik diese Gruppen erhebliche mehr Dynamik und Erfolg entwickelten als die Gewerkschaften. Zudem müsse man sich nach Bündnispartnern außerhalb der Gewerkschaftsbewegung und des herkömmlichen Parteiengefüges umsehen, wenn es in Zukunft gelte, tarifpolitische sowie andere gewerkschaftspolitische Forderungen durchzusetzen. Dies war einer der Grundsätze, die Mahlein entwickelte, für eine „autonome Gewerkschaftspolitik", die die DGB-Gewerkschaften verfolgen sollten. Der Kern dieser Politik sei Unabhängigkeit gegenüber Regierungs- sowie Parteienpolitik, vielmehr konsequente Interessenvertretung der Arbeitnehmerinteressen; eine deutliche Absage erteilte er der Sozialpartnerschaftsideologie. Im zweiten Hauptpunkt seiner Rede zeichnete Mahlein ein eher düsteres Bild für die Erfolgsaussichten bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen speziell in der Druckindustrie. Die Taktik der Unternehmer sei es, bei einem der zu verhandelnden Hauptpunkte, Lohnforderungen sowie neue Lohnstruktur, erhebliche Abstriche zu machen. Als „Paket" seien die Forderungen erfolgreich wohl nicht durchsetzbar. Die IG Druck und Papier sei jedoch in Zugzwang geraten, da 1983 die 35-Stunden-Woche vor der Tür stehe.

Daimler-Benz muß Ex-Lehrling Stefan Groll übernehmen

has.Stuttgart. Vergangene Woche hat das Stuttgarter Arbeitsgericht der Klage des ehemaligen Lehrlings Stefan Groll auf Weiterbeschäftigung in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis bei Daimler-Benz Untertürkheim stattgegeben. Die Automobilfirma hatte Anfang des Jahres die Übernahme des von ihr ausgebildeten Betriebsschlossers abgelehnt unter Hinweis auf einen Beitrag in einer Schülerzeitung, wo sich Stefan Groll positiv zur Notwendigkeit von Massenwiderstand gegen Umweltzerstörung und Staatswillkür geäußert hatte. Trotz kurzfristig vorgezogenem Kammertermin waren die Zuhörerbänke überfüllt; die Solidarität aus dem Betrieb ist ungebrochen. Der DB-Anwalt verkündete wiederholt die Schreckensvision seiner Auftraggeber, daß Stefan G. „von vornherein ein Risiko darstellte insofern, als er seine Grundsätze zur Gewaltanwendung auch im Betrieb, bei entsprechender Konstellation, zur verwirklichen versuchen würde". In seinem Urteil schloß sich das Gericht der Auffassung des IGM-Prozeßbevollmächtigten an, das Grundrecht der Gleichbehandlung sei hier verletzt worden, da in der Regel alle Lehrlinge bei DB übernommen werden.

Unterstützung einer offenen Liste DIE GRÜNEN-Hessen

Von Hans-Gerhart Schmierer

Innerhalb der hessischen, speziell der Frankfurter Linken gibt es gegenwärtig eine erregte Debatte über die Form der Listenbildung zu den hessischen Landtagswahlen im September. Die Grünen-Hessen hatten frühzeitig beschlossen, mit einer offenen Liste zu den Landtagswahlen anzutreten. Seit rund einem dreiviertel Jahr debattieren sie die programmatischen Vorstellungen, mit denen sie den Landtagswahlkampf führen und an denen sie ihre Tätigkeit im Parlament ausrichten wollen. Bisher haben sie die Programmteile Wirtschaft und Arbeitswelt, Energie, Frieden, gesellschaftlich Diskriminierte und Gesundheit verabschiedet. Gleichzeitig haben sie auf ihrer Landesversammlung am vergangenen Wochenende beschlossen, ihre Kandidatur mit einer offenen Liste aufrechtzuerhalten.

An diesem Punkt, nicht an den programmatischen Vorstellungen der Grünen-Hessen tobt die Auseinandersetzung zwischen den Grünen einerseits, verschiedenen linken Gruppierungen und einem Teil der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West andererseits. Der „Alleinvertretungsanspruch" der Grünen-Hessen wird kritisiert und ihr Parteigehabe.

Am 3. April findet ein landesweites Treffen der Befürworter einer „Alternativen Liste" statt. Einige der Initiatoren wollen die Alternative Liste auf jeden Fall konstituieren und Verhandlungen über Listenbildung mit den Grünen erzwingen. Das aber kann nur heißen, daß eine eigene Kandidatur ins Auge gefaßt wird, wenn die Grünen auf ihrem Standpunkt beharren. Alexander Schubart: „Die Dynamik wird so sein, daß es passiert." (taz, 30.3.) Was für Faktoren sind bei dieser „Dynamik" am Werk?

Unterschiedliche Beweggründe für eine „alternative Liste"

Von den Befürwortern einer „alternativen Liste" wird betont, daß es in den Landtagswahlen darauf ankomme, alle Kräfte zu mobilisieren, um der Landesregierung eine Niederlage zu bereiten und gleichzeitig die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern. Damit auch ohne absolute Mehrheit eine Regierungsbildung unter Vorherrschaft der CDU verhindert werden kann, müßte die FDP unter die 5% gedrückt werden. Zu der dazu notwendigen Mobilisierung der Kräfte seien die Grünen nicht in der Lage, da sie nur ein Teil der Bewegung seien.

Die Einwände gegen die Kandidatur einer offenen Liste der Grünen-Hessen gehen also von einem Wahlkalkül aus und behaupten, die Kandidatur der Grünen sei nicht breit genug, um die für dieses Kalkül notwendigen Stimmen zu erhalten. Hierin sind sich die Befürworter einer „Alternativen Liste" einig.

Ansonsten wird unter dem Schlagwort „Alternative Liste" sehr verschie-

heißen, daß eine eigene Kandidatur ins Auge gefaßt wird, wenn die Grünen auf ihrem Standpunkt beharren. Alexander Schubart: „Die Dynamik wird so sein, daß es passiert." (taz, 30.3.) Was für Faktoren sind bei dieser „Dynamik" am Werk?

Unterschiedliche Beweggründe für eine „alternative Liste"

Von den Befürwortern einer „alternativen Liste" wird betont, daß es in den Landtagswahlen darauf ankomme, alle Kräfte zu mobilisieren, um der Landesregierung eine Niederlage zu bereiten und gleichzeitig die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern. Damit auch ohne absolute Mehrheit eine Regierungsbildung unter Vorherrschaft der CDU verhindert werden kann, müßte die FDP unter die 5% gedrückt werden. Zu der dazu notwendigen Mobilisierung der Kräfte seien die Grünen nicht in der Lage, da sie nur ein Teil der Bewegung seien.

Die Einwände gegen die Kandidatur einer offenen Liste der Grünen-Hessen gehen also von einem Wahlkalkül aus und behaupten, die Kandidatur der Grünen sei nicht breit genug, um die für dieses Kalkül notwendigen Stimmen zu erhalten. Hierin sind sich die Befürworter einer „Alternativen Liste" einig.

Ansonsten wird unter dem Schlagwort „Alternative Liste" sehr verschie-

denes angestrebt. Alexander Schubart dachte wohl ursprünglich an eine Listenbildung, die direkt von den Bürgerinitiativen vorgenommen wird und das Spektrum der Kräfte umfassen sollte, einschließlich der Grünen, die in den Bürgerinitiativen tätig sind. Hinzukommen sollten die Friedens- und die Fraueninitiativen. Nachdem sich der Gründungsprozeß der Demokratischen Sozialisten abzuzeichnen begann, werden diese als weiterer Faktor einer alternativen Liste aufgeführt.

Frühzeitig schon hatte die DKP zur „Schaffung eines Wahlbündnisses" aufgerufen. Anfang März konkretisierten sie, was sie darunter verstehen:

„In Hessen haben sich neben der Partei „Die Grünen", neben der Gruppe der ausgetretenen und ausgeschlossenen Sozialdemokraten, neben der DKP, viele Einzelpersönlichkeiten, zahlreiche Jugend- und Fraueninitiativen, Bürgerinitiativen, Gliederung(en) der evangelischen Kirche und andere ihr prinzipielles Interesse an einem Wahlbündnis ausgesprochen, ohne ihre direkte Mitarbeit anzubieten. Das läßt darauf schließen, daß die Zustimmung zu diesem Unternehmen zur Zeit breiter ist, als der Anspruch auf organisatorische Mitgestaltung dieses Bündnisses. Die Initiatoren eines Wahlbündnisses könnten nach Lage der Dinge bei einheitlichem Vorgehen damit rechnen, daß ihnen breite Zustimmung entgegengebracht würde. Es gilt, daß alle Strömungen politisch, inhaltlich und personell gemeinsam handeln. Es bedarf nicht der Ausgrenzung und Abgrenzung. Ein Wahlbündnis kann es nur dann sein, wenn es Vertreter aller Strömungen auf der Grundlage eines politischen Minimalprogramms vereinigt."

Es ist einleuchtend, daß in einem solchen „Minimalprogramm" die wirtschaftspolitischen Vorstellungen etwa der Grünen, die in Kritik des Kapitalismus wie des sowjetischen Staatsmonopolismus entwickelt werden, genausowenig Platz hätten, wie die Ablehnung der SS 20 und die Solidarität mit Solidarność – der Breite wegen. Um diese „Breite" zu erreichen, denkt die DKP an ein Bündnis zwischen sich, den Grünen und den Demokratischen Sozialisten, in dem die Auffassungen der DKP das Minimum der Übereinstimmung bestimmen würden. Die weitverbreitete Kritik am sowjetischen Staatsmonopolismus und der sowjetischen Supermacht wäre prinzipiell ausgeschlossen, weil sie das „breite Bündnis" spalten würde.

Wieder eine andere Fassung einer Alternativen Liste scheint Manfred Coppik vorzuschweben, der im Eilverfahren die Demokratischen Sozialisten als Landesverband gründen will, um gegenüber den Grünen in Verhandlungen Parteiposition beziehen zu können. Wenn die Grünen dann nicht auf ein Wahlbündnis einschwenken, kann Coppik parallele Listen „nicht ausschließen" (taz, 3.3.). Coppik denkt also an ein Bündnis zwischen Grünen und Demokratischen Sozialisten als Parteien, notfalls an eine Kandidatur der Demokratischen Sozialisten gegen die Grünen. Gleichzeitig hat er jüngst den Aufruf „Für ein alternatives Wahlbündnis" unterschrieben, der bereits vor der Gründungsinitiative der Demokratischen Sozialisten aus einer Veranstaltung in Rüsselsheim hervorging und auf ein parteiunabhängiges, überparteiliches Wahlbündnis aus lokalen Initiativen heraus zielte.

Mit all diesen verschiedenen Vorstellungen über alternative Listenbildung und Wahlbündnisse, die sich gegenwärtig hinter dem Schlagwort „Alternative Liste" verbergen und herzlich wenig mit den Auseinandersetzungen zu tun haben, aus denen schließlich in Westberlin die Alternative Liste entstand, klagen die verschiedenen Initiatoren gegenüber der Kandidatur der Grünen die „Breite" ein.

Dabei wird ganz inhaltsleer und unlogisch argumentiert. Seit die Grünen in Frankfurt jedoch Alexander Schubart von ihrer offenen Liste gestrichen haben, weil er nach ursprünglicher Unterstützung der „zweitbesten Lösung" (offene Kandidatur der Grünen) auf Grund von zwei Versammlungen in Rüsselsheim und Darmstadt doch noch

ein Wahlbündnis einschwenken, kann Coppik parallele Listen „nicht ausschließen" (taz, 3.3.). Coppik denkt also an ein Bündnis zwischen Grünen und Demokratischen Sozialisten als Parteien, notfalls an eine Kandidatur der Demokratischen Sozialisten gegen die Grünen. Gleichzeitig hat er jüngst den Aufruf „Für ein alternatives Wahlbündnis" unterschrieben, der bereits vor der Gründungsinitiative der Demokratischen Sozialisten aus einer Veranstaltung in Rüsselsheim hervorging und auf ein parteiunabhängiges, überparteiliches Wahlbündnis aus lokalen Initiativen heraus zielte.

Mit all diesen verschiedenen Vorstellungen über alternative Listenbildung und Wahlbündnisse, die sich gegenwärtig hinter dem Schlagwort „Alternative Liste" verbergen und herzlich wenig mit den Auseinandersetzungen zu tun haben, aus denen schließlich in Westberlin die Alternative Liste entstand, klagen die verschiedenen Initiatoren gegenüber der Kandidatur der Grünen die „Breite" ein.

Dabei wird ganz inhaltsleer und unlogisch argumentiert. Seit die Grünen in Frankfurt jedoch Alexander Schubart von ihrer offenen Liste gestrichen haben, weil er nach ursprünglicher Unterstützung der „zweitbesten Lösung" (offene Kandidatur der Grünen) auf Grund von zwei Versammlungen in Rüsselsheim und Darmstadt doch noch

die „erstbeste Lösung" (grün-alternative Liste) anstrebte. Die Grünen werteten das als Wortbruch. Seither sind sie innerhalb der Linken gehörig unter Druck. Die begriffslose Ablehnung der „Alleinkandidatur" der Grünen ist es denn auch, aus der sich die Stimmung für eine „Alternative Liste" speist. Aus solcher Stimmung kann nichts Gutes werden. Wer sie schürt, hat wohl anderes im Sinn als „Breite".

Was hat es mit der vielbeschworenen „Breite" auf sich?

Wir haben gesehen, daß einerseits von dem Wahlkalkül – möglichst viele Stimmen für eine oppositionelle Kraft links von der SPD und möglichst starke Vertretung dieser Kraft im Parlament – ausgegangen wird, während andererseits behauptet wird, die Grünen könnten dieses Wahlkalkül nicht erfüllen, weil zu schmal.

Offensichtlich sind die beiden Überlegungen, möglichst große Zahl der Stimmen gegen die Landtagsparteien und Breite des Wahlbündnisses über die Grünen hinaus, auf ganz verschiedenen Ebenen angelegt. Diese Ebenen werden jedoch von den Befürwortern eines breites Wahlbündnisses, den verschiedensten Gruppierungen der traditionellen Linken, zielstrebig verwischt. Gehen wir also von den Tatsachen aus.

Tatsache ist jedenfalls, daß diese Linke bisher noch in keiner Formation in den größeren Bundesländern irgendeine nennenswerte Unterstützung in Wahlen auf sich vereinigen konnte. Wohl aber konnten das die „Grünen". Tatsache ist auch, daß die Grünen bei den hessischen Kommunalwahlen in Frankfurt immerhin deutlich über die 5% hinauskamen, obwohl sie es sich in den vorausgehenden Auseinandersetzung um die Listenbildung mit sämtlichen Linken, einschließlich den Spontis verdorben hatten und sie in Frankfurt nun wirklich einen kleinen Ausschnitt der Linken ausmachen.

Die ganze „Breite" der Linken, die sich in den diversen Koselkellerverhandlungen etc. gegen den „Alleinvertretungsanspruch" der Grünen stark gemacht hatte, erwies sich in den Wahlen gegenüber der kleinen Gruppe der Grünen als ziemlich schmal, wobei freilich die meisten Linken letzten Endes ebenfalls die Grünen gewählt haben dürften, wenn auch zähneknirschend.

Man muß sich also als erstes klar machen, daß die Breite eines Bündnisses innerhalb der Linken und die Breite der Unterstützung einer Kandidatur in Wahlen zwei Paar Stiefel sind. Das, so sollte man denken, muß politische Gründe haben, die uns „nichtgrüne" Linke in der Polemik gegen den „Alleinvertretungsanspruch" der Grünen schon mal nachdenklich stimmen sollte.

Auch scheint Vorsicht am Platz, wenn jetzt eine Probe aufs Exempel „breite" Alternative gegen „schmale" Grüne gemacht werden soll. Offensichtlich kommt man mit diesen Maßeinheiten nicht ohne weiteres aus, wenn man das politische Problem, um das es bei der Listenbildung für die hessischen Landtagswahlen geht, begreifen will. In Wirklichkeit ist doch den Grünen gelungen, was die Linke bisher in den verschiedensten Gruppierungen und Formationen vergeblich versucht hat: auf Länderebene bei Wahlen zwischen der wachsenden Zahl von Kräften, die sich aus vielfältigen Gründen gegen die herrschenden Parteien, die herrschende Wirtschaftsordnung und den Staat zu stellen beginnen, und ihrer Kandidatur eine Verbindung herzustellen, die sich in einer relativ großen Unterstützung dieser Kandidatur niederschlägt.

In Wahlen drücken sich tiefgehende, aber notwendig noch teils diffuse Strömungen der Meinungsbildung unter der Bevölkerung aus und sie drücken sich in Wahlen relativ leicht aus, weil die Stimmabgabe im allgemeinen eine

12 Seiten Sonderdruck

NEN HESSEN

1982

Auch scheint Vorsicht am Platz, wenn jetzt eine Probe aufs Exempel „breite" Alternative gegen „schmale" Grüne gemacht werden soll. Offensichtlich kommt man mit diesen Maßeinheiten nicht ohne weiteres aus, wenn man das politische Problem, um das es bei der Listenbildung für die hessischen Landtagswahlen geht, begreifen will. In Wirklichkeit ist doch den Grünen gelungen, was die Linke bisher in den verschiedensten Gruppierungen und Formationen vergeblich versucht hat: auf Länderebene bei Wahlen zwischen der wachsenden Zahl von Kräften, die sich aus vielfältigen Gründen gegen die herrschenden Parteien, die herrschende Wirtschaftsordnung und den Staat zu stellen beginnen, und ihrer Kandidatur eine Verbindung herzustellen, die sich in einer relativ großen Unterstützung dieser Kandidatur niederschlägt.

In Wahlen drücken sich tiefgehende, aber notwendig noch teils diffuse Strömungen der Meinungsbildung unter der Bevölkerung aus und sie drücken sich in Wahlen relativ leicht aus, weil die Stimmabgabe im allgemeinen eine

12 Seiten Sonderdruck

DIE GRÜNEN HESSEN

LANDESPROGRAMM 1982

(Auszug)

“Wirtschaft und Arbeitswelt”

geringere Entscheidungsschwelle beinhaltet, als zum Beispiel die aktive Teilnahme an einem bestimmten Kampf.

Jedenfalls ist es erst den Grünen gelungen, in Wahlen über die begrenzte Anzahl der politischen Aktivisten hinauszukommen. Lag es an einem besonders beschränkten Minimalprogramm, daß gerade die Grünen in Wahlen an den Strömungen unter den Massen anknüpfen konnten, bzw. daß viele ihren Auffassungen Ausdruck verleihen wollen, indem sie die Grünen wählen? Doch wohl nicht. Von vornherein erteilten die Grünen eine schroffe und ziemlich umfassende Absage an die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Indem sie diese Position programmatisch weiterentwickelten und von reaktionären Schlacken befreiten, haben sie bisher nicht Stimmen verloren, sondern Stimmen gewonnen.

In einer Reihe von Streitfragen innerhalb der Linken haben sie ziemlich klar Position bezogen: mit ihrer Absage an den Staat als Hebel der Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft, mit ihrer Kritik des Staatsmonopolismus und der Politik der Blöcke, insgesamt, indem sie versuchen, Bedürfnisse und Gebrauchswert an die erste Stelle in der Beurteilung der Produktionsweise zu stellen, statt abstrakte Kategorien wie Fortschritt und Wachstum. Gerade wegen dieser Radikalität – was mit Extremismus nichts zu tun haben muß – konnten die Grünen an dem nun wirklich breiten Kritikprozeß unter den Massen anknüpfen.

In dem Maße, wie diese zum Teil vielleicht kleinbürgerliche Radikalität, zugunsten irgendeines beschränkten Minimalprogramms verwässert wird, wird es bei den Wahlen zwar ein breites Bündnis der Linken geben, aber keinen Ausdruck der grundsätzlichen Kritik an den herrschenden Zuständen unter den Massen. In den Wahlen geht es im Moment aber gerade um letzteres. Diese Kritik erstreckt sich auf mehr Kräfte als die bereits kämpfenden Teile der Bewegung, erst recht umfaßt sie mehr Kräfte als die organisierten Teile der Linken.

Die Form der Listenbildung ist untergeordnet

Die Frage der Listenbildung für die hessischen Landtagswahlen darf sich nicht auf die Repräsentation der kämpfenden Bewegung beschränken, die die Listenbildung ohnehin nicht vornehmen wird, und erst recht darf sie sich nicht mit der Repräsentation mehr oder weniger organisierter Teile der Linken begnügen. Vielmehr muß geprüft werden, ob die Kandidatur der Grünen Hessen mit einer offenen Liste der weitverbreiteten Kritik an den herrschenden Zuständen Ausdruck verschaffen kann oder nicht. Den bisherigen Erfahrungen nach ist das der Fall.

Des weiteren hätten die anderen Teile der Linken zu prüfen, ob in den jetzigen programmatischen Vorstellungen der Grünen Elemente enthalten sind, die eine Unterstützung der Kandidatur der Grünen auf jeden Fall ausschließen, weil sie auf die Dauer oder auch schon aktuell die Meinungsbildung innerhalb der Bewegung schädlich beeinflussen oder blockieren und die Grünen in Gegensatz zur Bewegung bringen könnten. Träten die Grünen programmatisch gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung auf, wäre das zum Beispiel der Fall. Die Grünen greifen aber in ihrem jetzigen Programm viele Forderungen der Arbeiterbewegung, z.B. nach Arbeitszeitverkürzung, auf. Insgesamt geht es bei den hessischen Landtagswahlen nicht darum, der Arbeiterbewegung oder der

oder weniger organisierter Teile der Linken begnügen. Vielmehr muß geprüft werden, ob die Kandidatur der Grünen Hessen mit einer offenen Liste der weitverbreiteten Kritik an den herrschenden Zuständen Ausdruck verschaffen kann oder nicht. Den bisherigen Erfahrungen nach ist das der Fall.

Des weiteren hätten die anderen Teile der Linken zu prüfen, ob in den jetzigen programmatischen Vorstellungen der Grünen Elemente enthalten sind, die eine Unterstützung der Kandidatur der Grünen auf jeden Fall ausschließen, weil sie auf die Dauer oder auch schon aktuell die Meinungsbildung innerhalb der Bewegung schädlich beeinflussen oder blockieren und die Grünen in Gegensatz zur Bewegung bringen könnten. Träten die Grünen programmatisch gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung auf, wäre das zum Beispiel der Fall. Die Grünen greifen aber in ihrem jetzigen Programm viele Forderungen der Arbeiterbewegung, z.B. nach Arbeitszeitverkürzung, auf. Insgesamt geht es bei den hessischen Landtagswahlen nicht darum, der Arbeiterbewegung oder der

Linken *den* politischen und organisatorischen Ausdruck zu verschaffen, sondern darum, mit so wenig wie möglich inhaltsleeren Streitereien eine wahlfähige Liste zu haben und ansonsten die politische Debatte über die dringlichsten Probleme der Bewegung ein paar Schritte voranzubringen. Das kann gerade durch die Debatte der programmtischen Auffassungen der Grünen geschehen und ist bisher durch die Konzentration auf die formellen Aspekte der Listenbildung bloß verhindert worden.

Wie man dem Programm der Grünen gut ansieht, sind sie immer noch offen für solche Debatten. Diese zeigen auch Wirkung auf ihre programmatischen Auffassungen. „Alleinvertretungsanspruch" hin oder her, in Wirklichkeit werden die Grünen im Parlament abhängig bleiben von der Bewegung und ihrer weiteren Entwicklung. Nach der bisherigen Erfahrung seit den Kommunalwahlen stellt sich viel eher als Problem heraus, daß die Linken als „geborene" Sprecher der Bewegung sich einen Dreck um parlamentarische Arbeit der Grünen kümmern und stattdessen dumme Gerüchte in die Welt setzen.

Statt zum Beispiel zu überlegen, warum gegen eine Gaspreiserhöhung in Frankfurt nichts zustande gebracht werden konnte – und das kann ja nicht an den Grünen liegen, die tatsächlich bloß ein Teil der Bewegung sind – wird wahrheitswidrig verbreitet, die Grünen hätten im Römer der Gaspreiserhöhung zugestimmt. Die Gründe für die Schwierigkeiten beim Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen können kaum in der Parlamentsarbeit der Grünen gesucht werden. Um sich um die Klärung dieser Schwierigkeiten herumzudrücken, wird aber wahrheitswidrig beharrlich behauptet, die Grünen im Römer hätten der Besetzung von vdm keine Solidarität ausgedrückt. Sie haben, aber das war das geringste Problem.

Wahr ist, daß es unter Grünen immer noch merkwürdige Vorstellungen über Konsumverzicht gibt und daß gelegentlich der eine oder andere, wenn man's so hören will, vom Tod der Arbeiterbewegung schwadroniert. Daß sich die organisierte Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen tiefgehenden Krise schwer tut, kann man allerdings kaum bestreiten. Den Grünen könnte man daraus nur einen Vorwurf machen, wenn sie dort, wo sich die Arbeiterbewegung merkbar rührt, gegen diese Front machen würden. Das ist nicht der Fall und auch nicht zu befürchten.

Wenn sich am 3. April die Initiatoren einer alternativen Listenbildung treffen, wäre es am besten, wenn sie zunächst mal prüfen würden, ob diese Listenbildungsdebatte überhaupt was bringen kann und ob es nicht sinnvoller wäre, in den Bürgerinitiativen und in sonstigen autonomen Versammlungen wie auch in der Gewerkschaftsbewegung zu klären, was man von einer Parlamentsfraktion im hessischen Landtag politisch erwartet und verlangt. Das wäre eine bessere Gewähr dafür, daß die Parlamentsfraktion, wenn sie denn trotz aller inhaltsleeren Streitereien zustande kommt, in den Dienst der kämpfenden Bewegung gestellt werden kann als die formellen Versuche, den „Alleinvertretungsanspruch" der Grünen brechen zu wollen. Wäre denn was gewonnen, wenn die Bewegung stattdessen durch zwei oder drei Bündnispartner „vertreten" würde? Ihre eigene Selbständigkeit und die Abhängigkeit der Fraktion im Parlament kann die Bewegung bloß durch ihre *politische* Autonomie sichern, nicht durch „breites Bündnis" aller vereinigten Politikaster auf beschränkter Plattform.

Insbesondere die Berufung auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

se Front machen würden. Das ist nicht der Fall und auch nicht zu befürchten.

Wenn sich am 3. April die Initiatoren einer alternativen Listenbildung treffen, wäre es am besten, wenn sie zunächst mal prüfen würden, ob diese Listenbildungsdebatte überhaupt was bringen kann und ob es nicht sinnvoller wäre, in den Bürgerinitiativen und in sonstigen autonomen Versammlungen wie auch in der Gewerkschaftsbewegung zu klären, was man von einer Parlamentsfraktion im hessischen Landtag politisch erwartet und verlangt. Das wäre eine bessere Gewähr dafür, daß die Parlamentsfraktion, wenn sie denn trotz aller inhaltsleeren Streitereien zustande kommt, in den Dienst der kämpfenden Bewegung gestellt werden kann als die formellen Versuche, den „Alleinvertretungsanspruch" der Grünen brechen zu wollen. Wäre denn was gewonnen, wenn die Bewegung stattdessen durch zwei oder drei Bündnispartner „vertreten" würde? Ihre eigene Selbständigkeit und die Abhängigkeit der Fraktion im Parlament kann die Bewegung bloß durch ihre *politische* Autonomie sichern, nicht durch „breites Bündnis" aller vereinigten Politikaster auf beschränkter Plattform.

Insbesondere die Berufung auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sollte man bei der Debatte um die Listenbildung nicht übertrieben ernst nehmen. Für die führende Rolle der Arbeiterbewegung können die hessischen Landtagswahlen wenig bringen, für ihre Stimmen kann aber erwiesenermaßen keiner von denen garantieren, die jetzt gegenüber den Grünen auf die „Arbeitersache" pochen. Es ist ersichtlich, daß die Grünen nicht die Arbeiterbewegung repräsentieren. Wer sonst in der Linken? Jede gewerkschaftliche Wählerinitiative, die erklären würde, was sie von einer grünen Liste im Landtag erwartet und was nicht, würde für den Wahlkampf und das Aufbrechen der Vorherrschaft der Sozialdemokratie über die Arbeiterbewegung und für ihre Selbständigkeit mehr bringen, als die Listenbildungsdebatte, die von der Vorbereitung solcher politischen Initiativen abhält.

In der inhaltsleeren Aufgeregtheit über die Listenbildung können sich sowieso leicht Illusionen von Möchtegern-Parlamentariern über die mehr als taktische Bedeutung von Parlamentswahlen breit machen, für die Listenbildungen allemal zum strategischen Problem geraten. Mit einer Fraktion der Grünen im Landtag von Hessen wird sich die Arbeiterbewegung jedenfalls leichter tun als mit einer Fraktion, die vorgibt, sie allemal schon zu vertreten. Für die Bewegungen, auf die sich die Grünen ausdrücklich beziehen, bleibt ihre Kandidatur gegenwärtig am ehesten überschaubar und für die absehbare Zukunft am ehesten kontrollierbar. Das sind schon bessere Bedingungen als in bisherigen Wahlen.

Im Roman des sowjetischen Erzählers Tschingis Ajtmatov erscheint die „friedliche Koexistenz“ in zweifelhaftem Licht

„Ein Tag länger als ein Leben“



Das Rahmenthema ist nicht neu in der sowjetischen Literatur: für Zukunft und Fortschritt muß wieder einmal ein liebes Stück Vergangenheit geopfert werden. – Im Roman Ajtmatovs fällt ein halbvergessener legendenumwobener Friedhof tief in der kasachischen Steppe in das Erweiterungsgelände des Raumfahrtzentrums und wird wie dieses mit einem Stacheldrahtzaun umgeben. Eine Trauergemeinde aus einer versprengten Bahnwärtersiedlung wird kaltschnäuzig abgewiesen. Während sie noch in der Wildnis nach einem irgendwie würdigen Grabplatz für ihre Leiche sucht, erfüllt sich über ihr am Himmel mit Feuer und Donner ein Schicksalsaugenblick in der Geschichte der Menschheit: Im sowjetisch-amerikanischen Gemeinschaftsprogramm für den Kosmos (genannt „Demiurg“, d.h. Weltbaumeister) wird gemäß der Operation „Obrutsch“ (Reifen) von Kasachstan – und, wie der Leser inzwischen weiß, auch von Nevada – aus ein Raketengürtel um die Erde gelegt.

Ziel dieser Operation: Nie sollen die Völker der Erde erfahren, daß zwei sowjetisch-amerikanische Astronauten des Raumlabors „Parität“ nicht nur mit vernunftbegabten Wesen von einem anderen Stern Kontakt aufgenommen haben, sondern sogar (auf eigene Faust) den Weg dorthin angetreten sind und von einer Zivilisation berichten, die keine Kriege mehr kennt, große ökologische Probleme meistert und Beziehungen zur Menschenerde entwickeln möchte. Die Antwort der paritätisch sowjetisch-amerikanischen Raumfahrtleitung, auf dem Flugzeugträger „Konvention“ im Nordpazifik, gleichweit entfernt von Vladivostok und San Francisco, ist einstimmig und ablehnend: der Raketengürtel verwehrt den Astronauten die Rückkehr und schirmt die Erde überhaupt ab.

Der Führer des Grablegungszuges Edigej, Streckenwärter kurz vor der Rente, begreift von allem nur dies: daß die jahrhundertealte Überlieferung des Volkes nicht mehr zählt; nicht nur bei den offiziellen Stellen, nein, auch bei den Jüngeren wie etwa dem Sohn des Verstorbenen, der die gesamte islamisch geprägte Begräbnisvorbereitung mit unwilligen und verletztenden Kommentaren begleitet. Während Edigej sich auf dem langen Kamelritt der Legende um den Friedhof erinnert, erschließt sich für den Leser ihr Zusammenhang mit dem kosmischen Erzählstrang. Dort in der Steppe starb vor vielen Jahrhunderten von der Hand eines ihrer eigenen Söhne die Urmutter des Volkes. Der Sohn war vom benachbarten Sklavenhalterstamm verschleppt und mit anderen auf die grausamste Art seines Gedächtnisses und damit seiner Identität beraubt worden: Ein Streifen frischer Kamelhaut, um den Kopf gelegt, hatte sich unter der heißen Sonne zusammengezogen und wie ein Eisenreifen ins Gehirn gegra-

Raumfahrtleitung, auf dem Flugzeugträger „Konvention“ im Nordpazifik, gleichweit entfernt von Vladivostok und San Francisco, ist einstimmig und ablehnend: der Raketengürtel verwehrt den Astronauten die Rückkehr und schirmt die Erde überhaupt ab.

Der Führer des Grablegungszuges Edigej, Streckenwärter kurz vor der Rente, begreift von allem nur dies: daß die jahrhundertealte Überlieferung des Volkes nicht mehr zählt; nicht nur bei den offiziellen Stellen, nein, auch bei den Jüngeren wie etwa dem Sohn des Verstorbenen, der die gesamte islamisch geprägte Begräbnisvorbereitung mit unwilligen und verletztenden Kommentaren begleitet. Während Edigej sich auf dem langen Kamelritt der Legende um den Friedhof erinnert, erschließt sich für den Leser ihr Zusammenhang mit dem kosmischen Erzählstrang. Dort in der Steppe starb vor vielen Jahrhunderten von der Hand eines ihrer eigenen Söhne die Urmutter des Volkes. Der Sohn war vom benachbarten Sklavenhalterstamm verschleppt und mit anderen auf die grausamste Art seines Gedächtnisses und damit seiner Identität beraubt worden: Ein Streifen frischer Kamelhaut, um den Kopf gelegt, hatte sich unter der heißen Sonne zusammengezogen und wie ein Eisenreifen ins Gehirn gegra-

ben. An die suchende Mutter, den Namen des Sohnes rufend, erinnert Edigej auf seinem Ritt der seltene Vogel Donnenbai.

Edigejs herausragende Eigenschaft ist seine Achtung vor dem Menschen, vor jedem einzelnen wie auch vor den vielen Geschlechtern vor ihm; in Mythen und Legenden sieht er ihre Erfahrungen, Träume, Lebensweisheit. Man soll sie aus Verantwortung vor der Zukunft nicht geringschätzen, sagt er einmal. Ihm gegenüber steht der Sohn des Verstorbenen, ein Verwaltungsapparatschik, der sich seiner kasachischen Herkunft schämt, den letzten Willen des Vaters gering achtet, alles Alte für überholt hält und von einer Zukunft fantasiert, in der die Menschen nur noch funktionieren werden, reibungslos, gesteuert mit Hilfe von Bioströmen.

Aber nicht er kann, daran läßt Ajtmatov keinen Zweifel, an einer menschlichen Zukunft mitbauen; die Hoffnung liegt bei Menschen wie Edigej. Auf dem langen Ritt an diesem Tag versucht er, Rechenschaft zu geben über sein Leben und das seiner Freunde aus der Siedlung, allesamt dorthin verschlagen nach bitteren Erfahrungen: irrtümliche Enteignung, Krieg, Nachkriegssäuberungen. Diesem Versuch, das Vergangene zu begreifen, gehört über die Hälfte des Romans.

Breitesten Raum nimmt dabei die Geschichte des Lehrers Abutalip ein, der – entgegen der Order für sowjetische Soldaten – in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, dann allerdings geflohen war und sich in einer jugoslawischen Partisaneneinheit Verletzungen und Orden geholt hatte. Anfänglich deshalb von Verfolgungen verschont, beginnt für ihn und seine Familie mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Jugoslawien eine Odysee, deren vorletzte Station 1952 Edigejs Siedlung mit Arbeit an der Bahn ist.

des Vaters gering achtet, alles Alte für überholt hält und von einer Zukunft fantasiert, in der die Menschen nur noch funktionieren werden, reibungslos, gesteuert mit Hilfe von Bioströmen.

Aber nicht er kann, daran läßt Ajtmatov keinen Zweifel, an einer menschlichen Zukunft mitbauen; die Hoffnung liegt bei Menschen wie Edigej. Auf dem langen Ritt an diesem Tag versucht er, Rechenschaft zu geben über sein Leben und das seiner Freunde aus der Siedlung, allesamt dorthin verschlagen nach bitteren Erfahrungen: irrtümliche Enteignung, Krieg, Nachkriegssäuberungen. Diesem Versuch, das Vergangene zu begreifen, gehört über die Hälfte des Romans.

Breitesten Raum nimmt dabei die Geschichte des Lehrers Abutalip ein, der – entgegen der Order für sowjetische Soldaten – in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, dann allerdings geflohen war und sich in einer jugoslawischen Partisaneneinheit Verletzungen und Orden geholt hatte. Anfänglich deshalb von Verfolgungen verschont, beginnt für ihn und seine Familie mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Jugoslawien eine Odysee, deren vorletzte Station 1952 Edigejs Siedlung mit Arbeit an der Bahn ist.

Nur äußerlich zur Ruhe gekommen, verbringt Abutalip seine Nächte schreibend, Kriegserfahrungen, Gedanken, auch Überlieferung der Steppe, als Rechenschaft vor seinen Kindern, deren Leben von seinem so schwer gemacht wird. Aufgrund einer Denunziation wird er 1953 verhaftet; seinen Tod in der Haft erfährt die Siedlung zugleich mit dem Tod Stalins. Die Hilflosigkeit wendet sich vorerst in verstärkte Unterstützung. Dann aber geben die Diskussionen nach dem 20. Parteitag Edigej Mut und Möglichkeit, die Rehabilitierung Abutalips durchzusetzen; damit die Kinder eine gerechte Zukunft haben, wie er sagt. Der Roman endet damit, daß Edigej um den Friedhof kämpfen wird.

Der Leser zweifelt keineswegs an seiner Hartnäckigkeit und Kompromißlosigkeit. Aber der Roman enthält so viele düstere Ereignisse, das Tauwetter wird so gedämpft dargestellt, Typen wie den Sohn des Verstorbenen gibt es mehrere – zu Optimismus ist insgesamt wenig Anlaß.

Geschichte in der Literatur

Im letzten Jahrzehnt ist das Interesse der Menschen in der Sowjetunion nach Aufklärung über die wirklichen Vorgänge in der eigenen Geschichte immer drängender geworden. Sehr verehrt wird der auch bei uns übersetzte Jurij

haben, wie er sagt. Der Roman endet damit, daß Edigej um den Friedhof kämpfen wird.

Der Leser zweifelt keineswegs an seiner Hartnäckigkeit und Kompromißlosigkeit. Aber der Roman enthält so viele düstere Ereignisse, das Tauwetter wird so gedämpft dargestellt, Typen wie den Sohn des Verstorbenen gibt es mehrere – zu Optimismus ist insgesamt wenig Anlaß.

Geschichte in der Literatur

Im letzten Jahrzehnt ist das Interesse der Menschen in der Sowjetunion nach Aufklärung über die wirklichen Vorgänge in der eigenen Geschichte immer drängender geworden. Sehr verehrt wird der auch bei uns übersetzte Jurij

Trifonov (1925–81), wie Ajtmatov aus kommunistischer und in den 30er Jahren verfolgter Familie. Ihn läßt der Typ des intellektuellen Anpassers nicht los, der für eine – oft nur bescheidene – Karriere und Wohlleben die Augen verschließt vor historischem Unrecht, bei Gelegenheit aber von seinem nicht ganz verstummten Gewissen geplagt wird. In „Das Haus an der Moskwa“ (rororo 4450, 5,80 DM) geht es u.a. um die Gleichschaltung in Wissenschaft und Kultur in der Nachkriegszeit; in „Starik“ (rororo 4914, 7,80 DM) um eine unbarmherzige und letztlich nicht revolutionäre Politik gegenüber den Kosaken im Bürgerkrieg.

Ajtmatovs erste Erzählung in dieser Richtung ist „Abschied von Gulsary“, 1967. Seine Helden sind durchweg weder Intellektuelle noch Anpasser. Sie suchen leidenschaftlich nach dem richtigen Weg für sich und andere, machen dabei Fehler, haben ein waches unruhiges Gewissen, treffen häufig auf Trifonovsche Typen, durchschauen nicht immer alles, bleiben vielem Unrecht gegenüber hilf- oder zumindest erfolglos. Da sie von ihrer moralischen Integrität her nicht in Frage stehen, erscheinen die Verhältnisse um sie herum um so bedrückender.

In „Gulsary“ geht es um sogenannte „Überspitzungen“ in der Nationalitäten- und Kaderpolitik in den 40er und 50er Jahren. Das 1973 für ein Moskauer Theater geschriebene Stück (lange gespielt, aber gedruckt nicht erhältlich) „Aufstieg auf den Fudjijama“ kommt der Trifonovschen Thematik der Mitschuld durch Unterlassung näher. Anläßlich eines Klassentreffens wird das Schicksal eines zu Kriegsende verfolgten, wenn auch inzwischen rehabilitierten Klassenkameraden aufgerollt. Das Aufrührende des Stücks liegt darin, daß die ganze Palette gut bekannter heutiger „Typen“ als Ergebnis der damaligen Erfahrungen gezeichnet wird; vom politischen Karrieristen über den bewußt „apolitischen“ Technokraten bis hin zum Zivilisationsflüchtling.

Ein antisowjetischer Roman?

Es gibt in der Sowjetunion Leute, die, vom Roman „Ein Tag länger als ein Leben“ begeistert, ihn (sozusagen deswegen) schlicht für antisowjetisch halten und sich über die Veröffentlichung wundern.

Einer der Gründe für Ajtmatovs wiederholt erfolgreich durchgestandenen literaturpolitischen Sensationen mag in seinem Werdegang liegen (vgl. Kasten). Von der Nationalität her aus einem Turkvolk wurde er mit seinen ersten, auf kirgisisch geschriebenen und in Kirgisien spielenden Erzählungen schnell zum Vorzeigeautor in Sachen „multinationaler“ Sowjetliteratur.

Ein antisowjetischer Roman?

Es gibt in der Sowjetunion Leute, die, vom Roman „Ein Tag länger als ein Leben“ begeistert, ihn (sozusagen deswegen) schlicht für antisowjetisch halten und sich über die Veröffentlichung wundern.

Einer der Gründe für Ajtmatovs wiederholt erfolgreich durchgestandenen literaturpolitischen Sensationen mag in seinem Werdegang liegen (vgl. Kasten). Von der Nationalität her aus einem Turkvolk wurde er mit seinen ersten, auf kirgisisch geschriebenen und in Kirgisien spielenden Erzählungen schnell zum Vorzeigeautor in Sachen „multinationaler“ Sowjetliteratur.

Nachdem er dazu überging, seine Werke selbst ins Russische zu übersetzen oder gleichzeitig in beiden Sprachen zu schreiben, wurde er zum Kronzeugen für „fruchtbare“ Nationalitätenpolitik und endlos zu Fragen sozialistischer Moral zitiert und interviewt. Von seinem sicheren Platz im Literaturbetrieb aus soll er auch dem Ausschluß oppositioneller Autoren aus dem Schriftstellerverband zugestimmt haben; jedenfalls steht er außer jedem Verdacht, Rebell zu sein. Vor diesem Hintergrund hat er schon 1970 in seiner Novelle „Der weiße Dampfer“ den Selbstmord eines 7jährigen Jungen verteidigen können, der ihm als unzulässiger Pessimismus ausgelegt und leidenschaftlich diskutiert wurde.

Die Diskussion um den neuen Roman scheint ähnlich lang zu werden, wird aber nicht offen kontrovers geführt. Für mögliche Auseinandersetzungen vor der Veröffentlichung könnte das zweiseitige Vorwort des Autors sprechen, in dem er vor allem die SF-Seite als „rein ausgedacht“ und nur als künstlerisches Mittel zur Zuspitzung der Aussage hinstellt. Zum Thema Liquidierung der Vergangenheit führt er die chinesische Kulturrevolution an, und irgendwo fällt der Begriff Imperialismus im Zusammenhang mit den menschheitsbewegenden Problemen. Nach den ersten Seiten des Romans hat man das Vorwort vergessen.

Die Kritik hat den Roman begeistert begrüßt. Sie lobt die der Epoche entsprechende Problemspanne in Raum und Zeit, den „Demokratismus“ des Autors in der Wahl eines arbeitenden Menschen als Helden, die moralische Stärkung, die trotz allem von Edigej auf den Leser übergehe. Nach der Erstveröffentlichung in der zentralen Literaturzeitschrift „Novyj mir“ (November 1980) ist der Roman inzwischen in 3. Auflage erschienen, insgesamt in 2,8 Mio. Exemplaren.

Dennoch ist die Komplizenschaft der beiden Supermächte im Roman ein harter Brocken; das spürt man hinter manchen Rezensionen und vor allem Interviews mit Ajtmatov. So versucht in der „Literaturnaja gazeta“ vom 13.1.1982 der Journalist V. Kobysch hartnäckig, Ajtmatov von seinem „kosmischen“ Standpunkt herunterzuholen und mit Pershing 2, Salvador und Reaganzitaten zum Schuldspruch gegen die USA zu bewegen. Ajtmatov bleibt ebenso hartnäckig bei seinem Verständnis einer „allgemeinen Krise der gesamten modernen Zivilisation“, angesichts derer die Künstler mit der „Ausrichtung ihres Schaffens die Entwicklung der Vernunft der Menschheit“ befördern müßten. Tatsächlich gibt es von Ajtmatov auch Äußerungen, in denen er die UdSSR heraushebt (Pravda 17.4.1981), allerdings ohne chauvinistisches Freund-Feind-Schema: „Wir nehmen auf uns die Verantwortung für die ganze Welt ... dafür, daß es keinen Krieg gibt.“

Eine etwas weniger anstößige Lesart des Romans (Pravda, 16.2.1981) interpretiert den Raketengürtel um die Erde als historisch leider notwendig, als „Eingeständnis, daß die Menschheit moralisch unvorbereitet ist für Kontakte mit einer weiter fortgeschrittenen, Krieg und Gewalt nicht kennenden Zivilisation“. Dagegen aber spricht der Roman selbst, in dem das poetische Bild des Reifens gar nicht

harter Brocken; das spürt man hinter manchen Rezensionen und vor allem Interviews mit Ajtmatov. So versucht in der „Literaturnaja gazeta“ vom 13.1.1982 der Journalist V. Kobysch hartnäckig, Ajtmatov von seinem „kosmischen“ Standpunkt herunterzuholen und mit Pershing 2, Salvador und Reaganzitaten zum Schuldspruch gegen die USA zu bewegen. Ajtmatov bleibt ebenso hartnäckig bei seinem Verständnis einer „allgemeinen Krise der gesamten modernen Zivilisation“, angesichts derer die Künstler mit der „Ausrichtung ihres Schaffens die Entwicklung der Vernunft der Menschheit“ befördern müßten. Tatsächlich gibt es von Ajtmatov auch Äußerungen, in denen er die UdSSR heraushebt (Pravda 17.4.1981), allerdings ohne chauvinistisches Freund-Feind-Schema: „Wir nehmen auf uns die Verantwortung für die ganze Welt ... dafür, daß es keinen Krieg gibt.“

Eine etwas weniger anstößige Lesart des Romans (Pravda, 16.2.1981) interpretiert den Raketengürtel um die Erde als historisch leider notwendig, als „Eingeständnis, daß die Menschheit moralisch unvorbereitet ist für Kontakte mit einer weiter fortgeschrittenen, Krieg und Gewalt nicht kennenden Zivilisation“. Dagegen aber spricht der Roman selbst, in dem das poetische Bild des Reifens gar nicht

mehrdeutig immer Verstümmelung, Beschneidung, Zerstörung von Identität bedeutet.

Man kann das Erscheinen des Romans wie auch die anhaltende Diskussion um ihn sicherlich als Symptome begreifen dafür, daß die sowjetische Gesellschaft Schwierigkeiten mit ihrem Selbstverständnis hat. Und sicherlich sind sie für manche Anlaß zur Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse. *hat*

Tschingis Ajtmatov, geb. 1928 in der kirgisischen Unionsrepublik (Mittelasien). 1937 Tod des Vaters (Lager). Ausbildung und Tätigkeit als Veterinärtechniker, Kurse am Zentralen Literaturinstitut für junge Autoren. 1963 Leninpreis für „Erzählungen der Berge und Steppen“, 1968 Staatspreis. In der Redaktion von „Novyj mir“ und „Literaturnaja gazeta“. Deputierter zum Obersten Sowjet. In der Leitung des Schriftstellerverbandes. Auf Deutsch: „*Der Weg des Schnitters*“ (Röderberg 2,50); „*Der erste Lehrer*“ (Weißmann 9,80); „*Djamilja*“ (Suhrkamp 10,80); „*Der weiße Dampfer*“ (st 51 / 7,00); „*Frühe Kraniche*“ und „*Der Junge und das Meer*“ (Aufbau 2,80); „*Ein Tag länger als ein Leben*“ (Bertelsmann 36,00).

Tschingis Ajtmatov, geb. 1928 in der kirgisischen Unionsrepublik (Mittelasien). 1937 Tod des Vaters (Lager). Ausbildung und Tätigkeit als Veterinärtechniker, Kurse am Zentralen Literaturinstitut für junge Autoren. 1963 Leninpreis für „Erzählungen der Berge und Steppen“, 1968 Staatspreis. In der Redaktion von „Novyj mir“ und „Literaturnaja gazeta“. Deputierter zum Obersten Sowjet. In der Leitung des Schriftstellerverbandes. Auf Deutsch: „*Der Weg des Schnitters*“ (Röderberg 2,50); „*Der erste Lehrer*“ (Weißmann 9,80); „*Djamilja*“ (Suhrkamp 10,80); „*Der weiße Dampfer*“ (st 51 / 7,00); „*Frühe Kraniche*“ und „*Der Junge und das Meer*“ (Aufbau 2,80); „*Ein Tag länger als ein Leben*“ (Bertelsmann 36,00).

Fernsehtip

Unter das Motto „Ansichtssache“ hat die Autorin Monika Hoffmann ihren Beitrag zu der Reihe **„Heutzutage Kinder kriegen?“** gestellt. Die Autorin schreibt: „Kinder sind heute Luxus. Und weil dieser Luxus teuer ist, weil Eltern sich einschränken müssen, weil in der Regel Mütter ihre Arbeit aufgeben, weil Wohnungen zu klein oder Mieten zu hoch, weil Kleinkinderkrippen umstritten und Ganztagsschulen rar sind, weil all das so ist, haben die Bundesbürger weniger Kinder. Warum aber sind dann Kinder ‚in‘? Helfen können mir die Experten gar nicht. Also kommen sie in diesen Filmen auch nicht vor. Keine Bevölkerungswissenschaftler, kein Soziologen, auch keine Familienpolitiker. Mit all den Fragen, auch den eigenen Zweifeln, Wünschen und Unklarheiten stelle ich Menschen vor, die Eltern, werdende Eltern oder Nichteltern sind.“ *Sonntag, 4.4., 13.40 Uhr im ZDF.* – Obwohl man etwas skeptisch mit dem Umgang des Themas sein muß, sei hier der polnische Spielfilm von 1980, von Agnieszka Holland, doch empfohlen. **„Fieber“** handelt zwar im Jahre 1905, zu Zeiten als die polnische sozialistische Partei versuchte, die zaristische Unterdrückung Polens zu bekämpfen, aber das eigentliche Thema ist die verhängnisvolle Wirkung des individuellen Terrors auf die Menschen, die zu „Unmenschen“ werden. *Montag, 5.4., 23.00 Uhr im ARD.* – Gleich zweimal kann man sich mit Goethes **„Wahlverwandschaften“** auseinandersetzen. Zum einen als Spielfilm unter Beteiligung von Chabrol, *Sonntag, 4.4., 20.15 Uhr,* zum anderen als ein „Traktat mit Personen“, wo die Handlung des Stückes durch die Autoren kommentiert und interpretiert wird. *Dienstag, 6.4., 23.00 Uhr. Beidesmal im ARD.* – **„Was soll aus ihnen werden“**, eine Sendung über die Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Ländern und über Modell und Projekte, den Jugendlichen „Ausbildung und Arbeit zu sichern“. *Dienstag, 6.4., 21.20 Uhr im ZDF.*